Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 130 März/April 2007 2,50 Euro



- Der Mord an Hrant Dink
  Verantwortlich ist der türkische Faschismus
- Friedens-Konferenz 13.–14. Januar 2007: Die Türkei sucht ihren Frieden
  Der Frieden ist schwierig, aber nicht unmöglich

In dieser Ausgabe berichten wir über:

Aktuelle Bewertung
Eine kritische Phase in der kurdischen Frage
Günay Arslan, Journalist 4

Wie aber werden sich die Kurdinnen und Kurden verhalten?
Die EU, die USA und die Kurden
Bakı Gül, Journalist und Soziologe 7

Zu den Hintergründen der Paris-Operation
Kurdische Organisationen im Visier
Tuncay Doğan, Journalist 9

Auf dem Weg von Ralston zu Holbrooke
Die politischen Relationen USA/Türkei
Hans Branscheidt, EUTCC 11

Friedens-Konferenz 13.-14. Januar 2007:
Die Türkei sucht ihren Frieden
Der Frieden ist schwierig, aber nicht unmöglich
Fırat Aydınkaya 13

Die Hürden überwinden
Orhan Miroğlu, Mitglied der Appellgruppe 15

Friedensmanifest von Yaşar Kemal
Yaşar Kemal, Schriftsteller 18

Gesellschaftlicher Sexismus im Aufbau des Friedensprozesses
Dr. Handan Çağlayan 21

Der Mord an Hrant Dink
Verantwortlich ist der türkische Faschismus
Rechtsanwalt Mahmut Şakar 25

„... in diesem Land würde niemand einer Taube eine Feder krümmen..."
Mein Gemütszustand: eine aufgescheuchte Taube
Hrant Dink, AGOS 564, 19. Januar 2007 28

Brief an den Geliebten!
Rakil Dink 31

Briefing zum achten Jahrestag der Entführung Öcalans am 15. Februar 1999
Kabale und Liebe: Öcalan, die Kurden und Europa
Internationalen Initiative 32

Konsultation Abdullah Öcalans mit seinen Anwälten am 31. Januar 2007
Wir haben mit dem türkischen Volk keinen Widerspruch
aus: ANF NEWS AGENCY, 2.1.2007 34

Die Bedeutung einer mehrsprachigen Stadtverwaltung und lokaler Verwaltung
Sprache ist ein menschliches und historisches Phänomen
Abdullah Demirtaş, Bürgermeister von Sur 37

Der Ilisu Staudamm im Kontext der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei
Wenn die rechte Hand nicht weiß, was die linke tut...
Judith Neyer, FERN 40

Es ist schwierig ein Kind in Diyarbakir zu sein
Serra Bucak, Diyarbakır, Januar 2007 42

Analyse der Situation im Baskenland nach der Aktion am Flughafen in Madrid
Dialog und Respektierung der Entscheidung im Baskenland
Jonan Lekue, Rechtsanwalt 43

Ein durch eine wahre Liebesgeschichte inspirierter, außergewöhnlicher Film
David & Layla
Filmbesprechung von Susanne Roden 45

Eiseskälte ...
Qirix von Doğan Güzel 46

Kurdistan Report Nr. 130 März/April 2007

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement (6 Exempl. inkl. Porto)
(BRD) 20,– Euro
(Europa) 25,– Euro

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Dänemark 20 dkr.
Großbritannien 2 bp.
Norwegen 20 nkr.
Schweden 20 skr.
Schweiz 4 sfr.

Titelbild:
Die Repression kann Kurden nicht stoppen
Foto: ISKU

Rückseite:
Newrozaufruf 2007

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung:
Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.



Der 15. Februar-Protest in Viranşehir Foto: DIHA



Der 15. Februar-Protest in Urfa Foto: DIHA



Der 15. Februar-Protest in Mardin Foto: DIHA

Liebe Leserinnen und Leser,

wurden die letzten beiden Monate des neuen Jahres in Kurdistan, der Türkei und Europa bestimmt von großen Ereignissen wie dem Mord an Hrant Dink, einer einzigartigen Friedenskonferenz in Ankara, den Auseinandersetzungen um den achten Jahrestag der rechtswidrigen Verschleppung Abdullah Öcalans aus Kenia sowie seiner Auslieferung an den türkischen Staat und den Verhaftungen von kurdischen PolitikerInnen in Frankreich und Belgien, wird der März beginnen mit Aktivitäten zum 8. März, dem Internationalen Frauentag und nur zwei Wochen später mit dem Widerstands- und Frühlingsfest Newroz am 21.

„Wirkliche Demokratie oder gar keine…" waren die Worte, mit den Yaşar Kemal, der über die Grenzen der Türkei berühmte Schriftsteller, seine Eröffnungsrede der Konferenz: „Die Türkei sucht ihren Frieden" abschloss. Und dieser kurze Satz beschreibt eindringlich die Situation der Türkei. Nur wenige Tage später, die Worte waren gerade verklungen, die Meldung zum Mord an Hrant Dink. Viele Menschen waren betroffen, demonstrierten, protestierten und zeigten ihren Abscheu gegenüber diesem abscheulichen Mord – auch, weil nicht allein ein wichtiger Mensch ermordet worden ist.

Getroffen wurden mit diesem Mord diejenigen, die den Frieden suchen, egal welcher Nationalität, Institution oder Organisation zugehörig. Der Rechtsanwalt Mahmut Sakar geht in seiner Analyse auf die Hintergründe ein und schlussfolgert: „[Der] 'Tiefe Staat' ist es, der die Massen steuert und von Zeit zu Zeit aufhetzt, damit nationale, rassistische Gefühle entstehen und eigene Partikularinteressen durchgesetzt werden können. Das Resultat ist ein auf Massen basierender Rassismus. Verantwortlich für den Mord an Hrant Dink ist ohne Frage der türkische Faschismus, der es schafft, die Massen zu erreichen."

Im Februar fand außerdem die 4. Konferenz der Volksverteidigungskräfte HPG statt. Auf dieser wurde festgestellt, dass nach dem einseitigen Waffenstillstand vom 1. Oktober 2006 Monate vergangen seien und die Operationen des türkischen Militärs umfassender geworden sind. Der militärische Rat der HPG kündigte an, dass „im Falle eines strategischen Scheiterns des zu letzt erklärten Waffenstillstandes ab Mai dieses Jahres ein Krieg der mittleren Intensität unumgänglich sein wird." Sollte auch der fünfte einseitige Waffenstillstand zum Scheitern verurteilt sein? Und warum kommen gerade aus Europa keine Initiativen zum Ausbau eines Friedensplans?

Auch in diesem Jahr werden wieder mehrere Delegationen Kurdistan besuchen und teilnehmen an den großen Feiern, mit denen das neue Jahr eingeläutet und sich nicht nur vom Winter verabschiedet wird. Newroz ist ein politisches Ereignis, bei dem die berechtigten Forderungen der Kurdinnen und Kurden nach Frieden und Freiheit kundgetan werden. Auch wenn dieses Fest mit ausgelassener und friedlicher Stimmung gefeiert werden will, kam es doch wieder und wieder zu Auseinandersetzungen mit Polizei und Sicherheitskräften – vor, während oder nach den Aktivitäten.

Allen Teilnehmenden wünschen wir ein herausragendes Friedensfest. Nur zwei Tage später werden sich europäische Delegationen an einem internationalen Aktionstag in Hasankeyf mit der lokalen „Initiative Rettung von Hasankeyf" treffen. Am 23. März soll dort, wo gegen den Willen der Bevölkerung der gigantische Ilisu-Stausee entstehen soll, ein Park eröffnet werden. An diesem Tag wir der Park erste Konturen annehmen, Bäume und Blumen werden gemeinsam gepflanzt und weitere Kontakte geknüpft werden, um dieses unsinnige Großprojekt doch noch zu verhindern. Wer nicht selber an diesem Ereignis teilnehmen kann, aber dennoch unterstützen möchte, kann Geld für die Initiative „Ein Baum für Hasankeyf" spenden.

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Eine kritische Phase in der kurdischen Frage

Günay Arslan, Journalist

Die vergangenen drei Monate verliefen äußerst intensiv. Die PKK verkündete erneut einen einseitigen Waffenstillstand mit Beginn am 1. Oktober 2006. Zwar stellte die türkische Armee ihre Operationen nicht ein, aber dennoch wurde die – wenn auch nur einseitige – Waffenruhe der PKK in der Türkei, in der täglich viele Menschen sterben, mit Zustimmung aufgenommen. Der Waffenstillstand wurde von friedliebenden Menschen, von DemokratInnen und von denjenigen, die sich für eine zivile Lösung der kurdischen Frage einsetzen unterstützt. Leider brachte die AKP-Regierung nicht den Mut auf, die ausgestreckte Hand des Friedens zu ergreifen. Auch wenn Ministerpräsident Erdoğan in den ersten Tagen des Waffenstillstands erklärte, niemand würde grundlos Operationen durchführen, stieß dies beim Militär nicht auf offene Ohren. Denn die Armee hielt grundlos an den Operationen fest.

Auch diejenigen, die daran glaubten, mit der Einstellung des bewaffneten Kampfes würde die Weiterführung der Reformphase in der Türkei anhalten, irrten sich. Das Gegenteil war der Fall: Statt dass neue Reformen verabschiedet wurden, wurden alte, die auf dem Weg der EU- Anpassung verabschiedet worden waren und stets nur auf dem Papier bestanden, zurückgenommen. JournalistInnen, SchriftstellerInnen und PolitikerInnen wurden auf der Basis des § 301 des neuen türkischen StGB wegen Meinungsäußerungen verurteilt. Unter den Verurteilten befand sich auch der armenische Journalist Hrank Dink, der am 19. Januar 2007 von türkischen Faschisten ermordet wurde.

Die letzen Monate des vergangenen Jahres verliefen trotz des Waffenstillstandes in der Türkei sehr angespannt. Folter, Verschleppung und Menschenrechtsverletzungen dauerten an. Wieder wurden Zeitungen geschlossen, wieder wurden Bücher verboten und wieder wurde versucht, einfache KurdInnen zu ermorden.

Staatsnahe Medien haben die Gesellschaft fortwährend aufgehetzt und provoziert. In der Öffentlichkeit wurden anti-kurdische Kampagnen durchgeführt...

So begann die Türkei das Jahr 2007 mit einer zugespitzten kurdischen Frage.

Der türkische Ministerpräsident Erdoğan erklärte im neuen Jahr Kirkuk und die PKK-Frage zur Priorität. Er sagte: „Der Irak ist wichtiger geworden als die EU” und fügte hinzu: „Unsere Erwartungen an den PKK-Koordinator bleiben unbeantwortet.” Der türkische Ministerpräsident erklärte weiter, die KurdInnen haben „keinen Anspruch“ [auf Kirkuk] und deutete schon zu Beginn des neuen Jahres unter dem Vorwand der PKK und Kirkuk auf mögliche Militäroperation hin.

Der Ministerpräsident scheint abgerückt zu sein von seiner Mission, sein Land zu demokratisieren und es in die internationale demokratische Gemeinschaft einzuführen.

Eine Woche vor der Stellungnahme des Ministerpräsidenten sagte der türkische Außenminister Abdullah Gül während einer Fernsehsendung auf NTV, so etwas wie „Die Türkei kann in den Irak einmarschieren und die Kurden prügeln”.

Es scheint, als hätten Erdoğan und die AKP die Fronten gewechselt. Der Ministerpräsident scheint abgerückt zu sein von seiner Mission, sein Land zu demokratisieren und es in die internationale demokratische Gemeinschaft einzuführen. Stattdessen zieht er es vor, mit den Kräften, die den Status quo erhalten wollen, zusammenzuarbeiten, um seinen Traum von der Staatspräsidentschaft zu verwirklichen. Er kam an die Macht, weil er im Kampf zwischen Innovation und den Status quo Kräften eine innovative Politik umsetzen musste, bei der reale Entwicklungen unumgänglich waren. Aber dann unterlag er, als er die Macht übernommen hatte, den Status quo Kräften. Er schluckte diese bittere Pille zugunsten seiner persönlichen Zukunft und entschied sich, seinen Weg im Schatten der türkischen Armee fortzusetzen.

Nach den Äußerungen des Ministerpräsidenten Erdoğan zu Kirkuk und der PKK schaltete sich der Staatssekretär des Nationalen Geheimdienstes MİT, Emre Taner ein. In seiner Rede zum 80. Jahrestag des MİT sagte er: „Die Türkei kann sich sowohl aus ihrer strategischen als auch geopolitischen Bedeutung nicht vom Verlauf der Ereignisse leiten lassen und sie kann sich nicht den Luxus leisten, sich auf die Taktik „Abwarten-Sehen-Handeln“ zu beschränken.

Mit diesem Satz sagte er nichts als „Lasst uns die alte bedächtige Politik aufgeben und die Initiative ergreifen“. Neben den Erklärungen Erdogans und Ağars[1] nahm auch diese Erklärung von Taner einen wichtigen Platz auf der Tagesordnung ein. Die Diskussionen halten noch immer an. Politische Beob-

achter und Medien sind zweigeteilt. Einige behaupten, die Erklärungen des Ministerpräsidenten und des Staatsekretärs des MİT würden sich ergänzen, andere wiederum behaupten das Gegenteil. Es scheint, dass diese Diskussionen auch in Zukunft anhalten werden.

Die Erklärung des MİT-Vertreters können jedoch in jede Richtung gedeutet werden, denn es ist zu vermuten, dass er alle Kreise zufrieden stellen möchte, wie seine folgenden Worte zeigen: „Diejenigen, die die rapide Wandlungsphase des Weltsystems mit der Perspektive des Status quo und des fanatischen Konservatismus betrachten, werden in der neuen Weltordnung kein Mitspracherecht haben und folglich ihre nationalen Interessen nicht schützen können.“ Damit kritisierte er offen den Status quo und stellte so die Kreise zufrieden, die zu Veränderung und Demokratisierung beitragen.

Es wird behauptet, dass der MİT diese Ansichten als Warnungen vor der Öffentlichkeit wiederholt hat, nachdem sie im Nationalen Sicherheitsrat keine entsprechende Erwiderung fanden.

Wenn dem so ist, können wir sagen, dass sich in der Türkei die Kluft zwischen der von der Armee angeführten herrschende Clique des Status quo und den Kreisen innerhalb des Staates, die für Veränderungen und Wandlungen sind, vertieft. Aber dennoch ist zu raten, keine voreiligen Schlüsse zu ziehen.

Es ist aber auch eine Realität, dass die Türkei in den letzten Jahren sowohl im Inland als auch im Ausland wichtige Stellungen verloren hat und die Zerbröckelung des Systems sich beschleunigt hat.

Das muss der Grund dafür sein, dass die Türkei, die mit leeren Händen aus Europa zurückkehrt ist, sich erneut an den Irak wendet, obwohl sie ihm noch vor vier Jahren den Rücken gekehrt hatte. Dem türkische Staat, für den die EU-Mitgliedschaft sich auf unbestimmte Zeit verschoben hat und der nun auch Gefahr läuft, die EU-Perspektive für die nahe Zukunft zu verlieren, versucht nun, das Kräfteverhältnis im Irak zu den eigenen Gunsten zu nutzen, um einige Ziele zu erreichen.

Wenn man die Informationen aus der Region betrachtet, so scheint es, dass die Türkei nicht konstruktiv, sondern destruktiv vorgeht. Sie versucht durch Bedrohung und Erpressung eine Krise auszulösen.

> Aber niemand glaubt daran, dass die Türkei ungeachtet der USA und der gesamten Welt einen Besetzungsvorstoß nach Kurdistan-Irak unternehmen wird.

Die politischen BeobachterInnen sagen, dass die Bestrebungen der Türkei, eine Krise auszulösen, darauf zurückzuführen ist, dass das Referendum von Kirkuk nicht aufgeschoben wird und der Irak sich immer mehr in Richtung Teilung bewegt.

Aber niemand glaubt daran, dass die Türkei ungeachtet der USA und der gesamten Welt einen Besetzungsvorstoß nach Kurdistan-Irak unternehmen wird. Denn es ist bekannt, dass die Türkei durch einen solchen Irrsinn sehr viel verlieren würde, die „Einheit des Landes“ eingeschlossen, und einen hohen Preis zahlen müsste.

Diese Realität ist auch den Regierenden in der Türkei bewusst. Je mehr sich die Türkei in die Sackgasse verrennt, die KurdInnen nicht anzuerkennen, gegen ein gleichberechtigtes und freiwilliges Zusammenleben mit den Kurden von Edirne bis Kirkuk wirkt und nutzlose Bemühungen unternimmt, um die KurdInnen im Sklavenstatus zu halten, um so notwendiger wird es, etwas zu unternehmen.

Die Ausweglosigkeit der Türkei gegenüber den KurdInnen zwingt sie, schleunigst zu handeln. Ministerpräsident Erdoğan und die AKP-Regierung nehmen folglich eine pro-Kriegshaltung an, die fatale Folgen für die Türkei haben wird. Sie scheuen sich nicht, Wasser auf die Mühlen der Armee zu gießen. Der MİT-Staatssekretär sagt zwar, „mit einer abwartenden Haltung wäre es nicht getan“, aber führt nicht aus oder konnte nicht ausführen, welche Alternative er vorschlägt.



„Begraben wir den Krieg in der Geschichte“ Foto: DIHA

Ein gefährliches Spiel der Türkei...

Der Versuch der Türkei, ihren Weg von Europa in Richtung Irak zu lenken, bedeutet nichts anderes als die Deklaration der Niederlage der AKP-Regierung und eine Sackgasse der Regierung gegenüber den KurdInnen. Als die Türkei mit dem 1. März[2] dem Irak den Rücken kehrte, erklärte sie die EU-Mitgliedschaft zum „nationalen Ziel". Um das Land auf dem Weg zur EU voranzubringen und es zu einem Teil der modernen Welt zu machen, wurden vielerlei Bestrebungen unternommen.

Nicht lange danach, schon nach drei Jahren, versucht die Türkei nun ihren Weg von der EU abzuwenden und ihn in Richtung Irak zu lenken. Aber die Türkei wird im Irak nicht das finden, was sie sich erhofft. Es gibt nicht viel, was die Türkei im Irak bewirken könnte. Die Türkei hat – wie es auch die politischen Beobachter sagen – im Irak verloren. Weder wird sie einen Einfluss auf die irakischen SunnitInnen noch auf die SchiitInnen ausüben können. Die irakischen KurdInnen hingegen schiebt sie mit jedem Tag mehr von sich weg.

Ohne die KurdInnen als eine Kraft zu akzeptieren und ohne mit ihnen eine gleichberechtigte und freie Beziehung zu entwickeln, kann der türkische Staat im Irak nicht Fuß fassen.

Dabei hängt der Erfolg der Türkei, einen Teil des Kräfteverhältnis im Irak zu bestimmen, davon ab, in wieweit sie den demokratischen Willen der KurdInnen respektiert. Ohne die KurdInnen als eine Kraft zu akzeptieren und ohne mit ihnen eine gleichberechtigte und freie Beziehung zu entwickeln, kann der türkische Staat im Irak nicht Fuß fassen. Wenn doch, dann nur als Besatzungskraft, womit ihre Niederlage bereits vorprogrammiert wäre.

Leider kommen auch in diesem Jahr auf die Türkei militärische Gefechte und noch mehr Armut als Folge eines chaotischen politischen Rahmens zu. Die Türkei bereitet sich, wie die gesamte Welt, auf ein angespanntes Jahr vor. Banden und Generäle, die den Willen der Völker brechen wollen, wollen eine „kurdisch-türkische" Auseinandersetzung anheizen, den Krieg vertiefen und damit ihre Macht aufrechterhalten. Die bewaffnete Bürokratie und die paramilitärischen Kräfte unter ihrer Kontrolle sehen den Weg für die Weiterführung der Repressionen und Unterdrückung der Völker in der Forcierung von weiteren Auseinandersetzungen.

Referendum um Kirkuk verhindern

Es scheint, dass die Türkei sich in Richtung einer regionalen kurdisch-türkischen Auseinandersetzung bewegt. Das türkische Militär, das darauf abzielt, den KurdInnen das Recht auf Selbstbestimmung zu rauben, scheut sich nicht, hierfür jede erdenkliche Methode und Politik anzuwenden. So trifft sie Vorbereitungen, um das bevorstehende Referendum in Kirkuk zu verhindern. In den Berichten der internationalen Krisengruppe und der Arbeitsgruppe Irak wird darauf hingewiesen, dass die türkische Armee eine regionale Krise wegen Kirkuk zu provozieren versucht. In dem Bericht der Arbeitsgruppe Irak wird an mindestens fünf Stellen darauf verwiesen.

Das türkische Militär, das im Inland versucht den Waffenstillstand zu sabotieren, führt Operationen durch und verstärkt seine Repressionen gegen die kurdischen PolitikerInnen und die Zivilgesellschaft. Nach außen hält sie mit Mitteln der Erpressung und Verhandlungen an Kriegsvorbereitungen fest. Sie feilscht mit den USA, um jegliche Entwicklung der KurdInnen zu blockieren und sie erneut in die Finsternis zu drängen.

Allerdings verfolgt die türkische Armee einen unrealisierbaren Traum. Denn in der gegenwärtigen Situation scheint es unmöglich, dass das Militär seine Ziele erreicht. Aber es heißt auch nicht, dass es nicht in der Lage wäre, für die Zukunft der Völker lebensbedrohliche Gefahren zu entwickeln. Bei der inkonsequenten und unbeständigen Regierung und bei den politischen Parteien, die sich in einen Wettbewerb des Rassismus begeben haben, mangelt es an Scharfsinn und gesundem Menschenverstand, um diese Gefahr abzuwenden. Übrig bleiben nur die Intellektuellen und VerteidigerInnen der Menschenrechte. Auch wenn ihre ehrenhaften Bestrebungen nicht ausreichen, diese Gefahr zu blockieren, so sind sie für die freie und gemeinsame Zukunft der Völker von großer Bedeutung.

Aus diesem Grunde ist die Konferenz vom 13. und 14. Januar 2007 „Die Türkei sucht ihren Frieden" äußerst wichtig. Die Konferenz, an der sich viele Intellektuelle aus unterschiedlichen Kreisen beteiligten, wirkte sich sowohl auf das Inland als auch das Ausland aus. Wie der bekannte Schriftsteller Yaşar Kemal in seiner Eröffnungsrede sagte, scheint die Option „Entweder eine wahre Demokratie oder nichts" unumgänglich. Die Türkei befindet sich am Scheideweg. Sie muss entweder eine Übereinkunft mit den KurdInnen treffen oder erneut – und diesmal auf noch breiterer Ebene – kämpfen.

Die Türkei steht vor einer kritischen Entscheidung. Die türkische Armee will den Krieg, das kurdische Volk den Frieden. Ich fürchte, dass auch diesmal die Kriegsbefürworter Überhand gewinnen werden.

Dabei hat die Türkei keinerlei Gewinn von einem kurdisch-türkischem Krieg. Die objektiven Bedingungen, die Vernunft und der gesunde Menschenverstand zwingen der Türkei – statt einem Krieg – die Übereinkunft auf. Aber die türkische Armee, die die rassistische Mentalität nicht aufgibt, handelt genau entgegengesetzt. Dadurch, dass sie den Krieg bevorzugt, verdunkelt sie die Zukunft der Völker. ♦

Fußnoten:
1. Mehmet Ağar, Vorsitzender der DYP, äußerte im Oktober 2006 gegenüber der türkischen Regierungspolitik: „anstatt in den Bergen bewaffnet herumzuspazieren, sollen sie doch im Tal Politik machen!."
2. Am 1. März 2003 entschied das türkische Parlament gegen eine Entsendung von türkischen Soldaten in den Irak.

Wie aber werden sich die Kurdinnen und Kurden verhalten?

Die EU, die USA und die Kurden

Bakı Gül, Journalist und Soziologe

Die Phase der Nationalstaatengründung in den von Kurdinnen und Kurden bewohnten Staaten ging vor allem unter dem Einfluss externer Dynamiken vonstatten. Kurdistan wurde 1639 zwischen den Persern und dem Osmanischen Reich aufgeteilt. Nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde das Land der Kurdinnen und Kurden dann zwischen der Türkischen Republik, Irak und Syrien aufgeteilt. Auch wenn es von Anfang des 20. Jahrhunderts bis in die 1990er Jahre zu kurdischen Aufständen verschiedenster Bewegungen kam, konnte nach diesen Aufständen weder ein eigener Staat gegründet werden, noch konnten sich die Kurdinnen und Kurden einen autonomen Status innerhalb des jeweiligen Staates sichern.

Wenn auch zur Gründungsphase der türkischen Republik davon gesprochen wurde, die Türkei gehöre den Türken und den Kurden, entsprach dies keineswegs der Realität. Und so konnten diese Aussagen die mehr als 20 Aufstandsbewegungen der KurdInnen gegen die türkische Republik nicht verhindern. Die Aufstandsbewegungen der KurdInnen im Irak waren eher von lokaler Natur, ebenso wie die Aufstände im Iran. Die kurdische Bewegung in Syrien ist im Vergleich zu denen in den anderen drei Teilen Kurdistans das gesamte 20. Jahrhundert über fast wirkungslos gewesen.

Bei einer näheren Betrachtung der Aufteilungsphase Kurdistans zwischen dem Iran, der Türkei, dem Irak und Syrien wird deutlich, dass die zweite Stufe der Teilung zwischen dem Irak, Syrien und der Türkei als Resultat des Drucks und der Politik von externen Kräften zu sehen ist. Da die KurdInnen damals nicht in der Lage gewesen waren, eine Haltung parallel zu der Politik dieser externen Kräfte einzunehmen, konnte es neben der „Zerteilung“ kein anderes Schicksal geben. Die Gewalt und die Führung der kurdischen Aufstände konnten den KurdInnen nicht die Kraft zur Nationenwerdung und Staatenbildung verleihen. Man kann schlussfolgern, dass die Teilung des kurdischen Gebiets auf diese Weise seinen nachhaltigen Charakter erhalten hat.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stellte vor allem Großbritannien die einflussreichste externe Macht in Kurdistan und dem Mittleren Osten dar. Großbritannien hatte damals neben Ost- und Südanatolien vor allem im Irak wichtige Pläne. So spielte England auch bei der Grenzziehung des Mittleren Ostens eine sehr bedeutende Rolle.

Nach dem Ersten Weltkrieg zeigten die USA großes Interesse an der Region, haben dabei jedoch die britische Politik weitestgehend übernommen. Auch Frankreich hatte großen Einfluss, vor allem in einigen nordafrikanischen Ländern und Syrien. Auch Deutschland zeigte damals Interesse am Mittleren Osten. Jedoch waren die Beziehungen Deutschlands mit dem Osmanischen Reich nicht so stark wie die Verbindungen Englands und Frankreichs mit der Region.

Wir oben schon erwähnt, ging die Nationalstaatenbildung im Mittleren Osten unter dem Einfluss externer Mächte vonstatten. Das Ergebnis waren mehrere arabische Nationalstaaten und die türkische Republik. Das kurdische Volk jedoch wurde trotz hoher Bevölkerungszahl und -dichte als Nation nicht anerkannt und besaß keinen eigenen Staat. Denn die internationalen Machtbalancen dieser Zeit sahen die Kurdinnen und Kurden nicht als Kraft an, mit denen man sich verbünden könnte. Die europäischen Staaten, die ihre Mittelost-Politik vorwiegend über Handelsbeziehungen gestalteten, haben diese Politik bis zum heutigen Tage überwiegend aufrechterhalten.

Wenn wir nun nach diesen Verweisen versuchen, die Besonderheiten der kurdischen Frage heute zu diskutieren, wird das Gesamtbild deutlicher.

Die KurdInnen sehen sich mit der Realität konfrontiert, dass der Status quo des Mittleren Ostens, welcher zu Beginn des 20. Jahrhunderts gebildet worden ist, auseinander bricht. Der Irak, welcher als souveräner Staat Herrschaft über das kurdische Volk ausübte, befindet sich in einer Art Rekonstruktionsphase. Iran und Syrien befinden sich auf der Zielscheibe internationaler Kräfte. Die Türkei verliert die Eigenschaften einer Republik, die Antworten auf die Fragen unserer Zeit bietet, mit rasantem Tempo. Und die KurdInnen sind immer noch ein Volk ohne eigenen Staat. Auch wenn während der Neugestaltung des Status quo des Irak von der Gründung eines „Föderativen Kurdischen Staates“ die Rede ist, so sind dessen Bedingungen auf der internationalen Arena ziemlich vage. Die kurdische Bevölkerung in der Türkei, dem Iran und Syrien befindet sich im Konflikt mit diesen Staaten.

> Die KurdInnen sehen sich mit der Realität konfrontiert, dass der Status quo des Mittleren Ostens, welcher zu Beginn des 20. Jahrhunderts gebildet worden ist, auseinander bricht.

Betrachten wir jetzt die externen Kräfte und deren jeweilige Politik in der Region:

Großbritannien hat seine Position an die USA weitergegeben, aber ansonsten hat sich nicht viel verändert. Der Fakt, dass die USA ihr globales System der Vorherrschaft weiterhin zu verfestigen suchen und für ihre militärische und politische Intervention nach Partnern suchen, lässt Europa so wirken, als hätte es keine eigene Kurdistanpolitik. Bei Betrachtung der aktuellen Entwicklungen scheint es, als handele es sich bei der europäischen Kurdistanpolitik um eine Reserve der us-amerikanischen Politik.

Um ihre Regionalpolitik umsetzen zu können, möchten die USA die Türkei als Bündnispartner beibehalten. Die Kräfte in der Region, die auf dem Status quo beharren, schwächen den Irak oder – wenn es ihre Kraft erlaubt – gestalten ihn nach eigenen Wünschen und Belieben. Die USA möchten in dieser Phase auch die KurdInnen in ein Bündnis mit einbeziehen, da deren Eigenschaften in die us-amerikanische Politik passen. Die Beziehung zwischen den KurdInnen im Irak und den USA ist als „Bündnis" einzustufen. Bei den amerikanisch-türkischen Beziehungen scheinen die KurdInnen jedoch eine Spielkarte zu sein, die jederzeit genutzt werden kann. Die kurdische Bewegung soll aus der Politik gestoßen werden, in dem sie als „terroristisch" abgestempelt wird. Die USA sehen die KurdInnen in der Türkei gar als Gefahr für ihre Politik in der Region an und haben kein Problem mit der repressiven türkischen Politik gegen das kurdische Volk. Aus diesem Grund sorgen sie auf der internationalen Politikarena für logistische Unterstützung der anti-kurdischen Strategie der Türkei.

Die USA sehen die KurdInnen in der Türkei gar als Gefahr für ihre Politik in der Region an und haben kein Problem mit der repressiven türkischen Politik gegen das kurdische Volk.

Die Europäische Union besitzt keine konstruktive Politik in der kurdischen Frage. Die Mitgliedsstaaten der EU gehen bei der kurdischen Frage auf dem Feld, welches die USA ihnen überlassen hat, verschiedenen Interessen nach.

Aus diesem Grund handelt es sich bei der EU um eine wirkungslose Kraft, wenn es um eine Kurdistanpolitik geht. Sie geht die kurdische Frage in der Türkei als „Menschenrechtsproblem" an. Ebenso macht sie in den Fällen des Iran und Syriens noch nicht einmal die Feststellung, dass es eine kurdische Frage überhaupt gibt. In ihren jetzigen Beziehungen zu diesen Staaten entwickelt sie politische Diskurse über die von den USA definierten Gefahren der „nuklearen Krise" und des „Terrorismus" und ist damit beschäftigt, „die Krise zu entschärfen". Denn die stärksten Staaten innerhalb der EU, Deutschland und Frankreich, unterhalten sehr enge wirtschaftliche Beziehungen zum Iran und zu Syrien. Um diese Beziehungen aufrechterhalten zu können, werden sie versuchen, die Krise durch eine Einigung beizulegen.

Die Beziehungen zwischen der EU und den KurdInnen im Irak gewinnt erst allmählich an offiziellem Charakter. Es handelt sich hierbei aber eher um „Zwangsbestrebungen", die durch den Markt in Südkurdistan und den Druck der USA, die KurdInnen im Irak anzuerkennen, entstanden sind.

Die KurdInnen diskutieren gerade interne Probleme, um aktiv und effektiver an dieser politischen Phase in der Region teilzunehmen und als wesentlicher Faktor in den regionalen Entwicklungen teilzuhaben. Während die Kurdenfeindlichkeit in der Türkei, dem Iran, Syrien und den arabischen Staaten vorwiegend strategischer Natur ist, ist die Haltung der EU und der USA gegenüber der anti-kurdischen Strategie eher taktisch. Somit erhalten die Kräfte, die auf dem Status quo beharren, allen voran die Türkei, Iran und Syrien, in ihren anti-kurdischen Strategien wichtige logistische Unterstützung aus den USA und von der EU.

Die Razzien des deutschen Staats im Januar 2007 gegen kurdische Vereine, die entsprechend des deutschen Rechts gegründet worden sind, sowie die Verhaftungen von kurdischen Politikern, die ein Aufenthaltsrecht besitzen, sind keineswegs als alltägliche politische Haltung zu verstehen. Vielmehr stecken historische Faktoren und eine bestimmte Politik bezüglich der Region hinter dieser Repressionswelle. Die türkische Republik schlug dabei selbst vor, auf welche Weise eine Repressionspolitik gegen Kurdinnen und Kurden in der Europäischen Union gestaltet werden muss. Diese Repressionen in der letzten Zeit sind als eine Politik zu verstehen, die mit der PKK-Koordinationsphase der USA begonnen hat und mit der hartnäckigen und repressiven Politik der Türkei weitergeführt worden ist. Die Position der EU besteht darin, diese Politik auszuführen.

Die Anpassung dieser Politik an die vier Staaten, in denen Kurdinnen und Kurden leben, sieht wie folgt aus: Die USA werden die kurdische Frage im Iran und in Syrien genau dann thematisieren, wenn es ihnen gerade nützlich ist. Die EU wird dies unterstützen. Die Kurdinnen und Kurden im Irak werden entsprechend dem von den USA festgelegten Rahmen „anerkannt" und auf internationaler Ebene unterstützt werden. In der Türkei wird die kurdische Karte so auf den Tisch gelegt werden, dass die Türkei unter Druck gerät. Jedoch wird zugleich auch verhindert werden, dass die KurdInnen im Iran, in Syrien, dem Irak und der Türkei zu einer nationalen Kraft zusammenkommen. Ihre politische Organisation und Führung soll auf einem wirkungslosen Niveau gehalten werden. Hierfür werden die politischen Organisationen der Kurdinnen und Kurden in der Türkei sowie ihrer Repräsentanten auf internationaler Ebene eingeengt und unterdrückt. Ihre Politik soll entschärft werden und Gewalt gegen kurdische Guerillaeinheiten und politische Organisationen wird als legitimer Weg offen gehalten werden. Die EU wird diese Politik befürworten und wenn nötig, diese Situation als Erpressungsmittel gegen die Türkei benutzen.

Wie aber werden sich die Kurdinnen und Kurden verhalten? Werden sie aus ihrer „wirkungslosen" Position schlüpfen und eine tonangebende Position in der regionalen Politik einnehmen können? Die Antwort auf diese Frage werden uns die Entwicklungen der nächsten Monate geben. ♦

Zu den Hintergründen der Paris-Operation

Kurdische Organisationen im Visier

Tuncay Doğan, Journalist

Die gegen kurdische Politiker und kurdische demokratische Institutionen gerichteten Operationen in verschiedenen europäischen Ländern finden auf Forderung der USA statt. Hinter der Operation, die ein Resultat der Zusammenarbeit den PKK-Sonderkoordinatoren der USA und der Türkei ist, steht ein umfassendes Programm. Dieser strategische Plan besteht aus mehreren Stufen und zeigt auf, welche Politik gegen zivile kurdische Institutionen geführt wird.

Die Anfangspunkte des Plans

Die Anfangsphase des Stufenplans wurde folgendermaßen vorbereitet: Der Vizekoordinator des Antiterrorkampfs des US-Außenministeriums, Frank Urbancic, hat gemeinsam mit dem Direktor des ebenfalls dem US-Außenministerium unterstehenden Südosteuropabüros Anfang Dezember eine zehntägige geheime Reise durch sechs europäische Länder unternommen, auf der besprochen wurde, was gegen die PKK getan werden muss.

Urbancic wurde außerdem von Spezialisten der Außen-, Justiz- und Finanzministerien sowie Sicherheitsexperten begleitet. Bekannt wurden von diesen sechs europäischen Ländern lediglich Frankreich, Deutschland und Belgien, die Namen der anderen drei Länder wurden nicht bekannt. Nach dieser Europatour stattete Urbancic auch der Türkei noch einen geheimen Besuch ab und traf dabei mit dem Generaldirektor der geheimdienstlichen Abteilung des Außenministeriums der Türkei, Hayati Güven, sowie dem türkischen Anti-PKK-Kampf-Koordinator Edip Başer zusammen. Danach besuchte er noch zwei weitere Länder. Somit wurden insgesamt neun Länder inclusive der Türkei besucht.

Aufmerksamkeit erregt das besondere Bemühen bei diesen Sitzungen, die PKK weniger über ihre politische Identität, sondern vielmehr als eine kriminelle Organisation zu definieren. So wurde behauptet, bestimmte kurdische Organisationen und Politiker in Europa würden auf Gebieten wie Schutzgelderpressung, Drogen- und Menschenschmuggel, Betrug, Asylrecht, Propagandatätigkeiten und Finanzierung illegal tätig sein. Diese demokratischen Institutionen wurden als Nebenorganisationen der PKK dargestellt, gegen die vorgegangen werden müsse. In einer Erklärung, die Urbancic in jenen Tagen abgab, verglich er die PKK mit einer Krake, die ihre Arme überall ausstrecke, deshalb müsse „jeder Arm angegriffen“ werden.

In einer Stellungnahme im türkischen NTV aus der gleichen Zeit hatte Urbancic erklärt, der Waffenstillstand der PKK könne nicht angenommen werden: „Wir sind davon überzeugt, dass der PKK ein Ende bereitet werden muss. Die PKK muss die Waffen niederlegen. Mit Themen wie Kontaktaufnahme zur PKK und Waffenstillstand beschäftigen wir uns nicht.“

Dänemark, von wo aus Roj-TV sendet, wurde von Urbancic indirekt kritisiert, indem er forderte, kein Staat dürfe es zulassen, dass die PKK von dort aus Propaganda betreibe. Weiterhin sei er davon überzeugt, dass die USA fähig seien, die Aufmerksamkeit Europas in einem Ausmaß zu wecken, wie es der Türkei bisher nicht gelungen sei. Auch Mesut Barzani forderte er auf, nicht mit der PKK zu sprechen.

Wer ist Urbancic?

Urbancic ist verantwortlich für die Bekämpfung der PKK-Aktivitäten in Europa. Als Stellvertreter von Generaldirektor Hank Crumpton ist er in der nach dem 11. September gegründeten Antiterrorkoordination des US-Außenministeriums tätig. Der hochgradige US-Diplomat kennt die Türkei gut. Zwischen 1999 und 2002 war er Generalkonsul in Istanbul und fiel durch seine guten Beziehungen zu Geschäftsleuten und Oppositionsparteien auf. Er nahm persönlich an den Tätigkeiten des Vereins türkisch-amerikanischer Geschäftsleute teil und förderte die Handels-, Wirtschafts- und kulturellen Beziehungen zwischen der Türkei und den USA.

Besonderes Verhältnis zu Erdoğan

Die interessanteste Beziehung Urbancic’ in der Türkei ist allerdings die zu Recep Tayyip Erdoğan, die bereits auf die Zeit vor der Gründung der AKP zurückgeht. Die Funktion Urbancic’ in der Zeit der Formung der AKP und ihrer Erlangung der Regierungsmacht mit Unterstützung der USA erregt Aufmerksamkeit. Das Verhältnis zu Erdoğan wird als „Männerfreundschaft“ mit häufigen Zweiergesprächen bezeichnet.

In der zweiten Januarwoche hatte Erdoğan während eines Libanonbesuchs Erklärungen zum Thema Operation gegen die PKK sowie seine Beschwerden dazu zur Sprache gebracht. Die Antwort darauf blieb nicht aus. Die Sprecherin der US-Botschaft in Ankara, Kathy Schalow, erklärte unverzüglich, die USA unterstützten den Kampf gegen die PKK.

Interaktive Strategie am runden Tisch in Istanbul

Am 25. und 26. Januar 2007 schließlich fand in Istanbul ein runder Tisch unter Vorsitz von Schalow zum Thema „Kampf gegen die PKK und den internationalen Terrorismus“ statt, an dem Juristen, Staatsanwälte sowie Angehörige von Sicherheits- und Geheimdiensten aus der Türkei, den USA, Holland, Frankreich und Großbritannien teilnahmen. Als Ziel dieser Sitzung wurde der gesetzliche Kampf gegen den Terror genannt.

Später erklärte die US-Botschaft folgendes dazu: Auf der Sitzung fand ein Austausch von Gedanken, Erfahrungen und praktischer Anwendung zum Thema Antiterrorkampf mit verschiedenen gesetzlichen Mitteln statt. Die USA und das türkische Justizministerium haben interaktive Arbeitsgruppen und Veranstaltungen geplant, über die die verschiedenen Dimensionen des Kampfes gegen Geldwäsche, Finanzierung von Terrorismus und die PKK sowie die internationale Zusammenarbeit in der strafrechtlichen Verfolgung im Jahr 2007 angegangen werden sollen.

Zum Hintergrund der PKK-Operation in Paris

Die Operation in Frankreich hatte Kathy Schalow als „sehr positiv“ bezeichnet. „Zu den spezifischen Gründen, die die Sicherheitskräfte in den betreffenden Ländern in Bewegung gesetzt haben, kann ich nichts sagen. Aber allgemein arbeiten wir eng mit den europäischen Ländern zusammen, um sie dazu zu ermutigen, gegen die PKK-Banden aggressiver vorzugehen. Wir sind zufrieden mit dieser Art von Operationen und hoffen, dass die Razzien und Festnahmen andauern.“

Ralston und Baser in Stuttgart

Am 11. Dezember 2006 waren die PKK-Koordinatoren Joseph Ralston und Edip Başer im US-amerikanischen Militärstützpunkt Vaihingen bei Stuttgart zusammen getroffen. Vaihingen ist das wichtigste US-Militärzentrum in Europa. Bei diesem Gipfel wurde ein Zeitplan für den Kampf gegen die PKK erstellt. In diesem Zusammenhang kam es zu einem Abkommen über den Ablauf geplanter Methoden wie eines US-Aufrufes an PKK-Mitglieder zur Kapitulation, der Unterbindung von Tätigkeiten im Irak und anderen Ländern, des Austrocknens der Finanzierungsquellen der Organisation sowie der Ergreifung von hochrangigen Führungsmitglieder der Organisation und ihrer Auslieferung an die Türkei.

Proteste gegen Haftbefehle in Paris

Gegen 14 von 15 Personen, die in Frankreich am 5. und 6. Februar bei Razzien festgenommen worden sind, ist Haftbefehl wegen „Finanzierung von Terrorismus, organisiertem Verbrechen und Geldwäsche“ erlassen worden. Eine Person wurde freigelassen. Canan Kurtyilmaz, die in Belgien festgenommen wurde, befindet sich noch immer in Gewahrsam.

In Kurdistan, Europa und der Türkei protestierten KurdInnen gegen das Vorgehen Frankreichs und die Rolle anderer europäischer Länder, der Türkei und der USA bei diesem Angriff. Verbunden wurden die Aktionen mit den Protesten gegen die Verschleppung Abdullah Öcalans in internationaler Zusammenarbeit am 15. Februar 1999.

Bei einer Protestaktion in Kobani in Südwestkurdistan wurden mehrere Personen verletzt und es kam zu zwanzig Festnahmen, als die Sicherheitskräfte die Demonstration angriffen. An einer Kundgebung in Halep beteiligten sich etwa 1200 Personen.

In London, Brüssel und Hamburg fanden Kundgebungen vor den französischen Konsulaten statt, wobei die sofortige Freilassung der Festgenommenen und die Einstellung der Angriffe gefordert wurden.

In Diyarbakır protestierten Mitglieder der *Demokratischen Freien Frauenbewegung* vor dem AKP-Gebäude mit einer Kundgebung und in mehreren Städten in Kurdistan und der Türkei warfen kurdische Jugendliche Molotowcocktails.

Quelle: ANF, 10.02.2007, ISKU

Wer ist Joseph Ralston?

Exgeneral Joseph Ralston war zwischen 1996 und 2000 stellvertretender Generalstabschef. Anfang 2000 übernahm er in Brüssel das Oberkommando der NATO-Truppen in Europa von Wesley Clark. Während des Bosnienkrieges war er als höchstrangigster Kommandant tätig und wurde für seine Unterstützung der UCK bekannt. Im Juli 2002 gab er sein Amt bei der NATO an den US-General James Jones weiter.

Ralston hatte eine glänzende Offizierskarriere absolviert und es galt als sicher, dass er zum Generalstabschef aufsteigen werde. Aber aufgrund einer Affäre wurde er pensioniert. Danach ging er zur Cohen-Gruppe, einer Firma, die vom Ex-Verteidigungsminister William S. Cohen geleitet wird und deren Belegschaft sich neben dem ehemaligen Botschafter in Ankara, Marc Grossman und dem ehemaligen NATO-Generalsekretär und britischen Verteidigungsminister George Robertson aus ehemaligen Generälen zusammensetzt. Die Cohen-Gruppe definiert sich als eine Organisation, die beratend für die globale Arbeitswelt tätig ist und die Welt als einen einzigen Markt betrachtet. Ralston ist zweiter Vorsitzender dieser Gruppe.

Am 28. August 2006 wurde Ralston von der Bush-Regierung zum PKK-Sonderkoordinator berufen. Gleichzeitig ist Ralston Vorstandsmitglied der internationalen Firma Lockheed Martin, die erhebliche Handelsbeziehungen zur Türkei unterhält. So hat die Türkei beschlossen, von dieser Waffenfirma 30 F-16-Flugzeuge für 2,9 Milliarden Dollar zu kaufen. Außerdem wird die türkische Luftwaffe 635 Millionen Dollar für die Modernisierung von 216 F-16-Flugzeugen an Lockheed Martin zahlen.

Eine weitere Führungsfunktion hat Ralston im Türkisch-Amerikanischen Rat (ATC). In dieser Organisation sind die führenden Wirtschaftsunternehmen der Türkei und der USA Mitglied. Ihr erklärtes Ziel ist eine Stärkung der Verbindung zwischen den USA und der Türkei über Handels-, Verteidigungs-, Technologie- und kulturelle Beziehungen. ♦

Auf dem Weg von Ralston zu Holbrooke

Die politischen Relationen USA/Türkei

Hans Branscheidt, European Turkey Civic Commission (EUTCC), Brüssel

Der in deutschen intelligenten Dingen zuständige und erfahrene SPD-Abgeordnete Wiefelspütz geriet beim abendlich gemütlichen Teil der kürzlichen kirchlichen Fachtagung gern ins Erzählen, als ihn einer scheint's beiläufig fragte, ob sich denn die Delegierten der amerikanisch-türkischen „Anti-PKK-Koordination" in Deutschland getroffen hätten – man lese schließlich viel darüber? Und ob nun die Bundesrepublik wunschgemäß den Job der Amerikaner übernehmen wolle?

Das schien das treffende Stichwort zu sein: Nein, den Job für die Amerikaner erledige man nicht. Man bestehe darauf, sich nicht einmal formell mit ihnen getroffen zu haben. Was immer da von Frank Urbancic (Deputy Anti Terror Departement US Foreign Office), dem General Edip Başer oder Matt Bryza (US-Zuständiger für europäische und eurasische Angelegenheiten) behauptet würde: die haben sich in Deutschland bei sich selbst getroffen, in ihren Headquarters in Heidelberg/Stuttgart.

Danach fand nur ein informelles Gespräch mit deutschen Diensten statt. Man habe sich das angehört und gesagt, man denke über alle geäußerten Wünsche nach. Und rede im Februar weiter.

Danach sei die Ralston-Karawane wieder durch Europa gezogen und habe überall verbreitet, „drei EU Länder haben wir für Maßnahmen gegen die PKK bereits voll auf unserer Seite" (Urbancic).

Dabei müsse man nach Wiefelspütz eher sagen: „Zweieinhalb". Sie haben Frankreich, die Briten und uns zu 50 %. Die andern machen sowieso nicht mit. Die deutschen Dienste möchten keinen Generalangriff auf die PKK. Das wolle allerdings („leider") die Diplomatie, das Auswärtige Amt, die Türken hätten sich der Bundeskanzlerin Merkel genähert und gesagt: „Wir wollen Reformen, wir würden unseren Verpflichtungen gern besser entsprechen, aber wir können nicht, die PKK ist das Reformhindernis."Da habe das Auswärtige Amt auf Handlung gedrängt, die Dienste aber hätten sich anders entschieden und einzig die „cash box" der Kurden angegriffen.

Von Anbeginn an hatte US-Präsident Bush dem ihm loyal verbundenen Ralston einen klaren Auftrag erteilt: Nichts zu tun – aber dies so, als ob man enorm bemüht sei, im Sinne Ankaras die PKK zu eliminieren. Nur in einem Fall wolle man mehr tun als nichts: wenn die Türkei sich dauerhaft und militant in eine Front gegen den Iran einbringen ließe. Nachdem man in Ankara das aber ablehnte, war die Ralston-Koordination mausetot.

Anfang 2007 formulierte Dr. Sedat Laciner, Chef des in Ankara fundierten Strategic Research Institutes (ISRO/USAK) in einem zunächst internen Artikel („Coordinator not help out?") die Grabrede der Ralston-Mission: „Wir müssen Premier Erdoğan recht geben: die Mechanismen der Anti-PKK-Koordination haben vollständig versagt. (…) Wir fragen uns sogar, ob das nicht überhaupt die ganze Absicht war? (…) Mr. Erdoğan hat sogar erklären müssen, dass bei einigen Leuten der Guerilla US Waffen gefunden wurden."

Nun kam in Ankara die rechte Stimmung auf, nämlich die kemalistische: und Deniz Baykal war ihr üblicher Prophet, der den Einmarsch in den Nord-Irak befürwortete, vielleicht keine Riesen-Invasion, aber doch eine, die mindestens das Kirkuk-Problem im türkischen Sinne klärte und im übrigen ein möglichst finaler Schlag gegen die Guerilla sein müsse. Einige Leute wollten das unbedingt.

Tage des Nachdenkens folgten, samt einer heftigen und nicht immer schlechten Debatte in der anatolischen Presse, wo die vernünftigeren Kommentatoren (Mehmet Ali Birand et.al.) die Frage nach den unabsehbaren Kosten und Risiken einer solchen Wahnsinnstat offen stellten. Der Zeitpunkt wäre zwar an sich nicht ungünstig gewesen und kommt so auch nicht wieder: schließlich waren die EU-Türkei Annäherungsgespräche teilweise für 2007 auf Eis gelegt. Aber man wusste auch, leicht kommt man in den Irak hinein, schwer nur wieder raus.

Damit schlug die Stunde allgemeiner Reisediplomatie von Yaşar Büyükanıt bis Außenminister Gül. In Washington sollte das kapitale Problem vorgestellt, die Forderungen erneuert werden – und zwar mit ultimativem Drang auf konkrete Antwort und tatsächliches Handeln. Die USA sollten der Türkei dabei behilflich sein, einen Einfluß auf den Irak und dessen Öl-Ressourcen zu gewinnen – und damit zugleich einen Krieg gegen die Kurden zu entfesseln.

Paradox genug: während bei den USA, denen stets reine Ölinteressen unterstellt wurden, die Tendenz auf militärischen Abzug aus dem Irak offenkundig ist, beabsichtigt der EU-Beitrittskandidat Türkei, den Besitzanspruch auf die Ölquellen der Kirkuk-Provinz langfristig und notfalls bewaffnet zu reklamieren. Mit dem fadenscheinigen Argument, dass dort eine minoritäre turkmenische Population existiere.

Kurdistans Kirkuk-Provinz wird derart zum Lackmus-Test für die geläufigen

Projektionen in der Planungsabteilung des Berliner Auswärtigen Amtes wie diejenigen der Brüsseler Erweiterungspolitik insgesamt: Fungiert Ankara tatsächlich wie erwartet als geostrategischer Garant für Stabilität und Promoter für Demokratie im Nahen und Mittleren Osten – oder wird nicht der blühende Nationalismus der Türkei gerade die EU in Krisen und Abenteuer verwickeln, die sie mit dem Türkeibeitritt glaubte sich vom Halse halten zu können?

Zum Jahreswechsel 2006/2007, kurz vor Beginn des türkischen USA-Tourismus, wurde nachgelegt, Truppen an der Grenze verstärkt und offen von kurz bevorstehenden cross-border-operations geredet. Der stellvertretende CHP Chef Onur Öymen führte Brandreden auf der Konferenz „Kirkuk 2007", die in Ankara stattfand, und forderte, die militärische „Aktion notfalls in die eigenen Hände" zu nehmen. Erdoğan selber erklärte nun Tage vor der Darlegung von Bushs neuer Irak Strategie, seine Regierung habe sich ihrerseits für eine neue, nämlich interventionistische Politik im Irak entschieden.

Das war aber im Wesentlichen alles Rhetorik, die in Washington Eindruck machen sollte, es dort aber nicht tat. Der türkische Außenpolitik-Experte Professor Ali Tekin (Bilkent Universität) verfasste eine interne Analyse für Erdoğan, in welcher zwei besonders ernüchternde Sätze stehen:

„Die USA werden sich bei unseren Begegnungen nicht als Adressaten für unsere Wünsche ansprechbar zeigen", und „die PKK scheint das auch zu wissen, sie hat zwar Alarmstufe 1 für ihre Kräfte ausgerufen, bleibt aber in ihren nordirakischen Camps und fürchtet sich nicht."

Noch bevor die türkischen Herren schließlich in den USA eintrafen, hatte der Iraq-envoy Zalmay Khalilzad Klartext geredet: „Kirkuk ist und bleibt eine innerirakischen Angelegenheit. Auswärtige Mächte sollten nicht intervenieren."

Wohin stattdessen die Richtung zu gehen hätte, präzisierte am 1. Februar Nicholas Burns, US-Undersecretary of State Foreign Office: "Wir haben enorme Sympathie für die Haltung der Türkei gegenüber der PKK, aber darüber sollte Ankara mit der irakischen Regierung reden." Der türkische Kommentator Şahin Alpay präzisierte diesen perspektivischen Hinweis noch: „Der wirklich effektive Weg für Ankara, seine Ziele zu erreichen, kann nur dann und dadurch gelingen, indem die Türkei das Vertrauen und die Freundschaft der irakischen Kurden gewinnt."

Am bitteren Ende endlich ein so mageres Resultat der Gül-Visite in den USA, dass man viel Schminke benutzen musste, um halbwegs nett klingende Pressestatements hinzukriegen. Noch zum Abflug hatte Daniel Fried, Assistant Secretary of State, Gül ein „Hände weg" hinterher gerufen: Selbst „militärische Aktionen (nur) gegen die Rebellen (PKK; d. Verf.) im Irak seien kontraproduktiv, weil sie zur weiteren Destabilisierung der Region führen würden."

Die seit den Wahlen mächtige Sprecherin der Demokraten im US-Congress, Nancy Pelosi, hatte sich sogar geweigert, Gül einen Termin zu geben. Stattdessen wirbt Frau Pelosi heftig für jene Resolution, welche die Türkei des Genozids an den Armeniern beschuldigt. Die US-Demokraten setzen zwar auf die sunnitische Karte im Nahen Osten und damit auf die „Ethnisierung" des Krieges (Tony Corn, „Forget about Clausewitz!") – aber nicht auf eine Türkei, die sich als so untreuer Alliierter erwiesen hat.

Sean McCormack, Sprecher der US-Regierung, war kaum noch in der Lage, rhetorisch die Risse zu kitten, welche das türkisch-amerikanische Verhältnis zerreißen. Gebeten, einen Kommentar zu Güls Bemerkungen abzugeben, die Verabschiedung der Resolution würden einen „schweren Schaden für die beiderseitigen Beziehungen" bedeuten, meinte er knapp: „Wir nehmen ihn beim Wort. Wir verstehen die Sensibilität der Türkei, und wir verstehen auch die Empfindsamkeiten der diversen gesellschaftlichen Gruppierungen (Armenier) in unserem Land."

Das alles zu verhindern, hatte Gül sich mit Tom Lantos verabredet, dem demokratischen Vorsitzenden des einflussreichen „House Foreign Affairs Committee". Diese Plattform wird jenen ersten parlamentarischen Ort darstellen, an dem die Armenien-Resolution beraten wird. Nur 9 (!) von 48 Mitgliedern dieses Komitees gaben Gül die Ehre einer Zusammenkunft. Ein Desaster.

Es wird aber alles noch viel schlimmer kommen: Der Mann, für den Nancy Pelosi sich als Nachfolger von Condoleeza Rice in einer künftigen Regierung der Demokraten entschieden hat, Richard Holbrooke, erschien ausgerechnet in jenen Tagen nirgendwo anders auf der Welt als im Maxmur-Camp. Sprach dort mit den Leuten, verabschiedete sich freundlich und erklärte, er sei „froh, hier gewesen zu sein und habe gelernt".

Die Botschaft sowohl der restlichen Regierungszeit Bush wie jene einer möglichen demokratischen Regierung an die Türkei lautet: „Löst euer Kurdenproblem selber. Es ist euer eigenes. Und löst es intern demokratisch – und gegenüber den externen Kurden im Irak friedlich."

Die stolze Türkei verfügt heute nur noch über sehr geringe strategische Optionen und Möglichkeiten: Die Amerikaner werden die PKK im Irak faktisch ignorieren. Eine große lang andauernde Militärinvasion der Türkei ist nahezu ausgeschlossen – und würde im Falle der Verwirklichung zu einem Fanal des regionalen Bedeutungsverlusts Ankaras werden. Einzelne Kommandoaktionen gegen die Guerilla blieben punktuell und letztlich wirkungslos. Die Entfesselung eines lokalen Bürgerkriegs in und um Kirkuk wäre möglich, aber böte keine Erfolgsperspektive. Auch Syrien – womit Ankara sich seit längerem strategisch zu verständigen sucht – fände solche Akte nicht gut, erst recht nicht der Iran.

Wenn nicht alles täuscht, erfährt Ankara zurzeit eine der größten frustrierenden Niederlagen seiner Geschichte, welche die offizielle Türkei langsam aber sicher in die bislang unglaubliche Situation führt, sich in Augenhöhe mit Kurden verständigen zu müssen.

Deren Guerilla hat sich als standhaft erwiesen; wie insgesamt im Angesicht türkischer Drohungen die bislang oft disparaten Fraktionen der kurdischen Population enger zusammengerückt sind.

Wie lange wird es aber dauern, bis das alles auch in Europa und Deutschland einmal zur Kenntnis genommen wird? ♦

Friedens-Konferenz 13.-14. Januar 2007: Die Türkei sucht ihren Frieden

Der Frieden ist schwierig, aber nicht unmöglich

Fırat Aydınkaya

In Ankara fand am 13. und 14. Januar eine wichtige Versammlung statt. Die Konferenz unter dem Motto „Die Türkei sucht ihren Frieden" war in verschiedener Hinsicht ein Novum. Vor allem die Qualitativ und Intensität der TeilnehmerInnen machte diese Konferenz zu einer Plattform, nach der sich seit Jahren gesehnt wurde. Zwei Tage lang kam vielleicht zum ersten Mal ein friedliches Aufeinanderprallen von verschiedenen, auch gegensätzlichen, Auffassungen zustande. Trotz aller Unterschiede wurde gemeinsam eine Abschlußerklärung verfaßt.

Unter den Thesen gab es keine Hierarchie, jede/r hörte jedem/r auf gleichberechtigter Ebene zu. An einigen Punkten konnte durch den Abbau von gegenseitigen Vorurteilen eine gute Diskussionsplattform entwickelt werden. Diejenigen, die in der Türkei bedeutende gesellschaftliche Gruppen vertreten, waren in der Mehrzahl. Die Konferenz glich regelrecht einem kleinen Modell der Türkei. Trotzdem muss ich auch erwähnen, dass sowohl die Regierungs- als auch die Oppositionsparteien, obwohl sie eingeladen waren, nicht kamen. Dennoch war die Konferenz im Hinblick auf die Zukunft ermutigend. Das wichtigste war, dass fast alle die Konferenz mit einer berechtigten Hoffnung verlassen haben.

Diese Konferenz, die die wichtigsten Intellektuellen der Türkei zusammenbrachte, war vor Monaten geplant worden. Die Hauptbedeutung dieser Konferenz lag meiner Meinung nach in den vorgetragenen Botschaften. Die wichtigste Botschaft lag zweifellos darin, die betroffenen Parteien dieser blutenden Frage, und nur diese, zusammen zu bringen. So fanden Kurden, Türken und alle andere Völker Anatoliens die Gelegenheit, sich unmittelbar und direkt gegenüber zu stehen. Das Vorbereitungskomitee der Konferenz muss der gleichen Auffassung gewesen sein, denn niemand aus dem Ausland war eingeladen.

Auf der Konferenz wurde die kurdische Frage mit ihren Ursachen und Auswirkungen in allen Details diskutiert. Alle äußerten ihre Meinung. Die Diskussionen zeugten von reifer Verantwortung und einem gehobenen Niveau. Eine Annäherung in den Pro- und Kontra- Standpunkten zwischen den Parteien entwickelte sich und war sofort erkennbar. Fast bei allen war der Gedanke „So kann es nicht mehr weitergehen" vorhanden. Man könnte behaupten, dass der vorrangige und auffallende Ton der Konferenz in der Meinung lag, militärische Lösungen vollständig aus dem Sprachgebrauch zu nehmen. Trotz einiger extremer Ansichten kann man sagen, dass die Äußerungen im Kern fast die selben waren. In den Diskussionen wurde des Öfteren auf den gemeinsamen Nenner verwiesen. Der Wunsch und die Notwendigkeit, eine Sprache des Dialoges für die Lösung zu finden und vor allem die Forderung nach einem gerechten Frieden machten sich bemerkbar. Ja, die Konferenz war auf den Frieden ausgerichtet. Aber auch das Fehlen von detaillierten ausformulierten Vorschlägen für den Frieden war offen sichtbar.



Auf der Konferenz „Die Türkei sucht ihren Frieden" Foto: DIHA

Irgendwie scheint in diesem Land die Kultur des Friedens verschüttet zu sein. Leider ist die Sprache des Friedens in Vergessenheit geraten. Es muss eine ethische Friedensprache, nicht die Sprache der Kapitulation und des Waffenstillstands, aufgebaut werden. Es muss eine Sprache entwickelt werden, die als ethische Grundlage dem Aufbau des Friedens dient. Auch die Konferenzteilnehmer haben das des öfteren betont. Es schien aber trotzdem, als würde etwas fehlen. Gutwillige Äußerungen und Thesen der Rechtfertigungen lagen irgendwie außerhalb der Schwerpunkte der betroffenen Parteien.

Dennoch führten die Kommentare nach der Konferenz in vielen Kreisen zu einer berechtigten Erwartung. Doch wurde die positive und entspannte Atmosphäre, die sich nach der Konferenz breit machte, durch das Attentat auf Hrant Dink getrübt. Es gab die Befürchtung, dass diese Konferenz auf die Ebene der Elite und Akademiker begrenzt bleiben könnte. Im Voraus hatten einige ihre Befürchtung geäußert, dass in dieser Konferenz die Intellektuellen in ihren Elfenbeintürmen wieder ihre ergebnislosen Debatten führen würden. Der Beschluss, ein Organisierungsbüro zu errichten und die Umsetzung der Konferenzbeschlüsse gegenüber den zuständigen Institutionen zu verfolgen, stärkte die Hoffnung in Bezug auf die Zukunft.

Auf der anderen Seite bot die Konferenz für die kurdische Bewegung die Möglichkeit, den verschiedenen Vertretern gesellschaftlicher Meinungen ihren Standpunkt zu erklären. Leider kann nicht gesagt werden, dass diese Möglichkeit ausreichend genutzt worden wäre. Denn einige Redner sahen es als Notwendigkeit an, zu beklagen, dass die Forderungen der Kurden nicht klar genug wären. Dennoch ging diese Konferenz in Bezug auf einen guten Beginn der Beziehung der kurdischen Seite zu Plattformen, in denen Ideen ausgetauscht werden, in die Geschichte ein. Mit diesem neuen Schritt konnte die kurdische Politik ein breiteres Spektrum als bisher erreichen. Auch somit hat die kurdische Bewegung seit längerem ein positives Bild geboten.

Die vorurteilsfreie, offene, vielseitige, transparente und demokratische Atmosphäre, in der diese Konferenz durchgeführt wurde, hat vielen Kräften innerhalb des Staates, die die kurdische Frage friedlich lösen wollen, den Rücken gestärkt. Sowohl die Kommentare in der Presse als auch die Bewertung des ehemaligen Staatssekretärs des türkischen Geheimdienstes (MİT) in Bezug auf die Konferenz haben den Wunsch nach Frieden lebendig gehalten Die bedrohliche Salve, die der Ministerpräsident während der Konferenztage hinsichtlich Kirkuk abfeuerte, sollte die Konferenz in den Schatten stellen. Doch reichten die Stimmen für eine zivile und demokratische Lösung aus, die aus der Konferenz nach außen drangen, um die Drohungen des Ministerpräsidenten ins Leere laufen zu lassen und gleichzeitig auch ihre Sinnlosigkeit offenzulegen.

Die Tatsache, dass die Reden einiger Teilnehmer per Gerichtsbeschluss durch Staatssicherheitskräfte verfolgt wurden, zeigt ein weiteres Mal, wie schwierig die Friedensarbeit in der Türkei ist. Ungeachtet dessen prägte die Rede von Yaşar Kemal die Konferenz. Mit seiner ergreifende Sprache wies der große Romancier Yaşar Kemal auf die genozidähnliche Vernichtung und Verleugnung in der Türkei hin. In diesem Zusammenhang erklärte er, wie eine geleugnete Identität auf unmoralische Art und Weise unterdrückt, wie mit Worten bedrückende Mauern errichtet und isolierende Grenzen zwischen den Völkern aufgebaut werden. Ferner erzählte er, wie aus einem „Guerilla“ – einem Bürger dieses Landes – ein “Terrorist” gemacht wird, um in den Augen der Menschen dieses Landes abgewertet zu werden.

Unabhängig davon, mit welchem guten Willen eine Konferenz durchgeführt wird, der Frieden ist nicht so nahe, dass er mit einer Konferenz erreicht werden könnte. Die Initiative der Intellektuellen ist hierbei selbstverständlich sehr wichtig. Aber wenn man sich den ziemlich großen Abstand zwischen den Intellektuellen und der Bevölkerung in der Türkei vor Augen führt, wird deutlich, dass es keine so leichte Arbeit ist. Da die Konferenzresolution auch auf diese Tatsache hinwies, wurde beschlossen, dass die Konferenzbeschlüsse an alle Teile der Gesellschaft weiter getragen werden sollen.

Bei den Kurden gibt es eine alte soziale Institution der Friedensstifter, die Rusipis genannt werden. Die Rusipis als Friedensstifter in der kurdischen Gesellschaft sind eine Art „Denker”. Ihre vorrangige Fähigkeit ist es, allen Parteien gegenüber in derselben Distanz zu stehen und die Frage objektiv betrachten zu können. Diese können auch als „die dritte Partei“ bezeichnet werden. Die dritte Partei ist eine aufbauende und verhandelnde Kraft. In den von Konflikten geprägten traditionellen Gesellschaften gibt es friedensstiftende Kräfte. In den modernen Gesellschaften jedoch fällt diese Aufgabe den Intellektuellen zu. Intellektuell oder aufgeklärt zu sein bedeutet, Quelle der Erwartungen und Verantwortlicher des Gewissens zu sein. Es kann gesagt werden, dass die Moderne den Erwartungen den Rücken zugewandt hat. Wenn es Erwartungsphänomene gibt, dann sind es die Intellektuellen, an die die modernen Gesellschaften in Krisensituationen ihre Erwartungen stellen. Inwieweit die Intellektuellen in der Türkei dieser Aufgabe nachkommen, ist strittig. Mit dieser Konferenz wurde die Gesellschaft in eine Erwartungshaltung gegenüber den Intellektuellen versetzt. Alle bieten den „Denkern” eine Gelegenheit. Denn wenn die Intellektuellen sich in Bewegung setzen, werden sie zumindest eine Kerze in der Dunkelheit anzünden.

Zum Schluss kann gesagt werden, dass diese Konferenz das Zusammentreffen der Gewissen war. Ein Ort, an dem sich Gewissen treffen, stellt selbstverständlich ein wichtiges Fundament dar. Natürlich muss auch gesehen werden, dass für den Frieden Gewissen allein nicht ausreicht. Ich möchte meinen Artikel mit den Worten eines der Konferenzorganisatoren beenden. Er sagte, dass diese Konferenz gezeigt habe, dass der Frieden schwierig, aber nicht unmöglich ist. ♦

Friedens-Konferenz 13.-14. Januar 2007: Die Türkei sucht ihren Frieden

Die Hürden überwinden

Orhan Miroğlu, Mitglied der Appellgruppe für die Konferenz „Türkei sucht ihren Frieden"

Am 13. und 14. Januar dieses Jahres fand in Ankara eine wichtige Konferenz unter dem Motto „Die Türkei sucht ihren Frieden" statt. Es die bisher umfangreichste Konferenz mit diesem Inhalt, die bislang in der Türkei ausgetragen wurde. Was können Sie uns über die Vorbereitungen dieser Konferenz sagen?

Dieser Konferenz geht eine lange Vorbereitungsphase voraus. Fast in allen Provinzen und Regionen fanden Vorbereitungsarbeiten statt und in diesem Rahmen wurden viele Versammlungen abgehalten. Bei den Regionalversammlungen in den Provinzen Diyarbakır, Van, Mersin, İstanbul und anderswo wurden bereits Beschlüsse gefasst. Diese Versammlungen brachten Menschen zusammen, die sich nach Freiheit und Demokratie sehnen. Die gemeinsame Erwartung, die während dieser Versammlungen formuliert wurde, war, dass Begriffe wie Dialog, Übereinkunft und Empathie im politischen und gesellschaftlichen Leben an Bedeutung gewinnen sollten.

Neben dem Wunsch nach ausgiebigen Diskussionen, der natürlich immer wieder in den Vordergrund trat, war das wichtigere Anliegen der Versammlung, eine ernsthafte Organisierungsarbeit zu leisten, um einen Weg zur Errichtung des inneren Friedens in der Türkei zu schaffen.

Die regionalen Aktivitäten wurden von den freiwilligen Friedensaktivisten gemeinsam mit Kollegen der demokratischen Friedensinitiative geführt. Sie waren äußerst erfolgreich bei der Kontaktierung regionaler Kräfte. Menschen mit unterschiedlichen politischen Anschauungen und sozialem Status kamen zusammen und setzten sich mit der Fragestellung Frieden auseinander. Somit wurden auch auf regionaler Ebene etwa 300 Delegierte gewählt. Um die regionalen Aktivisten zu bündeln, fand im September letzten Jahres in Ankara eine kleine Konferenz statt, an der die meisten Delegierten teilnahmen. Auch Vertreter der zivil-gesellschaftlichen Organisationen, AkademikerInnen und MedienvertreterInnen unterstützen die Konferenz durch ihre Teilnahme.

Auf dieser kleinen Konferenz wurde eine Dialoggruppe – bestehend unter anderem aus Prof. Büşra Ersanlı, Akın Birdal, Prof. Doğu Ergil, Seydi Fırat, Ayhan Bilgen, Prof. Cengiz Güleç, Orhan Miroğlu und Prof. Yusuf Zeren – gewählt, die die folgende Arbeit fortführen sollte. D. h. erst nach monatelanger Vorarbeit konnte diese Konferenz auf die Tagesordnung der Türkei gesetzt werden. Das Ziel war eine große Konferenz zu organisieren, auf der das Thema, wie der Frieden zu errichtet ist, von allen Seiten her behandelt und folglich ausgearbeitet werden kann. Eine fünfzigköpfige Gruppe, bestehend aus Akademikern, Politikern, Künstlern und Vertretern der NGO´s wurde festgelegt, die den entsprechenden Aufruf machen sollten.

Vom Charakter und der Zielsetzung dieser Konferenz her war sie in dieser Form die erste in der Geschichte der Türkei. Die Arbeit der Appellgruppe, die geduldigen Bestrebungen der demokratischen Friedensgruppe, die vielen Menschen, die freiwillige Unterstützung leisteten sowie das Interesse und die Unterstützung der zivil-gesellschaftlichen Kräfte haben zusammen die Schwierigkeiten dieser Konferenz überwunden. Das gegenseitige Verständnis zwischen unterschiedlichen sozialen und politischen Schichten war daher äußerst groß.

Bislang fanden in der Türkei zahlreiche Konferenzen statt, bei denen der gesellschaftliche Frieden und die demokratische Lösung der kurdischen Frage diskutiert wurden. Anstatt einer möglichen Lösung wurden hauptsächlich die historischen Gründe dieser Frage diskutiert. Es ging weniger darum, eine neue Friedensinitiative ins Leben zu rufen, ein Friedensprogramm zu erstellen oder ethische Werte auszuarbeiten, auf die sich im Weiteren gestützt der Frieden entwickeln kann. Folglich fehlte auch eine gewisse Kontinuität. Daher werden sie heute als Konferenzen gesehen, die seinerseits vollzogen und abgeschlossen wurden.

Die letzte Konferenz aber war anders. Viele Menschen, die für die Verwirklichung dieser Konferenz gearbeitet haben, die großes Leid und Verluste von materiellen und ideellen Werten hinnehmen mussten und die es leid sind, dass die Politik bislang für den Frieden nicht viel geleistet hat, wussten schon zur Beginn, dass es keinen großen Sinn machen wird, das Problem erneut zu behandeln. Vielmehr wussten sie, dass eine neue Friedensbewegung viel wichtiger und notwendiger ist, die sich auf die speziellen Bedingungen der Türkei beziehend Wege für den Frieden ebnen kann. Sie träumten von einer Friedensbewegung, die die Kargheit und Unzulänglichkeit der Politik überwindet und

somit die Politik bereichert und vergesellschaftlicht. Das Resultat dieser Konferenz beweist, dass dieser Ansatz eine starke gesellschaftliche Akzeptanz hat. Mit dieser Konferenz wurde ersichtlich, dass eine gesellschaftliche Opposition existiert, die sich für den Frieden in Bewegung setzen kann. Die Teilnehmer verließen die Konferenz mit der Frage, welche Schritte zu unternehmen sind, und mit dem Glauben, dass diese Konferenz eine Kontinuität aufweisen wird.

Obwohl Staats- und Regierungsvertreter zu der Konferenz eingeladen wurden, nahmen sie nicht teil. Folglich wäre es nicht falsch zu fragen, welche Schichten der Türkei auf der Konferenz ihren Frieden gesucht haben?

Es stimmt, dass eine Teilnahme von offiziellen Stellen nicht stattfand. Dabei gab es kaum Regierungsmitglieder, die nicht zur Konferenz eingeladen worden wären, einschließlich des Parlamentspräsidenten. Einige politische Parteien und die stärksten zivil gesellschaftlichen Institutionen waren aber auf der Konferenz anwesend. So waren DİSK, TTB, KESK, İHD, MAZLUM-DER, TİHV und andere zivilgesellschaftliche Kräfte da. Die Teilnahme von Cevat Öndeş, dem ehemaligen Staatssekretär des Nationalen Geheimdienstes MİT und seine Definition der Konferenz als „ein Rosengarten" stellt, wenn auch nicht offiziell, so doch inoffiziell den Wunsch der militärischen und zivilen Bürokratie des Staates dar, die Atmosphäre der Konferenz mit zu verfolgen und zu analysieren. Der Konferenzsaal war für 300–350 Personen bestuhlt, aber ich denke, es waren mindestens genauso viele, die die Konferenz zwei Tage lang im Stehen verfolgt haben. Folglich kann man sagen, dass der gesamte Querschnitt der Türkei, alle gesellschaftlichen Schichten, auf der Konferenz vertreten waren. Somit wurde mit einem starken Willen eine neue und andersartige Phase begonnen, in der die Tür für einen Dialog geöffnet werden kann und wo im Anschluss auch gesellschaftliche Verhandlungen möglich sind. Natürlich wurde das Desinteresse und Schweigen der Regierung für seltsam befunden und kritisiert.

Wie bewerten Sie die Ergebnisse dieser Konferenz? Die Teilnehmer der Konferenz haben beschlossen, sich in Form eines Organisationsbüros zu organisieren. Was bedeutet das genau und wie wird Ihre zukünftige Arbeit aussehen?

Das wichtigste Ergebnis war Folgendes: Die Kurdische Demokratische Bewegung hat mit dieser Konferenz neuen Boden betreten. Es tut sich ein neues Gebiet auf, dass Unterschiede in der gesellschaftlichen Zusammensetzung der Akteure und der politischen Tendenz und Kultur aufweist. Ich denke, wenn diese Chance gut genutzt wird, kann die gesellschaftliche Basis, die die Phase des Waffenstillstands unterstützen will, von der Zusammensetzung und Vielfalt dieser Konferenz Nutzen ziehen. Denn ein gemeinsamer Gedanke fast aller Teilnehmer der Konferenz war es, dass der Frieden in der Türkei nicht von oben herab und durch ein Abkommen zwischen den Eliten zu realisieren ist. Ein starker ziviler Bereich für eine starke Friedensbewegung ist notwendig, um die gesellschaftlichen Reflexe in Bewegung zu setzen. Die Grenzen dieses Bereichs wurden auf der Konferenz festgelegt. Nun geht es darum, diese Grenzen weiter zu entwickeln und auszuweiten und den Bereich zu einer gemeinsamen Idee der Gesellschaft zu machen. Die Konferenz war ein historischer Moment, auf der sich Menschen trafen, die im Krieg einen hohen Preis gezahlt haben und die nun bereit sind, für den Frieden den notwendigen Preis zu zahlen.

Gegenwärtig gibt es technische Probleme, die auf eine Lösung warten. So muss eine Antwort gefunden werden, mit welchem Organisierungsmodell der weitere Weg bestritten werden soll. In diesem Zusammenhang wird natürlich das Modell eines Friedensrates diskutiert werden. Denn das Organisationsbüro ist im Endeffekt ein Organ eines Organisierungsmodells. Zu erst müssen wir das Modell bestimmen, das wird bald passieren. Es wird sich herausstellen, ob wir uns in Form eines Friedensrates organisierenoder es nur bei dem Büro belassen werden. Zweifellos wird es Entscheidungsorgane und konkrete Programme geben, mit denen auf der politischen Tagesordnung aktiv interveniert werden kann. Das wichtigste Resultat der Konferenz ist es, die Legitimität dieser Bewegung anzuerkennen. Diese Zusammensetzung ist nun respektabel und ihre Legitimität ist nicht zu hinterfragen.

Unser Thema ist der Frieden!

Ich glaube an die Notwendigkeit, dass der Frieden mit Hoffnung beginnt. Ohne tiefe und aufrichtige Hoffnungsgefühle und -gedanken wird keine Friedensbemühung einen Erfolg verzeichnen können. Wir benötigen die Hoffnung, nicht um romantischer oder interessanter zu wirken, sondern um noch näher an der Realität zu sein. Hoffnung ist eine höhere Ebene der erlebten Wirklichkeiten und der Antrieb des menschlichen Seins, die Realität in die ersehnte Wirklichkeit zu verwandeln. Hoffnung ist der erste Schritt unseres Aktionsplans für den Frieden.
Eine reelle Erfahrung aus der Geschichte der Menschheit ist, dass kein politischer oder gesellschaftlicher Vorstoß verwirklicht werden kann ohne Veränderungs- und Erneuerungshoffnungen. Die Hoffnung ist kein nichtiges Lebensgefühl, sondern ein maßgeblicher Wegweiser, um das Unmögliche Wirklichkeit werden zu lassen. (…)
Der Frieden ist eines der bedeutendsten und tugendhaftesten Werke, das die Menschheit je hervorgebracht hat. Es gibt keine unsterblichen Individuen, aber durch die Schaffung von Frieden werden die Menschen, die sich dafür eingesetzt haben, unsterblich.
Dies wissen wir seit Gilgamesch. Der Frieden ist nicht nur ein unsterbliches Werk, sondern er ist zugleich das Ethischste und Vernünftigste, was der menschliche Verstand bislang hervorgebracht hat. Denn Frieden beinhaltet eine außerordentliche menschliche Veränderung. Er ist das Hineinversetzen des Ichs in das Andere. Das bedeutet, das Andere zu verstehen und mit ihm eine gleichberechtigte Beziehung aufzubauen. Der Frieden birgt in sich Tugenden und ist eine neue Kultur und ein notwendiger Umgang, um den Menschen ihre Würde zu erhalten. (…) **Mehmet Uzun, Schriftsteller**

Folglich wird das, was diese Bewegung sagt oder macht, von der Gesellschaft wahrgenommen und akzeptiert werden. Die Aktivitäten dieser Bewegung werden dazu beitragen, dass sich ein neuer öffentlicher Bereich und eine neue kollektive Vernunft entwickeln werden.

In ihrer Schlussresolution ist eine Aufzählung von Schritten enthalten, die unternommen werden müssen, damit sich der Frieden entwickeln kann. Aber es ist nicht klar, wie diese Schritte praktiziert werden sollen. Welche Aktivitäten werden sie diesbezüglich unternehmen und gibt es eine Zeitplanung dafür?

Lassen sie es uns nicht Schlussresolution nennen, denn es ist keine Erklärung, die am Ende der Konferenz veröffentlicht wurde, sonder es ist ein Programmentwurf. Weil es ein Entwurf ist, eignet es sich zur gesellschaftlichen Diskussion. Wie wurde dieser Entwurf erstellt? Eine Kommission hat es natürlich verfasst, aber diese Kommission hat alle 50 Reden auf der Konferenz zur Grundlage dieses Entwurfes gemacht. Das, was die Menschen für die Errichtung des gesellschaftlichen Friedens gesagt haben, wurde, wenn auch grob, in diesem Entwurf aufgenommen. So beginnt der Entwurf z. B. mit der Feststellung, dass die kurdische Frage keine Frage der Gewalt und des Terrors ist. Allein dieser eine Satz ist schon sehr wichtig. Denn es ist eine Feststellung, die ein hundertjähriges politisches Urteil und den Glauben daran erschüttert. Themen wie kulturelle Rechte, politische Amnestie, Perspektiven für die Demokratisierung, die Wahlhürde als das wichtigste Thema des Rechts auf politische Vertretung stellen gleichzeitig das Hauptgerüst der Arbeit unserer Bewegung dar. Um all das zu realisieren, bedarf es natürlich einer gewaltfreien Atmosphäre. Die Bilanz der gewalttätigen Auseinandersetzungen des letzten Jahres war trotz des Waffenstillstands sehr hoch und ist nicht zu akzeptieren: Infolge der Gefechte kamen annährend 900 Menschen, Soldaten wie Guerillas, ums Leben. Wenn die politische Atmosphäre sich zum Positiven entwickelt, können wir die Beendigung der Militäroperationen oder zumindest eine Reduzierung erwarten. Wenn aber in der klassischen Haltung der Regierung und des Staates keine Änderung zu erkennen sein wird, so kann ein noch hitzigeres politisches Klima entstehen, das sollte man nicht aus den Augen lassen. Auch in diesem Fall wird es für diese Friedensbewegung von Bedeutung sein, Position für Dialog und Übereinkunft zu beziehen.

So beginnt der Entwurf z. B. mit der Feststellung, dass die kurdische Frage keine Frage der Gewalt und des Terrors ist. Allein dieser eine Satz ist schon sehr wichtig.

Während die Konferenz eine sehr wichtige Atmosphäre geschaffen hat und sehr viele unterschiedliche Kreise dort öffentlich diskutiert haben, erschütterte die Ermordung des armenischen Journalisten Hrant Dink die Tagesordnung. Wie bewerten Sie dieses Attentat und stellt es nicht auch eine Antwort auf ihre Konferenz dar?

Es wurden sehr effektive Diskussionen über die Atmosphäre der Konferenz geführt. Die Ermordung von Hrant Dink in Istanbul hat die Tagesordnung natürlich auf einmal verändert. Die Ermordung von Hrant Dink ist nicht nur eine Ermordung eines Journalisten oder Schriftstellers. Er wurde ermordet, weil er Armenier ist. Diejenigen, die auf seiner Beerdigung waren, ihn auf seiner letzten Reise begleitet haben, waren sich dessen bewusst und daher haben Hunderttausende an diesem Tag gerufen „Wir sind Armenier, wir sind Hrant Dink". Dieser Mord hat viele Zielsetzungen, aber dieser Mord hat gezeigt, wie sich der Rassismus, als eine gemeinsame Idee einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht, horizontal entwickelt und jeden, der denkt, als Angriffsziel sieht. Der türkische Nationalismus grenzt alle aus. Aus Sicht dieser Nationalisten hält die hundertjährige Abrechnung mit den Armeniern noch immer an.

Nachdem die Kurden in den Anfangsjahren der Republik aufgrund des gemeinsamen muslimischen Glaubens als Türken wahrgenommen bzw. zwangsassimiliert wurden, gelten sie seit dem Wiedererwachen der kurdischen Identität ebenfalls als nicht zur Nation gehörend.

Dabei haben die türkischen Nationalisten ein einziges Ziel: Die Welt soll türkisch sein. In der Türkei können sie überall auf den Wänden auf diesen Spruch stoßen.

Ich denke zugleich, dass dieser Mord auch zu einer neuen Gegenüberstellung und Hinterfragung führen wird. Der Mord an Hrant Dink hat erneut die Dringlichkeit aufgezeigt, eine Wahrheitskommission zu gründen. Warum sollten die Teilnehmer der Konferenz und diejenigen, die dazu aufgerufen haben, nicht einen Vorstoß wagen, eine Wahrheitskommission unter dem Namen „Hrant Dink Wahrheitskommission" zu gründen? Auf gleiche Weise könnten wir Kampagnen gegen den § 301 und zur Herabsenkung der Wahlhürde organisieren. Ich denke, auf diese Weise wird das Programm auch verwirklicht und umgesetzt werden.

Was möchten Sie uns zum Schluss noch mitteilen?

Es ist natürlich wichtig, während der Suche nach dem Frieden in der Türkei von anderen Erfahrungen auf der Welt zu profitieren. Folglich ist es eine unserer Hauptzielsetzungen, mit den Friedenskräften weltweit gute Kontakte zu pflegen und außerhalb der Beziehungen zwischen Regierungen und Staaten eine Brücke zwischen den Völkern zu schlagen. Wir können unsere Erfahrungen zusammenführen und dafür sorgen, dass unsere Völker sich gegenseitig kennenlernen und entdecken. Ich glaube daran, dass unser gemeinsamer Glaube an die Demokratie und an das gerechte und friedliche Zusammenleben der Völker dafür ausreichen wird, die Hürden zu überwinden. ♦

26. Januar 2007

Friedens-Konferenz 13.-14. Januar 2007: Die Türkei sucht ihren Frieden

Friedensmanifest von Yaşar Kemal

Yaşar Kemal, Schriftsteller, Ankara

Im Folgenden veröffentlichen wir (in Ausschnitten) die Rede, die der Schriftsteller Yasar Kemal zur Eröffnung der Konferenz „Die Türkei sucht ihren Frieden" in Ankara gehalten hat:

„[…] Das zwanzigste Jahrhundert war ein Jahrhundert, in dem Vorfälle stattfanden, die der Menschheit nicht gestanden haben. Zwei blutige Weltkriege sind in diesem Jahrhundert ausgebrochen, große Völkermorde wurden in diesem Jahrhundert begangen. Wir haben ein schreckliches Jahrhundert hinter uns gelassen.

Die Menschen, die nach dem Ersten Weltkrieg zurückblieben, waren nicht mehr die gleichen wie vor dem Krieg. Sie waren Ängsten ausgeliefert, hatten kein Selbstvertrauen mehr, waren hoffnungslos und hatten ihre Kreativität und ihre Persönlichkeit verloren. Die Lage nach dem Zweiten Weltkrieg war noch schlimmer. Und der Dritte Weltkrieg, also der kalte Krieg […]. Wir können nicht sagen, dass die Menschheit sich komplett von den Zerstörungen dieser Kriege befreit hat. Und das Warten auf einen Atomkrieg, der die Welt in einen Feuerball verwandelt. Darauf zu warten, wann der Krieg ausbricht, ist wie das Warten auf den Tod.

Jetzt werden Sie fragen, ob sich alles Schlechte auf falsche Kriege schieben lässt. Natürlich mache ich nicht nur den Krieg für alles verantwortlich, was die Menschen unglücklich macht. Aber das meiste Unglück resultiert aus dem Krieg. Kriege sind ein Todesbefehl für die Menschen. Kriege sind der Tod für die Erde, auf der wir leben, für die Natur.

Wir haben voller Ängste und Schmerz ein Jahrhundert hinter uns gelassen […], aber in diesem Jahrhundert haben auch Dinge stattgefunden, die der Menschheit Ehre machen, die die Gesichter der Menschen aufhellen. Die Menschheit kann sich auch loben für die Dinge, die sie getan hat.

Europa versucht zunehmend, sich von den Auswirkungen der drei großen Kriege zu befreien, und das wird gelingen. So große Anstrengungen werden nicht leer verlaufen. Die Europäische Union wurde nicht umsonst gegründet. Sie wurde für einen unsterblichen Frieden gegründet, für eine gegenseitige Beeinflussung der Kulturen. Für eine glückliche Welt ohne Kriege. Um Wege zum Frieden, zur Schönheit, zur Achtung der Menschenwürde zu ebnen, damit Menschen keine Menschen mehr erniedrigen und ausbeuten.

Bei meinen Worten handelt es sich nicht um Wunschdenken. Der Hauptgrund für die Gründung der Europäischen Union ist der Frieden. […] Auf diese Hoffnung setzte die Gemeinschaft Europas. Denn sie hatte drei schreckliche Kriege erlebt, die die gesamte Menschheit hätten auslöschen können. […]

Kommen wir jetzt zu unserem ‚Krieg light', wie die seit 25 Jahren andauernden Auseinandersetzungen niedriger Intensität auch genannt werden. Obwohl mehrere Male ein Waffenstillstand ausgerufen wurde, hört dieser unser Krieg einfach nicht auf. Wie und warum findet er kein Ende? Hierfür muss es einen unbekannten Grund geben. Der Erste Weltkrieg hat vier Jahr gedauert, der zweite sechs Jahre. Wie lange unser 25-jähriger Krieg noch andauert, ist ungewiss.

Unserem Land ist durch diesen Krieg großer Schaden entstanden. Von denen, die im Krieg kämpfen, sind 30 000 Menschen gestorben. Die Anzahl der zivilen Krieger, die Dorfschützer genannt werden, belastet mit über 70 000 das Gewissen unseres Landes. Die meisten Häuser in 5000 Dörfern wurden niedergebrannt. Die Bewohner verloren sich in anderen Teilen des Landes. Ein Teil von ihnen ist unter Hunger und Armut zusammengebrochen. ‚Morde unbekannter Täter' wurden zum normalen Teil des Krieges. Prominente Kurden wurden auserwählt und fielen Morden unbekannter Täter zum Opfer. Ein Teil der staatlichen Institutionen wurde korrumpiert. Hätte es schlimmer sein können, wenn wir in den Zweiten Weltkrieg eingetreten wären?

Dieser Krieg hat der Türkei das Rückgrat gebrochen. Wir sind zu einem Land geworden, das gegen die eigene Bevölkerung kämpft. Vor den Augen der Welt verschlechtert sich unsere Lage zunehmend. Unter keinen Umständen wird uns Recht gegeben.

Die Welt verfolgt unsere Lage ebenso sehr wie wir selbst. Wir haben die Guerilla Terroristen genannt und davon Hoffnung erwartet. Begriffe können sich jederzeit und unter allen Umständen verändern und eines Tages unbrauchbar werden. Am Anfang waren die Gründe dafür, in die Berge zu gehen,

weitgehend unbekannt. Man dachte, es handele sich mehr um ein Abenteuer. Wer in die Berge ging, hatte zuvor studiert, einige ihr Studium bereits beendet. Fast alle, die in die Berge gingen, konnten lesen und schreiben. Die europäischen Medien maßen dem keine Wichtigkeit bei. Heutzutage dagegen wissen die weltweiten Medien alles über uns. Ein Krieg, der vor den Augen der Welt fortgesetzt wird, ist ein Krieg, der das Land verrotten lässt.

Und es heißt, dass 100 Millionen Dollar in diesen Krieg gesteckt wurden. Sie können sagen, was sie wollen, es ist nicht richtig. Es wurde noch viel mehr Geld verbraucht. Und die anderen Verluste? Unter dieser Bürde kann das Land nicht wieder aufstehen.

Wenn man nach dem Hauptgrund für die Entstehung der großen Zivilisationen fragt, wird deutlich, dass die Gegenden, in denen sie aufgeblüht sind, die fruchtbarsten und klimatisch gesehen die ergiebigsten waren. Zum Beispiel Ägypten, Westanatolien, Mesopotamien… Dazu gehören auch Ost- und Südanatolien. Sowohl West- als auch Ostanatolien sind die Wiege vieler Zivilisationen. Dass Ostanatolien die Wiege vieler Zivilisationen war, ist nicht ausreichend bekannt. Die Böden Ostanatoliens haben den Zivilisationen Mesopotamiens geholfen, so wie Euphrat und Tigris…

Mesopotamien hat seinen Namen von diesen beiden Flüssen erhalten. Diese Gegend war die Wiege vieler Zivilisationen wie die der Urartu, der Hurriter. Heute leben die Menschen dieser Gegend in Armut. Vor diesem Krieg waren die Menschen dieser Gegend trotz allem nicht so arm. Die Felder der Menschen, die in diesem Krieg vertrieben wurden, sind leer geblieben. Die Viehwirtschaft ist vorbei, die Gärten vertrocknet. Die Bienenkörbe sind leer. Die Dorfschützer haben alles, was in diesen Dörfern übrig geblieben ist, geraubt. Zwischen Dorfschützern und solchen, die keine Dorfschützer sind, ist eine irreparable Feindschaft entstanden. Auch in den Dörfern, deren Bewohner nicht vertrieben wurden, ist das Leben vergiftet worden.

Wie konnte eine ganze Gegend mit allem, was sie ausmacht, zur Armut verurteilt werden? […] Unser Staat führt Krieg, die Bevölkerung wird vertrieben, die fruchtbaren Böden bleiben unbestellt… Die Vertriebenen wurden Hunger und Elend ausgesetzt, und ihre Kinder schickten sie unweigerlich in die Berge… Wie viele junge Menschen sind in die Berge gegangen, kennt die Regierung ihre Anzahl?

Und weiß der Staat, wie sehr diese Haltung der Türkei geschadet hat? Wissen unsere kriegsliebenden Nationalisten, welchen Schaden diese Gewalt, dieser Krieg der Türkei zugefügt hat? Weiß jemand, wie sehr wir uns mit diesem Krieg verausgabt haben, wie sehr wir uns mit jedem weiteren Tag verausgaben werden? Weiß jemand, wohin wir mit diesem Verlauf kommen?

Macht, was Ihr wollt, aber spielt nicht mit der Würde eines Menschen, eines Volkes! Diese Worte sind seit meiner Jugend Balsam für meine Zunge. Aber unsere Regierenden haben das Gegenteil getan. Es gibt nichts, was sie dem Volk nicht angetan hätten. […]

In unserem Land gibt es Rassisten, die sich nationalistisch geben. Auch sie haben einen Satz, der für sie Balsam ist: Der Türke hat keinen anderen Freund als den Türken. Etwas Schrecklicheres lässt sich nicht zu der Bevölkerung eines Landes sagen. Und zu den Kurden sollte man so etwas schon gar nicht sagen. Sie werden es übel nehmen. Ich sage das zu den lieben nationalistischen Freunden, damit sie sich freuen und es ihnen besser geht: Türken haben noch andere Freunde als Türken. Nicht heimlich und verborgen. Seit Malazgirt sind Kurden und Türken Freunde. Das hat bis zum Befreiungskrieg angedauert. Manche sagen, wenn die Kurden nicht gemeinsam mit den Türken im Befreiungskrieg gewesen wären, wäre dieser Krieg sehr viel schwerer gewesen.

Es war die große Intelligenz von Mustafa Kemal Pascha, die diese Schwierigkeit bewältigte. Warum machte er den Kongress nicht in Samsun, nachdem er dort angekommen war? Oder wenn das nicht passend war, weil es am Meeresufer liegt, warum nicht in Amasya oder in Ankara? Dieser große intelligente Mensch musste einen stabilen Beweggrund dafür haben. In Erzurum war eine Armee, die unter dem Befehl des Armeeinspekteurs hätte stehen müssen. Kommandant der Armee war General Kazim Karabekir, er folgte dem Ruf des Armeeinspekteurs, sagte „Zu Befehl, mein General“, und ab da stand an der Seite des Armeeinspekteurs eine weitere Kraft: Das waren die Kurden.

In Erzurum kam als Vertreter der Kurden Haci Musa dazu. Mit ihm wurde eine schriftliche Vereinbarung getroffen, die verloren gegangen ist. […]

Und dann gab es die Konferenz von Lausanne. Wenn die Kurden nicht auf die Türkei, sondern auf die Engländer gesetzt hätten, sähe ihre Lage heute wohl anders aus. Und vor der sowjetischen Revolution hatte sich ein Teil der Kurden mit den russischen Kurden vereinigt. Die Mehrheit blieb bei den Osmanen. Wenn die Kurden sich nicht den Osmanen, sondern den russischen Kurden angeschlossen hätten, hätten die Sowjets später nicht einen Sowjetstaat daraus gemacht? Und wenn das so ist, warum haben sie soviel Leid und Einsamkeit akzeptiert? Wussten die Kurden nichts von der Welt? Wenn man die Politik dieses Staates betrachtet, könnte man sie als dumm bezeichnen.

Die Großen in unserem Staat und unsere Medienvertreter sagen, wenn die Kurden im Irak unabhängig werden, müssen wir das als Kriegsgrund betrachten. Warum? Was gehen Euch die Kurden im Irak an? Jeder soll glauben, was er will, ich wende mich an unsere nationalistischen Rassisten: Wenn wir einen Freund haben auf dieser Welt, dann sind es die irakischen Kurden im Süden, die auf den Ölquellen sitzen.

Ein solcher Freund hat den Wert vieler Freunde. […] Die Kurden im Nordirak wollen keine Unabhängigkeit, weil diese nicht in ihrem Interesse liegt. Sie

wollen aus ganzem Herzen eine Föderation. […]

Einige Menschen, der Staat, die Medien, alle sagen sie, die Kurden werden die Türkei spalten. Vielleicht wissen sie irgendetwas, was sonst niemand weiß. Vielleicht wissen sie, dass diese Gewalt nicht aufhören wird, und wenn sie das nicht wissen, dann ist es das, was sie wollen. Vielleicht weiß auch niemand irgendetwas.

So sehr ein Krieg auch in niedriger Intensität stattfindet, es ist trotzdem Krieg. Auch wenn der Staat, der eine Fortdauer des Krieges befürwortet, sehr stark ist, so hat er trotzdem Verluste und Verschleiß. Wir sehen, dass die Macht, über die diejenigen verfügen, die diesen Krieg sinnlos fortsetzen, ihnen nicht viel nützt. Das Leid des Krieges ist in allen Herzen.

Die Kurden wollen Frieden. Wenn ihr Wunsch nicht von Herzen kommt und es sich lediglich um ein Manöver handelt, dann würde das schnell offensichtlich. Es gibt nationalistische Rassisten in unserem Land, die die Kurden diskriminieren. Sie haben die Freiheit, alles zu sagen. Aber sie haben keine Ahnung von der Welt und von den Menschen im Land. Obwohl unsere Bevölkerung sich nach Frieden sehnt, haben sie den Segen der Demokratie nicht erreicht. Wenn es so weiter geht, werden wir die Wohltat der Demokratie nicht erleben. In unserem Zeitalter ist es eine Ehre für ein Land, zur Demokratie zu kommen.

Vor vielen Jahren habe ich gesagt, dass Demokratie von der kurdischen Frage abhängt. Verbiete die Sprache von Millionen von Mitbürgern, verbiete Schulen, in denen die eigene Sprache gesprochen und geschrieben wird, verbiete auch Universitäten, die die eigene Sprache erforschen… Die Kurden sind aus Lausanne nicht als eine Minderheit hervorgegangen. Gut, dass sie keine Minderheit sind. Es ist fast nichts übrig, was den Kurden nicht verboten worden ist.

Wie könnten die Geschwister, die seit Malazgirt Geschwister sind, die im Befreiungskrieg gemeinsam für die Befreiung gekämpft haben, die sich gemeinsam über den Sieg gefreut haben, als Minderheit betrachtet werden? Die Kurden haben sich selbst niemals als eine Minderheit betrachtet. Auch wenn ihnen das Menschsein vorenthalten wurde, haben sie sich nicht als Minderheit betrachtet. Trotz Vertreibung und Erniedrigung, obwohl ihre Sprache als erfunden bezeichnet wurde, haben sie nie gesagt, dass sie eine Minderheit seien. Denn sie sind keine Minderheit, sie sind Geschwister. Das kann ihnen niemand nehmen. Dafür sprechen die letzten tausend Jahre.

Wenn die Verbote der letzten achtzig Jahre nicht wären, wenn nicht vergessen worden wäre, dass die Kurden Geschwister sind, wenn sie nicht mit Verboten erstickt worden wäre, würden wir heute nicht so reden. Das türkische Volk hat die Geschwisterlichkeit nicht vergessen. Gegen die Kurden wurde fürchterliche Propaganda gemacht. Sie wurden Opfer von Lynchmorden, und in der Verbannung wurden sie erneut in die Regionen vertrieben, aus denen sie gekommen waren. Es wurden große Anstrengungen unternommen, um einen Bürgerkrieg zu provozieren. Aber die Menschen, die hier gemeinsam leben, haben diese Provokationen nicht zugelassen. Das ist eine Haltung, die Anlass zur Freude und Hoffnung gibt. […]

In unserem Zeitalter besteht ein Kulturproblem. Insbesondere in den letzten Jahren wird viel zu Kultur gearbeitet. […] Es ist nicht umsonst, dass der Kultur zunehmend mehr Bedeutung beigemessen wird auf der Welt. Was den Menschen zum Menschen macht, ist die Kultur.

Die Welt ist ein Kulturgarten mit Tausenden Blumen. Jede Blume hat eine eigene Farbe, einen eigenen Geruch. Die Menschheit müsste vor jeder Kultur zittern. Es gibt Tausende Kulturblumen, wenn wir eine davon pflücken, verliert die Menschheit einen Geruch, eine Farbe.

Bis zum Imperialismus haben die Kulturen sich gegenseitig genährt, ebenso die Zivilisationen. Es gibt keine Kultur und keine Zivilisation auf dieser Welt, die sich allein entwickelt hat.

Eine Reihe von Personen, die sich selbst zu den Wissenschaftlern und Intellektuellen dieses Landes zählen, zerreißt sich förmlich, um zu beweisen, dass eine Multikultur nicht möglich ist – und das in Anatolien, der Wiege großer Kulturen. Für diese Menschen zu sprechen, steht uns nicht zu.

Der Imperialismus hat von der Renaissance als Erbe zwei Begriffe übernommen: ‚primitive und überlegene Menschen'. Und die Imperialisten haben sich selbst als berechtigt gesehen, den primitiven Menschen Kultur und Zivilisation zu bringen.

Wenn wir eine wirkliche Demokratie nach Anatolien bringen wollen, dann werden die Kulturen Anatoliens sich wieder gegenseitig nähren und Anatolien wird wie in früheren Zeiten einen reichen Beitrag zu Menschheitskultur leisten.

Wenn sich die Menschen eines Landes dafür entscheiden, menschenwürdig zu leben, wenn sie das Glück und die Schönheit wählen, dann geht das zunächst über die universellen Menschenrechte und dann über die universelle, grenzenlose Gedankenfreiheit. Die Menschen der Länder, die sich dagegen stellen, werden im 21. Jahrhundert als Menschen leben, die ihre Würde verloren haben und nicht in das Gesicht der Menschheit schauen können.

Wir haben es in der Hand, die Ehre, das Brot und den kulturellen Reichtum unseres Landes zu schützen.

Wirkliche Demokratie oder gar keine…" ♦

13. Januar 2007

Friedens-Konferenz 13.-14. Januar 2007: Die Türkei sucht ihren Frieden

Gesellschaftlicher Sexismus im Aufbau des Friedensprozesses

Dr. Handan Çağlayan, Schriftstellerin und Aktivistin der Frauenbewegung

Militär ist traditionell die Sache von Männern. Nach dem Satz „Jeder Türke wird als Soldat geboren" besteht die Nation aus Männern und Soldaten. Und wo sind die Frauen in diesem Szenario? Nicht nur in der türkischen, sondern auch in der kurdischen und in vielen anderen Sprachen gibt es den Begriff des „Mutterlandes". Der heimatliche Boden wird sich als Frau vorgestellt, die von den Soldaten der Nation gegen eine Berührung Fremder geschützt werden muss. Deshalb ist die Pflicht am Vaterland eine Ehrenschuld. So wie der Körper der Frau innerhalb der Familie ist auch der Boden des Mutterlandes Symbol der Ehre für die Männer der Familie Nation.

Aber Frauen werden nicht nur als Mütter oder Symbol der Ehre von männlichen Soldaten in nationalistische Szenarien und militaristische Prozesse einbezogen. Sie übernehmen sehr verschiedene Rollen und Aufgaben. Sie übernehmen auch Rollen in antiimperialistischen Kämpfen oder in demokratischen Kämpfen von Communitys, deren Rechte nicht anerkannt werden. Sie brechen mit traditionellen Geschlechterrollen. Beispielsweise lag in den neunziger Jahren der Anteil von Frauen in den bewaffneten Einheiten der kurdischen Bewegung bei einem Drittel. Trotzdem ist das Szenario der Nation geschlechterbezogen, und insbesondere Krieg und Militär sind Dinge, die mit Männlichkeit zusammen hängen. Somit sind es auch meistens Männer, die im Namen der Nation sprechen. Dafür reicht es aus, in Konfliktgebiete zu blicken, in denen die Konflikte auf Boden und Nation beruhen.

Zum Beispiel Zypern. Wer definiert Problem und Lösung in der Zypernfrage, wer führt die Verhandlungen? Auf offiziellem Parkett sehen und hören wir Vater und Sohn Denktaş, die militärischen und zivilen männlichen Führer der Türkei und Griechenlands. Die von zypriotischen türkischen und zypriotischen griechischen Frauen gegründete Organisation „Die Teilung überwindende Hände" ist dagegen im Fernsehen nie zu sehen. Wir wissen ganz einfach nicht, wie diese Frauen sich getroffen und eine gemeinsame Organisation gegründet haben, wir kennen nicht ihre Arbeitsweise für ein Zusammenleben der türkischen und griechischen Communitys auf Zypern, nicht ihre Definition des Problems und nicht ihre Art und Weise einer Lösung. (...)

Von den Friedensgesprächen zwischen Irland und England hören wir nichts außer den Worten des Sinn Fein Vorsitzenden Gary Adams und von Tony Blair. Dabei gibt es Frauenorganisationen in England, die sich für Frieden einsetzen. Am Befreiungskampf des irischen Volkes haben bekannterweise viele Frauen in aktiver Form teilgenommen. Aber ihre Stimmen spiegeln sich in den Verhandlungen nicht wieder. Nicht die Netze, die sie mit Frauen anderer Gesellschaften und Kulturen für ein Zusammenleben und Frieden aufgebaut haben, nicht die Bündnisse, die sie gegründet haben und auch nicht ihre Art und Weise, einen Dialog zu führen. Genauso haben wir nichts von den Dialoggruppen erfahren, die auf dem Balkan nach den ethnischen Auseinandersetzungen von Frauen verschiedener ethnischer Gruppen aufgebaut wurden. Dabei ist diesen Frauen etwas sehr schwieriges gelungen. Sie arbeiten daran, sich gegenseitig und mit sich selbst zu konfrontieren, ohne ihre Unterschiede und Identitäten abzulehnen. Sie versuchen ihre Geschichte neu zu kommentieren, so dass ein Zusammenleben möglich werden kann. Während die Führer in offiziellen Gesprächen ohne Rücksicht auf Verluste verhandeln, suchen die Frauen nach Wegen, damit ein Zusammenleben ohne Ausgrenzung, eine Gewährleistung des Rechtes auf Leben und ein friedlicher Alltag zustande kommen können.

Wenn Frieden mehr bedeutet als eine am Tisch entsprechend des Kräftegleichgewichts unterzeichnete Vereinbarung, kann von den Erfahrungen dieser Frauen viel gelernt werden. Im Kampf gegen Nationalismus und Militarismus muss den Geschlechterrollen mehr Aufmerksamkeit beigemessen werden.

Wenn wie in unserem Land ein Problem, das mit demokratischen Reformen gelöst werden kann, in ein Konzept der nationalen Sicherheit gesteckt wird, wenn es als eine Frage kodiert wird, die im Zusammenhang mit Heimat und der Einheit der Nation steht, wird es zur Quelle der Gewalt. Begriffe wie Heimat und Nation können dazu führen, dass miteinander lebende Gemeinschaften sich voneinander entfremden. Wir müssen darüber nachdenken, wie die Völker auf dem Balkan, die Jahrhunderte lang zusammen gelebt haben, von einem Moment auf den anderen zu Feinden wurden. Die Begriffe Vaterland und Nation umfassen Frauen und Männer, aber mit einer verschiedenen Rollenverteilung. Sie zeigen uns, wen wir hassen und wer Feind ist. Da Frauen im öffentlichen Bereich und in der Kategorie der offiziellen Staatsideologie weniger vorkommen, werden Männer vom Begriff

„Vaterland und Nation” stärker eingeschlossen. (...)

Wenn unser Ziel der Aufbau eines bleibenden und wirklichen Friedens, der Beginn eines Friedens- und Dialogprozesses ist, dann muss dieses Thema, Frauen- und Männerrollen, das Geschlecht des Krieges, die Auffassungsweise von Krieg und Frieden von Frauen und Männern, intensiver diskutiert werden. Mein Schlusswort will ich schon an dieser Stelle sagen. Das Programm, das bei dieser Konferenz herauskommen soll, muss unbedingt einen gesellschaftlichen Geschlechterblickwinkel beinhalten. Bei der Erstellung eines Friedensprogramms müssen die Erfahrungen von Frauen einfließen und Frauen als Personen oder Organisationsvertreterinnen sichtbar sein.

Wenn wir den Frieden aufbauen, dann brauchen wir mehr als die Ablehnung von Krieg. Wir müssen über den Krieg als eine Politik- und Mentalitätsweise sprechen. Wir müssen das Dilemma von Sieg und Niederlage, die Logik der Kapitulation und die männliche Denkweise analysieren. Wir müssen darüber sprechen, wie der Nationalismus die bestehenden Geschlechterrollen reproduziert und wie unser Alltagsleben militarisiert wird. Da Nation, Nationalstaat, Armee, Nationalismus und Militarismus geschlechtsspezifische Einrichtungen sind, ist demnach auch der Krieg eine geschlechtsspezifizierte Angelegenheit. Der Erfolg eines Friedensprozesses hängt auch davon ab, wie stark diesem Punkt Aufmerksamkeit gewidmet wird. (...)

Blick auf die Türkei im internationalen Zusammenhang

Obwohl in der Türkei 30 000 Menschen ihr Leben verloren haben und Millionen Menschen vertrieben wurden, wird der Krieg, der zwischen 1984 und 1999 stattfand, als „Antiterrorkampf“ bezeichnet. Dass ein innerer Krieg stattgefunden hat, ist niemals anerkannt worden. Offiziell gibt es noch nicht einmal eine gegnerische Seite. Bis vor kurzem gab es nicht einmal „Kurden“ in unserem Land. (...) Die kurdischen Forderungen nach ihren Rechten bezüglich ihrer Identität werden nicht anerkannt. Weiterhin werden sie als ein Terrorproblem kodiert.



Frau Dr. Handan Çağlayan (zweite von links) auf der Konferenz Foto: DIHA

Offensichtlich haben wir uns also versammelt, um ein Programm für einen nicht anerkannten Friedensprozess, für eine nicht anerkannte demokratische friedliche Lösung, für ein nicht anerkanntes Problem zu erstellen. In dieser Sitzung versuchen wir auch noch zusätzlich, die Erlebnisse einer Gruppe, die niemals sichtbar wird, in Kriegszeiten sowie die Bedingungen für ihre Teilhabe am Friedensprozess zu ergründen. Kurdische Frauen sind die Nichtanerkannten unter den Nichtanerkannten, die Unsichtbaren unter den Unsichtbaren. (...) Aus den oben genannten Gründen können wir von der Regierung nichts erwarten. In Hinsicht auf die anderen Akteure sehen wir, dass kurdische Frauen immer als Opfer oder als Freiheitssymbol kodiert und oft in Objekte der nationalistischen Politik verwandelt werden. Diese Situation macht es noch schwieriger, die negativen oder – falls vorhanden – positiven Auswirkungen von Krieg auf Frauen zu analysieren.

Frauen haben im Krieg großes Leid erfahren, aber sie haben auch Erfahrungen gemacht, die sie gestärkt sowie soziale und politische Kanäle geöffnet haben. Ihre Erfahrungen haben teilweise auf soziales und politisches Gebiet einfließen können. Frauen haben eine politische Sozialisation durchgemacht und nehmen am öffentlichen Leben in politischen Parteien, an Initiativen wie der der Friedensmütter, an Gefangenensolidaritätsorganisationen und in den letzten Jahren zunehmend an unabhängigen Frauenorganisationen teil. Die Hälfte der Bürgermeisterinnen in der Türkei wird von der DTP gestellt. Auch wenn heute ein gewisser Rückschritt stattfindet, haben Frauen einen wichtigen Kampf um Repräsentanz in Parteien geführt. Heute gibt es viele Fraueneinrichtungen in der Region. Kurdische Frauen sind also nicht nur Opfer des Krieges. Eine große Anzahl Frauen haben selber daran teilgenommen. Insofern ist es also wichtig, dass zu erstellende Analysen nicht zu verallgemeinernd sind, die positiven von den negativen Einflüssen getrennt werden und die positiven Seiten, die aus der Opferposition verhelfen, durch politische Schritte gestärkt werden.

Auf der anderen Seite ist es offensichtlich, dass die Existenz von Frauen im öffentlichen Leben sich auf Beschlussfassungs- und Repräsentanzebene noch nicht ausreichend widerspiegelt. Frauen werden in verschiedener Form marginalisiert. Beispielsweise werden ihre Forderungen in Bezug auf Partizipation und Repräsentanz in kurdischen Institutionen als „feministisch“

abgetan. Im Gegensatz dazu werden sie in gemeinsamen Bündnissen der Frauenbewegung in der Türkei des Nationalismus beschuldigt, weil sie die ethnische Identität in den Vordergrund stellen würden. Dabei erleben sie ihr Frausein nicht losgelöst von ihrer ethnischen Identität. In kurdischen Institutionen werden sie also als feministisch, innerhalb der Frauenbewegung als nationalistisch marginalisiert. Es wird dabei nicht beachtet, dass sie ihr Frausein als Kurdinnen und ihr Kurdischsein als Frauen erfahren.

Die Medien hingegen kodieren sie in sowohl rassistischer als auch sexistischer Form als Opfer von Traditionen, als ungebildet und armselig. (...)

Es werden mit Glanz und Gloria Kampagnen unter dem Motto "Papa, schick mich in die Schule" veranstaltet und dabei vollkommen die Einflüsse von Armut, Krieg und der Muttersprachenproblematik ignoriert. Frauen können ins Kreuzfeuer nationalistischer Politik geraten, weil sie es sind, die die kurdische Sprache weiter bestehen lassen, sie an die kommenden Generationen weitergeben und die Bevölkerung reproduzieren. (...)

Der soziale und politische Kampf kurdischer Frauen wird innerhalb der klassischen Gegensätze Ost/West sowie ungebildet/gebildet unwichtig gemacht. Die kurdische Identität wird anerkannt als Opfer von Ehrenmorden, aber das Vorhandensein von Dutzenden Fraueneinrichtungen in Diyarbakır wird ignoriert. (...)

Und nicht nur in dieser Hinsicht. Beispielsweise werden von Zeit zu Zeit in den Medien Meinungen darüber eingeholt, was „die Kurden“ eigentlich wollen. In diesen Kommentaren bekommt man den Eindruck, dass „die Kurden“ eine Gemeinschaft bilden, die sich aus Männern zusammensetzt – genau wie die, deren Motto lautet „Jeder Türke wird als Soldat geboren“. Denn es werden stets die Meinungen männlicher Führer abgefragt. (...) Geschlechterdiskriminierung, die ein universelles Phänomen darstellt, gibt es auch bei den Kurden. Frauen und Männer sind innerhalb der Gesellschaft nicht auf gleicher Position, materielle und ideelle Stärke und die Macht werden nicht gleich verteilt. Gegen Frauen wird Gewalt ausgeübt. Deshalb erleben Frauen den Krieg zumeist anders. Es mag sein, dass sie andere Forderungen als die männlichen Führer haben, wenn es um die Frage geht, was das kurdische Volk will.

Verallgemeinerungen sind immer eine schwierige Sache. Von „den Kurden“ zu sprechen, kann deshalb dazu führen, dass die Probleme, Forderungen, Lösungsvorschläge und die Stärke von Frauen unsichtbar gemacht werden. Die Erarbeitung eines Konsenses beinhaltet auch die Rückeroberung verlorengegangener Bürgerrechte. Die meisten der kurdischen Frauen haben sowieso keine Bürgerrechte. Bei der Erstellung eines Friedenskonzeptes muss das beachtet werden. Beispielsweise wird gefordert, die Zehnprozenthürde zu senken, weil sie das aktive und passive Wahlrecht der Kurden behindert. Aber auch wenn die Wahlhürde komplett abgeschafft würde, hätten die kurdischen Frauen, die kein türkisch sprechen, immer noch nicht das aktive und passive Wahlrecht. Das im Parteien- und Wahlgesetz festgelegte Verbot des Gebrauchs einer anderen Sprache als Türkisch verhindert die Wahrnehmung dieses Rechtes. Aus diesem Grund wird eine Politik, die nur auf den Erfahrungen von Männern aufbaut, das Opferdasein von Frauen nicht beenden. Ich möchte ein Beispiel für die Wichtigkeit der Erstellung von Analysen nach Geschlechtern geben. Das beste Beispiel dafür sind zwei verschiedene Berichte von Göc-Der. Der Bericht aus dem Zeitraum 1999–2000 beruht auf einer umfassenden Erhebung. Die Daten wurden über Interviews mit insgesamt 2000 Personen in Diyarbakır, Batman, Van, İstanbul, İzmir und İçel erhoben. Aber 73 Prozent dieser Personen waren Männer. In dieser Untersuchung sagen 25,4 Prozent der Befragten, dass sie im Alltag kurdisch sprechen, 66,5 Prozent hingegen geben kurdisch und türkisch an. Demnach kann also nur ein Viertel der Opfer von Vertreibung im Alltagsleben Probleme damit haben, dass sie kein türkisch sprechen können. Wenn bei der Untersuchung darauf geachtet worden wäre, das Geschlechterverhältnis gleich zu halten, hätte ein ganz anderes Ergebnis dabei herauskommen können. Denn eine Göc-Der Untersuchung zur Feststellung von gesundheitlichen Problemen von Flüchtlingsfrauen in İstanbul hat gezeigt, dass der Durchschnitt von Frauen, die keine andere Sprache als kurdisch können, bei 70 Prozent liegt. In Lösungskonzepten muss beachtet werden, dass Frauen und Männer das Problem der Unkenntnis anderer Sprachen als der Muttersprache auf verschiedene Weise erleben. Das gleiche gilt auch für den Bildungsstand von Frauen und Männern. (...)

Verallgemeinerungen sind immer eine schwierige Sache. Von „den Kurden“ zu sprechen, kann deshalb dazu führen, dass die Probleme, Forderungen, Lösungsvorschläge und die Stärke von Frauen unsichtbar gemacht werden.

Frieden schließen

Auf internationalem Gebiet gibt es ein breites Literaturangebot zum Thema Konfliktlösungen. Darin heißt es, dass für eine Konfliktlösung die Wurzel des Problems angegangen werden muss. Und das funktioniert, indem die gegnerischen Seiten von Vermittlern an einen Tisch gebracht werden und regionale Lösungswege gefunden werden. Eines der wichtigsten Elemente der Konfliktlösung ist die Findung eines gesellschaftlichen Konsenses. Ein gesellschaftlicher Konsens setzt zunächst ein Schweigen der Waffen und die Errichtung von Gerechtigkeit voraus. Damit ein Zusammenleben der Gesellschaften möglich ist und sich Vertrauen, Empathie und eine Kultur der Demokratie entwickeln können, bedarf es einer Konfrontation mit der Realität, Reparatur und Ausgleich, einer Schließung der Wunden und einer heilenden Gerechtigkeit. Ohne die Aufdeckung der Realität kann es keine Gerechtigkeit geben. Die Menschenrechtsverletzungen und ihre Verantwortlichen im Krieg müssen aufgeklärt werden. Eine Stärkung unterdrückter Gruppen, die Rückgabe ihrer Werte, gelten als Garantie für eine künftige Vermeidung ähnlicher Rechtsverletzungen. Die Verhandlungen zur Entstehung eines Konsenses müssen mit der Repräsentanz aller beteiligter Seiten stattfinden.

Entschädigung bedeutet nicht nur Entschädigung materieller Verluste, sondern beinhaltet ebenfalls die Wiedererlangung verloren gegangener Staatsbürgerrechte. In diesem Zusammenhang müssen demokratische Wege geschaffen werden, damit die Menschen, die ihr Hab und Gut verloren haben, von allen Staatsbürgerrechten profitieren können. (...) Weiterhin muss eine Erhebung für die Rechtsverletzungen, die Frauen erlebt haben, stattfinden. An der Erstellung eines Lösungsprogramms müssen Frauen aktiv beteiligt sein.

Herrschaft, die auf Stärke und Macht basiert, kann nur über Gewalt bestehen und Gewalt produziert Gewalt. Wir müssen diesen Teufelskreis durchbrechen. Verleugnung sorgt nicht dafür, dass die Probleme nicht mehr bestehen und schafft auch die Gewalt nicht ab. Für eine Lösung müssen unverzüglich die Waffen schweigen.

Die bewaffnete kurdische Opposition ist als Resultat der Politik entstanden. Deshalb muss die Politik verändert werden.

Der Kampf für den Frieden muss gleichzeitig eine konkrete Politik gegen das Patriarchat, den Nationalismus, den Militarismus und somit gegen alle Formen von Gewalt und Herrschaft beinhalten.

Der Kampf für Frieden bedeutet nicht Passivität und nicht nur das Schweigen der Waffen. Es muss für einen gesellschaftlichen Konsens gearbeitet werden. Ein Aufruf zum Waffenstillstand ist wichtig, aber nicht alles. Wenn nicht gleichzeitig an der Entstehung von Gerechtigkeit gearbeitet wird, dann sind diese Aufrufe letztendlich nichts anderes als eine Legitimierung des Unrechts.

Frieden findet nicht nur auf politischer Ebene statt, sondern muss auf gesellschaftlicher Ebene erreicht werden. Da sich die kurdische Opposition in der Türkei im Wesentlichen auf der Basis der Forderung nach persönlichen und Gruppenrechten geformt hat, ging es bis vor kurzem nicht um eine ethnische Spannung. Aber die jüngsten Entwicklungen im Mittleren Osten, insbesondere im Irak, der Abbau des Sozialstaates in der Türkei, Arbeitslosigkeit sowie die direkten und indirekten Auswirkungen von Flucht und Vertreibung können zu einer bisher nicht erlebten ethnischen Spaltung führen. Die kurdische Frage, die in der Türkei grundlegend für Fluchtbewegungen in den neunziger Jahren war, ist nicht mehr das Problem einer bestimmten Region. In den 14 Jahren nach Beginn der Zwangsmigration ist durch die Missachtung des Problems durch offizielle Stellen ein unverzeihlicher Verzug von Lösungsansätzen entstanden. Die Menschen leben unter der Armutsgrenze in Ghettos und erfahren Diskriminierung. All diese Einflüsse verändern den Charakter der kurdischen Frage. In der Türkei ist Armut kurdisiert worden. Ansatzweise sind auch Straftaten kurdisiert worden. Sozialwissenschaftler erklären, dass in der Beschäftigungs- und Einkommensverteilung eine offensichtliche Spaltung nach Ethnizität stattfindet und das Trauma, das Fluchtopfer erleben, einem Nachkriegstrauma gleicht. Diskriminierende Entwicklungsprozesse in den Städten führen zu einer Chronifizierung dieses Traumas und einer zunehmenden Marginalisierung. Die Arbeitslosigkeit steigt in der Gesamttürkei. Der Sozialstaat wird abgeschafft. Es sieht so aus, als ob die dadurch entstehende Wut und Unruhe über nationalistische Propaganda potentiell in Kurdenfeindlichkeit umgewandelt wird. Die in verschiedenen Städten stattgefundenen Lynchversuche weisen auf eine große künftige Gefahr hin, wenn der Staat nicht Maßnahmen dagegen trifft.

> Es sieht so aus, als ob die dadurch entstehende Wut und Unruhe über nationalistische Propaganda potentiell in Kurdenfeindlichkeit umgewandelt wird.

All das zeigt, dass Frieden nicht nur auf politischer Ebene geschlossen wird, sondern gleichfalls auf gesellschaftlicher Ebene. Wir müssen ein Programm erstellen, indem wir nicht auf ethnische/nationale Identität schauen, sondern auf demokratische Rechte, Gerechtigkeit und ein gemeinsames Leben. Und Frieden ist ohnehin nicht etwas, das von einem Moment auf den anderen mit einem Abkommen und diplomatischen Verhandlungen entstehen kann. Ebenso wie beim Patriarchat und dem Militarismus handelt es sich um einen Prozess, dessen Aufbau eine Selbstreproduktion erfordert. So sehr ein solches Projekt auch politisch ist, so sehr ist es auch gesellschaftlich, kulturell und regional. Aus diesem Grund müssen wir anstreben, den Frieden nicht nur zentralpolitisch, sondern gleichzeitig auf regionaler gesellschaftlicher Ebene aufzubauen. Universitäten, zivilgesellschaftliche Organisationen, Medien und Kommunalpolitiker müssen dabei eine aktive Rolle übernehmen. Wir müssen unseren Willen zu einem Zusammenleben neu beleben.

Von den Erfahrungen der Frauen muss profitiert werden. Wenn ich das sage, dann meine ich nicht so etwas wie „Frauen sind naturgemäß friedlich". Das ist falsch. Wovon ich rede ist, was Frauen bei Treffen auf regionaler Ebene seit Jahren verwirklichen. Wenn Krieg von der Übertreibung der Unterschiede zwischen den Gemeinschaften, der Bewertung des jeweils „anderen" als schuldig und schlecht, von der Männerkultur genährt wird, dann müssen wir die Wurzeln dessen angehen. Wir müssen Netze knüpfen und Brücken bauen, über die ein Dialog zwischen den Gemeinschaften auf regionaler Ebene, ein sich gegenseitiges Kennenlernen und Anerkennen, ein Zusammensein mit allen Unterschiedlichkeiten möglich wird. Frauen haben hierbei bereits einen langen Weg zurükkgelegt. In Diyarbakır, Batman, İstanbul haben Frauentreffen stattgefunden. Daraus kann gelernt werden. Bei der Erstellung von dieser Art von Politik und einem Programm muss eine gleiche Partizipation und Repräsentanz von Frauen und Fraueneinrichtungen gewährleistet werden.

Wir müssen Brücken bauen. Am Schwarzen Meer, in der Ägäis, in Inneranatolien, an allen Orten, an denen versucht wird, Nationalismus und Lynchkultur anzuheizen, müssen wir friedliche, kleine und aufrichtige Treffen veranstalten.

Ich glaube daran, dass alle TeilnehmerInnen dieser Konferenz zum Thema Aufbau des Friedens gleichgesinnt sind. Wichtig ist es, diese unsere Überzeugung zu organisieren und auf gesellschaftlicher Ebene ihre Entgegnung zu erschaffen.

Ich bedanke mich dafür, dass Sie geduldig zugehört haben. ♦

Von der Redaktion stark gekürzte Fassung der Rede

Der Mord an Hrant Dink

Verantwortlich ist der türkische Faschismus

Rechtsanwalt Mahmut Şakar, zweiter Vorsitzender von MAF-DAD e.V.

Über den Mord an Hrant Dink, dem armenischen Intellektuellen und Herausgeber der Zeitung AGOS, der am 19. Januar 2007 in Istanbul durch einen Anschlag ums Leben kam, wurde viel gesagt und geschrieben. Es wird auch weiterhin geschrieben und geredet werden. Bevor ich zu einer Skizze der Hintergründe der Tat komme, möchte ich etwas über den Zeitraum sagen, in dem er ermordet wurde.

Die immer noch andauernden Diskussionen über die Wahrscheinlichkeit einer Intervention der Türkei in den Irak und Machtansprüche gegenüber der Stadt Kirkuk waren und sind derzeit ein zentrales Thema der türkischen Innenpolitik. Auch die Vorbereitungen für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen laufen auf Hochtouren und sind somit Gegenstand der aktuellen Politik in der Türkei. Es ist unübersehbar, dass die innenpolitische Atmosphäre sehr angespannt ist. Der Mord an Hrant Dink geschah in dieser Atmosphäre. Parallel dazu fanden Konferenzen statt, die im Gegensatz zu den vorher beschriebenen staatlichen Themenschwerpunkten auch die armenische und die kurdische Frage thematisierten. Hier wurde das Bedürfnis einer schon längst hinfälligen Beschäftigung der Türkei mit der eigenen Vergangenheit und den eigenen Problemen artikuliert. Der Mord geschah also in einem Zeitraum, in der einige gesellschaftliche Akteure in der Türkei den inneren Frieden suchten. Ich denke, es ist ein wichtiger Aspekt, dass dieser Mord in einer Zeit geschieht, in der sich immer mehr Menschen aktiv für eine Demokratisierung der Türkei einsetzen. Im Gegensatz dazu vertreten die hegemonialen Kräfte im Wesentlichen eine auf Gewalt und Eskalation ausgerichtete Politik.

Hrant Dink war ein Intellektueller, der die tiefsten und kompliziertesten Probleme der Türkei auf eine sehr eigene Art anging. Durch die besondere Sprache, die er nutzte, konnte er auch zwischen vermeintlichen Gegnern Einigungen herbeiführen. Er konzentrierte sich auf die Ermöglichung eines Dialogs und eines friedlichen Zusammenlebens der Menschen. Dink sah sich für die Probleme und Konflikte verantwortlich. Er thematisierte den Völkermord an den Armeniern, stellte diesen jedoch stets in den historischen Kontext. Dabei legte er oftmals dar, dass es wichtig sei, eine positive Perspektive für die Zukunft zu entwickeln. Dadurch versuchte er den gordischen Knoten in der armenischen Frage zu lösen. Nach dem Völkermord verringerte sich die Zahl der in der Türkei lebenden Armenier drastisch. Die Überlebenden zogen sich aus dem gesellschaftlichen Leben zurück und lebten eher passiv, ohne das Bewusstsein, in der Türkei zu leben. Hrant Dink war ein mutiger Intellektueller und schaffte es, „die Stimme des armenischen Volkes“ zu sein. Er war ein Mensch dem es gelang, die klare und unbeschmutzte Stimme der Intellektuellen in der Türkei zu verkörpern. Das ist der Grund, warum er seit zwei Jahren zur Zielscheibe von Angriffen aus Kreisen wurde, die jene Personen, die sich für Frieden und eine Demokratisierung der Türkei einsetzen, ausschalten wollen. Diese Kreise wollen so ihre Herrschaft mit Gewalt erhalten und Finsternis über die Türkei bringen.

Es ist notwendig, den Grund und die Hintergründe des Mordes an Hrant Dink im Detail zu analysieren. Denn auch auf der Grundlage dieses Mordes werden die Realität und die Zukunft der Türkei bestimmt werden. Daher denke ich, dass dieser Mord nicht nur forensisch, sondern aus historisch sowie unter sozialen, rechtlichen und politischen Aspekten betrachtet werden sollte, um die Hintergründe wirklich verstehen zu können.

1- Ich möchte mit dem forensischen Aspekt beginnen. Allem voran möchte ich mich der Meinung anschließen, dass der Mord nicht dadurch aufgeklärt ist, dass der 17-jährige, aus Trabzon stammende Mörder, Ogün Samast sowie Yasin Hayal, der ihn zu dem Mord angestiftet haben soll, eine kurze Zeit nach der Tat verhaftet wurden. Ich denke, der Prozess wird sich in die Länge ziehen, da mit jedem neuen Tag neue Informationen und Behauptungen auftauchen. Viele Indizien sprechen dafür, dass zumindest ein Teil des Staates über den geplanten Anschlag an Dink informiert war: Der als Polizeiagent tätige und verhaftete Erhan Tuncel, dessen Name in der Presse oft auftaucht, hatte den geplanten Mord noch vor dessen Ausführung der Polizei mitgeteilt. Doch trotz dieser Informationen blieben die verantwortlichen Polizeibeamten passiv. Dink bekam nicht einmal Personenschutz. Er wurde ständig bedroht. Dink selber schrieb, dass er zum stellvertretenden Gouverneur in Istanbul gerufen wurde und in diesem Zusammenhang von zwei Personen, von denen angenommen wird, dass sie Agenten des Gemeindienstes sind, bedroht wurde. Warum also haben der Staat und die



Demonstration in Istanbul – „Weg mit § 301 – Wir sind alle Hrant" Foto: DIHA

Sicherheitskräfte dem Mord tatenlos zugeschaut?

2- Eines der wichtigsten Gesetze, das im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen seitens der AKP-Regierung verabschiedet wurde, ist das Anti-Terror-Gesetz. Einer der zahlreichen Paragraphen dieses Gesetzes, das auf Verboten basiert und die früheren Regelungen nicht verbessert, ist der § 301. Wie allgemein bekannt ist, definiert dieser Paragraph die Strafe für den Tatbestand der „Beleidigung des Türkentums". Viele bekannte Intellektuelle der Türkei wurden – in einer auf nationalistischen Argumenten und Symbolen beruhenden Atmosphäre – aufgrund dieses Paragraphen verurteilt. Einer von ihnen war Hrant Dink. Alle, die seinen Artikel, der Grund für die Verurteilung war, lasen – die Öffentlichkeit, Gutachter und sogar der Staatsanwalt – nahmen sehr genau war, dass in ihm nicht die Türken an sich, sondern die türkischen Vorurteile und Vorgehensweisen gegenüber der armenischen Bevölkerung kritisiert wurde. Trotzdem verurteilte ihn ein regionales Gericht zu 6 Monaten Haft. Daraufhin wandte Dink sich an den Kassationsgerichtshof. Dink kritisierte, dass die Justiz nicht unabhängig ist: „Es gibt keine Garantie dafür, dass der 'Tiefe Staat', der es sich zur Aufgabe gemacht hat, mir zu zeigen, dass ich unerwünscht bin, nicht auch in der Justiz einflussreich ist." Schließlich wurde die Strafe, wie Dink schon vermutet hatte, auch vom Kassationsgerichtshof und dem dazugehörigen Ausschuss für rechtmäßig erklärt. Hier zeigt sich, dass die Justiz offensichtlich von Partikularinteressen geleitet ist. Es wird klar, dass der „Tiefe Staat" darauf beharrte, ihn unbedingt wegen Beleidigung des Türkentums – also vermeintlichem Rassismus – zu verurteilen. Dadurch wurde er in den Augen der nationalistischen Rassisten zur Zielscheibe. Um diesen Aspekt zu thematisieren, riefen Tausende während seiner Beerdigung immer wieder die Parole „Mörder § 301!".

3- Der seit 5 Jahren regierende Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan sprach in einer Rede, in der er den Mord an Hrant Dink verurteilte, vom „Tiefen Staat". Somit eröffnete er die Diskussion um ein Thema, dass eigentlich seit Jahren auf der Tagesordnung steht, bis heute jedoch immer nur punktuell und dann nicht umfassend erörtert wurde. Ich denke, dass die Rede vom „Tiefen Staat" eine richtige Definition ist, um die politische Adresse im Fall Dink bekannt zu machen. Das gilt vor allem in Bezug auf die nationalistische Spannung im Land, die nicht zufällig während der Vorbereitungen für die Präsidentschaftswahlen seitens des Militärs auf eine traditionelle kemalistische Weise angeheizt wurde. Erdoğan gibt jedoch nicht offen zu, dass er in der von diesen Mächten stark beeinflussten politischen und emotionalen Atmosphäre oft in deren Einfluss geraten ist und auf eine nationalistische Art die Ziele dieser Mächte selber vorangetrieben hat. Kritik, die er diesbezüglich zu hören bekommt, lehnt er strikt ab und wehrt sich, in dem er die Kritiker angreift. Angriff ist die beste Verteidigung! Er sieht sich und sein Kabinett außerhalb all dieser Geschehnisse und stellt sich als unschuldig und harmlos dar. Ich bin der Auffassung, dass die AKP Regierung schuldig und verantwortlich ist; schon allein aufgrund des Beharrens auf den § 301 oder aufgrund der Kommentare Erdoğans, die die nationalistischen

Gefühle in der Gesellschaft anheizen. Dass die AKP Regierung zwei Gesichter hat, wurde auch an deren Herangehensweise in diesem Fall klar.

4- Kreise, die für eine Demokratisierung der Türkei stehen, waren empört, weil ihnen bewusst ist, dass der Mord an Hrant Dink seiner Identität als Journalist – aber in erster Linie seiner Identität als Armenier galt. Die Wut und Empörung galt der Mentalität, die Menschen anderer Identität und anders Denkenden keinen Platz zum Leben lässt! Diese Empörung wurde mit der Parole „Wir sind alle Armenier“ zum Ausdruck gebracht. Da der Mord nicht von einer marginalen Gruppe begangen wurde, sondern eher auf der Grundlage einer immer stärker werdenden nationalen gesellschaftlichen Welle stattfand, ist ohne Zweifel davon auszugehen, dass dieser Mordfall – und der gesellschaftliche Umgang damit – die Zukunft der Türkei enorm bedrohen können. Beispiele der gewalttätigen Tradition, in deren Kontinuität dieser Mord steht, sind in der nahen Vergangenheit der Türkei reichlich zu finden: der Völkermord an den Armeniern 1915, die Massaker gegenüber dem kurdischen Volk sowie die Assimilierung und Eliminierung von Dutzenden ethnischen und religiösen Identitäten sind konkrete Praxen, die von der „İttihat und Terakki Gesellschaft“[1] im Rahmen der Türkisierung durchgeführt und befördert wurden. Diese Ideologie sieht vor, alle ethnischen Minderheiten/Identitäten als Türken zu betrachten und denjenigen, die das nicht akzeptieren und sich nicht assimilieren, die Möglichkeit zum Leben zu nehmen. Mahmut Esat Bozkurt, ein Justizminister aus Zeiten der Republik, sagte: „Wer nicht von reinem türkischen Blut ist, hat in diesem Land nur ein Recht: das Recht, Diener und Sklave zu sein“. Dieser Satz, bringt die Ideologie dieser Politik klar zum Ausdruck.

Rassismus in der Türkei hat Differenzen zum Rassismus während der Nazizeit in Deutschland oder anderen Ländern: so stand z. B. in Deutschland die „arische Rasse“ im Vordergrund. Jeder, der nicht dieser vermeintlichen Rasse angehörte, wurde abgelehnt, gedemütigt und ausgegrenzt. Der Rassismus in der Türkei jedoch bezeichnet alle ethnischen Identitäten als „Türken“. Faktisch wird also jeder „türkisiert“. Es wird behauptet, es gäbe keine anderen Identitäten; in der Praxis jedoch werden diese „anderen“ Identitäten als Gefahr angesehen. Langfristig werden Methoden angewandt, um diese Identitäten zu assimilieren, zu eliminieren oder zu neutralisieren. Die Resultate der offiziellen Politik sind klar und deutlich zu sehen, wenn wir uns anschauen, wie weitgehend Dutzende ethnische, religiöse und sprachliche Identitäten seit der Zeit der Republik diskriminiert oder ausgelöscht wurden. Diese Politik ist in den letzten 30 Jahren, während des Kampfes des Militärs mit der PKK, noch weitreichender umgesetzt worden. Diese Politik ist sowohl im Staat selbst, als auch in den Institutionen, der Presse oder anderen offiziellen Organen des Staates, hegemonial. Mit „tiefer Staat“ ist die Summe der souveränen Institutionen gemeint, die diese Mentalität internalisieren und umsetzen.

Daher ist der beachtenswerteste Punkt am Mord an Hrant Dink die sowohl in der Gesellschaft als auch in den Institutionen immer stärker verankerte Mentalität, die „das Töten eines Armeniers“ legitimiert und für rechtmäßig erklärt. Es sollte nicht vergessen werden, dass das in einer Zeit geschieht, in der sich rassistische Ansichten in der Gesellschaft leicht in faschistische Einstellungen umwandeln können. Bedenklich und gefährlich ist also eben dieser Punkt! Wie die Presse berichtete, kam es dazu, dass der in Samsun verhaftete Tatverdächtige in U-Haft, auf der Polizeiwache gemeinsam mit Soldaten und Polizisten fotografiert wurde, während ihm türkische Fahnen in die Hand gedrückt wurden. Die Beteiligten fertigten sogenannte Erinnerungsfotos an. Auf diese Weise wurde der Mörder als Held gefeiert. Auch das ist Ausdruck der Mentalität, durch die seine Tat gerechtfertigt und legitimiert wird. In einer anderen Provinz, auf einer anderen Polizeiwache oder Institution, wäre genau das Selbe passiert. Schließlich weisen die Kundgebungen, auf denen die Parolen „Wir alle sind Türken“, „Wir alle sind Ogün Samast“ gerufen wurden, sowie der Aspekt, dass nach dem Mord überall weiße Mützen verkauft und symbolisch getragen wurden (der Mörder trug während der Tat eine weiße Mütze), darauf hin, dass es eine Basis in der Bevölkerung gibt, die an die Legitimität dieses Verbrechens glaubt.

Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass der Mord an Hrant Dink kein spezifisches Ereignis in der Stadt Trabzon ist, die in den letzten 15 Jahren zum Hauptquartier des hysterischen Rassismus geworden ist. Es hätte überall passieren können. Wir sollen jedoch davon ausgehen, dass dieser Mord von einer marginalen Gruppe durchgeführt wurde. Die Tradition, die seit dem „İttihat-Terakki“ zur offiziellen Politik des Staates geworden ist, wird heute vom „Tiefen Staat“ fortgesetzt. Dieser „Tiefe Staat“ ist es, der die Massen steuert und von Zeit zu Zeit aufhetzt, damit nationale, rassistische Gefühle entstehen und eigene Partikularinteressen durchgesetzt werden können. Das Resultat ist ein auf Massen basierender Rassismus. Verantwortlich für den Mord an Hrant Dink ist ohne Frage der türkische Faschismus, der es schafft, die Massen zu erreichen.

Hrant Dink hatte keine andere Waffe als seinen Stift. Er drückte seine Meinung aus, in dem er schrieb was er dachte. Er lebte wie alle anderen Oppositionellen und von Gewalttaten bedrohten als „furchtsame Taube“. 90 Jahre ist es nun her, dass, wie auch er schrieb, seine Vorfahren einem Völkermord ausgesetzt waren. Dass er nach 90 Jahren das gleiche Schicksal teilen musste zeigt, wie wenig sich in dieser Zeit in der Türkei geändert hat. ♦

Fußnote:
İttihat und Terakki ist eine geheime Organisation, die in der Zeit des Zerfalls des osmanischen Reiches gegründet wurde und in Kontakt zu den Jungtürken stand. Am 21. Mai 1889 wurde sie erst unter dem Namen İttihad-i Osmani Gesellschaft gegründet und später in İttihat und Terakki umbenannt. Die eigentlichen Verantwortlichen sind die Jungtürken vom İttihat ve Terakki Regime, die das osmanische Reich in den imperialistischen Umverteilungskrieg hineinzogen und diesen als eine Gelegenheit für Massaker an Bevölkerungsgruppen nutzten. (Anm. d. Ü.)

„... in diesem Land würde niemand einer Taube eine Feder krümmen...“

Mein Gemütszustand: eine aufgescheuchte Taube

Hrant Dink, AGOS 564, 19. Januar 2007

Anfänglich war ich nicht beunruhigt von den Untersuchungen der Staatsanwaltschaft von Şişli [einem Bezirk İstanbuls]. Der Verdacht lautete: „Beleidigung des Türkentums“. Das war ja nicht das erste Mal. Ich hatte bereits Bekanntschaft mit einem ähnlichen Verfahren in Urfa geschlossen. Auf einer Konferenz, die 2002 in Urfa stattfand, hatte ich gesagt, dass ich „kein Türke sei…, dass ich in der Türkei lebe und Armenier bin“. Seit drei Jahren schon lief dieses andere Verfahren wegen „Beleidigung des Türkentums“. Ich wusste nicht einmal, wie es um dieses Verfahren stand. Ich bemühte mich nicht darum. Befreundete Anwältinnen und Anwälte aus Urfa vertraten mich bei den Gerichtssitzungen, bei denen ich abwesend war. Auch den Gang zur Staatsanwaltschaft in Şişli nahm ich auf die leichte Schulter. Ich wusste, was ich geschrieben hatte, ich war mir meiner Absichten sicher. Die Staatsanwälte würden ganz leicht erkennen können, dass der Text in seiner Gesamtheit – jenseits des Satzes, der isoliert gar nichts bedeutet – keine Absicht erkennen lässt, das „Türkentum zu beleidigen“. Diese Komödie würde ein Ende finden. Nach Abschluss der Untersuchungen, so war ich sicher, würde kein Verfahren eröffnet werden.

Ich war mir meiner selbst sicher

Aber welche Verblüffung… Es wurde doch ein Verfahren eröffnet. Trotzdem verlor ich nicht meinen Optimismus. So sehr sogar, dass ich bei einer Live-Schaltung ins Fernsehen dem Anwalt Kerinçsiz, der die Klage führte, sagen konnte, er solle sich „nicht so sehr ereifern, dass ich aus diesem Verfahren straffrei herausgehen würde – dass ich dieses Land verlassen würde, sollte ich mit einer Strafe belegt werden“. Ich war mir meiner selbst sicher. Ich hatte mit meinem Text weder die Absicht verfolgt, noch je den Vorsatz gehabt, das Türkischsein herabzuwürdigen. Wer meine Kolumnen regelmäßig liest, würde das sofort klar und deutlich erkennen. Genau das sagte dann auch der Bericht der Sachverständigenkommission, die aus drei Lehrenden der Universität von İstanbul zusammengestellt worden war. Es gab keinen Grund zur Beunruhigung für mich. In diesem oder jenem Stadium des Prozesses würde man sicher von diesem Fehler ablassen.

Mich zur Geduld ermahnend…

Man ließ aber nicht davon ab. Die Staatsanwaltschaft wollte, dass ich trotz des Sachverständigengutachtens bestraft werde. Das Gericht verurteilte mich zu sechs Monaten Haft. Als ich von der Verurteilung erfuhr, befand ich mich plötzlich unter dem bitteren Druck der schwindenden Hoffnungen, die ich im Prozessverlauf noch gehegt hatte. Ich war perplex!

Meine Kränkung und Auflehnung hätten nicht schärfer sein können. Ich hatte tage- und monatelang alles erdulden können, weil ich mir innerlich sagte: „Wartet nur auf das Urteil, wenn ich erst einmal freigesprochen bin, werdet ihr bereuen, was ihr jetzt sagt und schreibt.“ Nach jeder Verhandlung wurde in Zeitungsartikeln, Kolumnen und Fernsehprogrammen zur Sprache gebracht, dass ich gesagt habe, „das Blut der Türken ist giftig“. Ein ums andere Mal wurde ich von der Presse als „Türkenfeind“ bezeichnet und aufgrund dessen bekannt. In Gerichtsgängen griffen mich Faschisten mit ihren rassistischen Beschimpfungen an. Auf Transparenten regnete es Beleidigungen. Hunderte Drohungen per Telefon, E-mail und Post trafen schon seit Monaten ein – ihre Zahl erhöhte sich von einem zum nächsten Mal. Ich ertrug das alles damit, dass ich mich zur Geduld ermahnte und den Freispruch abwartete. So oder so würde mit dem Urteilsspruch die Wahrheit ans Licht kommen und diese Menschen würden sich schämen für das, was sie taten.



Foto: DIHA

Meine einzige Waffe: die Aufrichtigkeit

Das Urteil wurde gesprochen – und alle meine Hoffnungen wurden vernich-

tet. Ich war in der bedrückendsten Situation, in der ein Mensch sich befinden kann. Der Richter hatte im Namen des „türkischen Volkes“ entschieden und juristisch bestätigt, dass ich das „Türkentum beleidigt“ hatte. Ich hätte alles ertragen, nur das zu ertragen war unmöglich. Meinem Verständnis nach war die Herabwürdigung von Menschen, mit denen man zusammenlebt – egal welcher ethnischen oder religiösen Verschiedenheit – Rassismus und dies ist etwas Unverzeihliches. In diesem Gemütszustand habe ich den Presse- und MedienvertreterInnen, die an meiner Tür standen und wissen wollten, ob ich „wie angekündigt das Land verlassen werde“, folgende Erklärung abgegeben: „Ich werde mich mit meinen Anwältinnen und Anwälten beraten. Ich werde bei einem Revisionsgericht Berufung einlegen – und wenn nötig vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen. Sollte ich nicht von einer der Instanzen unbelastet wiederkehren, werde ich mein Land verlassen. Denn jemand, der wegen so etwas rechtskräftig verurteilt wurde, hat meiner Meinung nach kein Recht mehr, mit den BürgerInnen zusammenleben, die er so herabgewürdigt hat.“ Wie immer war ich emotional, als ich dies sagte, meine einzige Waffe war meine Aufrichtigkeit.

Schwarzer Humor

Aber sehen Sie, was passierte: Die tiefe Macht, die mich in den Augen der Menschen in der Türkei isolieren und zur offenen Zielscheibe machen will, nahm auch diese Erklärung zum Vorwand: Es wurde ein weiteres Verfahren eröffnet, mit der Begründung: „versuchte Beeinflussung der Justiz“. Die ganze Presse und alle Medien hatten diese Erklärung gebracht. Aber der Stachel im Fleisch war die Berichterstattung von AGOS. Die AGOS-Verantwortlichen und ich sollten also verurteilt werden wegen Beeinflussung der Justiz. Das ist vermutlich das, was „schwarzer Humor“ genannt wird. Ich bin der Angeklagte, wer könnte mehr Anrecht darauf haben als ein Angeklagter, die Justiz zu beeinflussen? Es ist der Witz an der Sache, dass der Angeklagte angeklagt wird, weil er die Justiz beeinflussen will…

„Im Namen des türkischen Staates“

Ich muss gestehen, ich habe mein Vertrauen in das „Justizwesen“ und in das „Rechtswesen“ in der Türkei mehr als verloren. Wie sollte ich es auch nicht verlieren? Diese Staatsanwälte und Staatsanwältinnen, Richterinnen und Richter haben irgendwo studiert und das Abschlussdiplom einer juristischen Fakultät erhalten, oder? Sollten sie nicht verstehen können, was sie lesen? Aber sehen Sie, die Justiz in diesem Land ist, wie auch viele PolitikerInnen es zur Sprache bringen, nicht unabhängig. Die Justiz schützt nicht die Rechte der BürgerInnen sondern den Staat. Die Justiz steht nicht an ihrer Seite sondern unter seinem Regiment. So bin ich mir vollkommen sicher, auch wenn es bei meiner Verurteilung hieß „im Namen des türkischen Volkes“, ist es doch klar, dass dieses Urteil nicht „im Namen des türkischen Volkes“, sondern „im Namen des türkischen Staates“ gefällt wurde. Meine Anwältinnen und Anwälte würden also Berufung einlegen, aber wer sollte denn garantieren, dass die tiefen Mächte, die mich zurechtweisen wollen, nicht auch dort aktiv wären? Darüber hinaus kamen ja auch beim Berufungsgericht nicht immer die richtigen Urteile zustande. Hatte nicht gerade das Berufungsgericht die ungerechten Urteile unterschrieben, die den Stiftungen der [griechischen, armenischen, jüdischen] Minderheiten den Grundbesitz nahmen?

Trotz der Bemühungen der Generalstaatsanwaltschaft

Also haben wir einen Antrag gestellt, aber was ist passiert? Wie die Kommission in ihrem Bericht schlussfolgerte, konnte auch die Generalstaatsanwaltschaft keinen Straftatbestand begründen und forderte meinen Freispruch. Nichtsdestotrotz befand mich das Berufungsgericht für schuldig. So sicher ich mir dessen war, was ich geschrieben hatte, so sicher hatte es auch die Generalstaatsanwaltschaft am Berufungsgericht gelesen und verstanden. Dem Urteil wurde widersprochen und das Verfahren kam zum Obersten Berufungsgericht. Aber, was soll ich sagen, wieder stand diese große Macht hinter den Kulissen, die mich in meine Schranken weisen wollte und mich in jedem Stadium des Prozesses – mit Methoden, die ich nicht kennen konnte – ihre Präsenz spüren ließ. Schließlich verkündete auch das Oberste Berufungsgericht mit Stimmenmehrheit, dass ich das Türkentum beleidigt habe.

Wie eine Taube

Es steht außer Zweifel, dass diejenigen, die mich isolieren und schwächen wollten, die sich angestrengt hatten, mich ohne Verteidigung dastehen zu lassen, ihr Ziel erreicht haben. Bereits jetzt haben sie mit den schmutzigen und unwahren Behauptungen, die sie in der Gesellschaft gesät haben, eine nennenswerte und nicht gerade kleine Gruppe geschaffen, die Hrant Dink als einen sieht, der das „Türkentum beleidigt“. Meine Mailbox des Computers und mein Postfach sind gefüllt mit Zeilen voll Wut und Drohungen, die von diesen BürgerInnen stammen. (Ich möchte, wenn ich schon dabei bin, anmerken, dass besonders einer dieser Briefe, der in Bursa eingeworfen wurde, eine konkrete Bedrohung ankündigt. Wegen des beängstigenden Inhalts habe ich ihn an die Staatsanwaltschaft in Şişli übergeben, diesbezüglich aber bis heute noch keine Reaktion bekommen.) Wie real sind diese Drohungen, wie irreal? Natürlich kann ich das nicht abschätzen. Die eigentliche Gefahr und das wirklich Unerträgliche für mich sind die psychischen Qualen, die ich mir selbst zufüge. „Was denken diese Leute nun von mir?“ – diese Frage frisst sich durch mein Gehirn. Leider werde ich häufiger erkannt als früher und spüre öfter, dass die Leute mir Blicke zuwerfen, die sagen: „Ist das nicht dieser Armenier?“ Und als Reflex fange ich an, mich selbst zu quälen. Auf der einen Seite ist diese Quälerei Neugierde, auf der anderen Aufgescheuchtheit. Einerseits Aufmerksam, andererseits Furchtsamkeit. Ich bin wie eine Taube… Wie sie schaue ich immerzu nach links und rechts, nach vorn und hinten. Mein Kopf ist so



„Wir sind alle Hrant" Foto: DIHA

beweglich wie ihrer… Und so schnell, dass er sich sofort drehen und wenden lässt.

Da haben Sie Ihren Preis…

Was sagte Außenminister Abdullah Gül? Was sagte Justizminister Cemil Çiçek? „Mensch, die Aufregung um den § 301 ist doch wirklich übertrieben. Gibt es einen, der deswegen verurteilt worden wäre? Der im Gefängnis sitzt?" So als wäre der einzige Preis, den Menschen deswegen bezahlen müssen, eine Gefängnisstrafe… Da haben Sie Ihren Preis… Da haben Sie Ihren Preis… Wissen Sie es…? Haben Sie denn nie Tauben beobachtet?

Sachen um «Leben und Tod»

Was ich erlebt habe, ist keine einfache Zeit gewesen… Und das, was wir als Familie erlebt haben. Es gab sogar wirklich Momente, in denen ich ernsthaft erwogen habe, das Land zu verlassen. Vor allem dann, wenn die Drohungen die erreichten, die mir nahe stehen… An dem Punkt bin ich immer verzweifelt. „Sachen um Leben und Tod", das muss es sein, was sie damit meinen. Ich könnte auf meinen eigenen Willen beharren, aber habe ich das Recht, das Leben mir nahe stehender Menschen zu gefährden? Ich könnte ein Held sein, aber lassen wir die Nahen beiseite, ich darf mir nicht das Recht herausnehmen, ein Held zu sein, wenn ich damit irgendwen gefährde… In solcherlei ausweglosen Zeiten habe ich meine Familie, meine Kinder um mich geschart, ich habe Zuflucht bei ihnen gesucht und die größte Unterstützung bei ihnen gefunden. Sie vertrauten mir. Egal, wo ich sein würde, sie würden folgen. Hätte ich gesagt: „Lasst uns fortgehen", sie wären mitgekommen. Sie wären geblieben, wenn ich gesagt hätte: „Lasst uns bleiben."

Bleiben und widerstehen

Na ja, wo wären wir denn hingegangen, wenn wir fort gegangen wären? Nach Armenien? Wie lange hätte einer wie ich, der Ungerechtigkeiten nicht erträgt, die Ungerechtigkeiten dort ertragen? Würde ich dort nicht sogar größeren Ärger bekommen? Und nach Europa gehen, um dort in einem Land zu leben, das könnte ich nicht. Ich bin so einer, wenn ich mal drei Tage im Westen war, habe ich am vierten Tag gesagt: „Wenn es nur schon vorbei wäre und ich könnte zurück." Ich würde es nicht ertragen und mein Land vermissen, was würde ich dort tun? Die Bequemlichkeit würde mich stechen wie ein Dorn. Vor allem passt es nicht zu mir, die „brodelnde Hölle" zu verlassen, um in ein „gemachtes Paradies" zu gehen. Wir gehören zu den Menschen, die die Hölle, in der sie leben, zum Paradies machen wollen. Es ist, zum einen, unser wirklicher Wunsch, in der Türkei zu bleiben, und zum anderen aber auch unsere Verpflichtung gegenüber den Tausenden bekannter und unbekannter Menschen, die in der Türkei für Demokratie kämpfen und uns unterstützen. Wir mussten bleiben und widerstehen. Aber wenn wir eines Tages gehen müssten… Würden wir losgehen wie 1915… Wie unsere Ahnen… Ohne zu wissen, wohin der Weg führt… Auf den Wegen, die sie zu Fuß zurücklegten… In Schmerz und Not… Mit einer solchen Rüge würden wir unsere Heimat verlassen. Und wir würden gehen, wohin uns unsere Füße tragen, nicht aber das Herz… Wohin es auch sei.

Ängstlich und frei

Ich hoffe, ein solches Verlassen werden wir nie erleben müssen. Wir haben ohnehin mehr als genug Erwartungen und mehr als genug Gründe, um nicht zu leben. Jetzt wende ich mich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Ich weiß nicht, wie viele Jahre dieses Verfahren dauern wird. Was ich weiß und was mich ein wenig beruhigt ist die Aussicht, wenigstens bis zum Prozessausgang in der Türkei zu leben. Wenn das Gericht in meinem Sinn entscheidet, werde ich sicher noch glükklicher sein, denn das wird bedeuten, dass ich mein Land nie wieder verlassen muss. Wahrscheinlich wird 2007 ein noch schwierigeres Jahr für mich. Die Verurteilungen werden weiter gehen, neue werden dazukommen. Wer weiß, mit welchen Ungerechtigkeiten ich noch konfrontiert sein werde? Aber während dies alles passiert, werde ich als einziges auch eines sicher wissen. Es kann sein, dass ich in diesem Gemütszustand schreckhaft bin wie eine Taube, aber ich weiß, in diesem Land würde niemand einer Taube eine Feder krümmen. Tauben leben sogar mitten in der Innenstadt, inmitten von Menschenmassen. Ja, etwas scheu, aber auch noch einmal so frei. ♦



Im Folgenden geben wir die Rede von Rakil Dink, Ehefrau von Hrant Dink, die sie während der Beisetzungskundgebung in İstanbul hielt, in deutscher Übersetzung wieder:

Brief an den Geliebten!

Oh Geliebter,

es wurde mir übertragen, die Ehefrau von Cutak zu werden (Cutak bedeutet im armenischen Geige. Es heißt, dass sich Frau und Herr Dink gegenseitig „meine Cutak“ nannten, Anm. d. Ü.). Heute stehe ich hier mit tiefem Schmerz und ehrenhaft zugleich. Ich, meine Kinder, meine Familie und ihr zusammen seid voll des Schmerzes. Diese schweigsame Liebe verleiht uns etwas Kraft, lässt uns eine trübe Freude durchleben.

Jesus sagte: „Niemand liebt mehr als einer, der sein Leben für die Freunde hingibt.“ [joh.15,13]

Liebe Freunde und Freundinnen, heute verabschieden wir eine Hälfte von mir, meinen geliebten Mann, den Vater meiner Kinder, den Familienältesten und euren Bruder. Wir führen hier einen schweigsamen Gedenkmarsch durch, ohne denen, die rechts, die links, die hinten und vorne sind, Unannehmlichkeiten zu bereiten, ohne respektlos zu werden, ohne Parolen zu rufen und Transparente zu öffnen. Heute werden wir mit dieser Stille eine große Stimme erheben.

Egal welches Alter der Täter hat ob 17 oder 27, egal wer er ist, ich weiß, dass er mal ein Baby war. Ohne zu hinterfragen, wie aus einem Baby ein Mörder wird, kann nichts erreicht werden, meine Geschwister…

Hrants Liebe für die Ehrlichkeit, für die Transparenz und seine Freundschaft hat ihn hierher gebracht. Seine, die Angst herausfordernde Liebe, hat ihn wachsen lassen.

Sie sagen, er war ein großer Mann. Ich frage euch, ist er so groß auf die Welt gekommen? Nein! Er wurde geboren, wie wir alle. Er kam nicht aus dem Himmel, sondern von der Erde, wie wir auch. Ein Leib wie unserer, der verfällt. Aber seine Seele, sein Schaffen, seine Tugenden und die Liebe in seinen Augen und in seinem Herzen haben ihn groß werden lassen.

Der Mensch wird nicht von selbst groß. Die Taten eines Menschen machen ihn groß. Ja, er wurde groß, denn er dachte groß, er sprach groß. Heute habt ihr alle groß gedacht, in dem ihr hierher gekommen seid. Ihr habt still Großes gesprochen. Auch ihr seid groß. Belasst es nicht mit diesem Tag, gebt euch nicht damit zufrieden.

Er hat heute in der Türkei etwas sehr wichtiges erwirkt. Durch ihn werden Schlagzeilen, Reden und Gesetze geändert. Für ihn gab es keine „Immunitäten“ oder „Tabus“. Wie er in seiner Rede sagte, er ist seinem Herzen gefolgt. Er hat dafür einen großen Preis gezahlt. Die Zukunft, für die ein hoher Preis bezahlt wird, kann nur durch die Liebe und den Glauben an Hrant verwirklicht werden. Und nicht durch Hass und dadurch, dass ein Blut hochwertiger als anderes angesehen wird. Der Aufstieg kann nur gelingen, wenn man andere wie sich selbst sieht, sie als seinesgleichen betrachtet.

Sie haben ihn aus seinem häuslichen Paradies, das er mit Hilfe von Jesus geschaffen hatte, getrennt. Sie haben ihn die Flügel für das himmlische und literarische Paradies ausstrecken lassen. Ohne dass seine Augen ermüdet gewesen wären, ohne dass sein Körper gealtert war, ohne krank geworden zu sein, ohne von denen, die er liebte, genug Liebe bekommen zu haben. Sie haben ihn seine Flügel für das himmlische Paradies ausbreiten lassen.

Auch wir werden kommen, mein Geliebter, in das einmalige Paradies. Dorthin hat ausschließlich die Liebe Zutritt. Nur die Liebe – die Überlegener ist als die Zungen der Menschen und der Engel, die überlegener ist als die Propheten, als das Wissen aller Geheimnisse, als der Glaube, der die Berge bewegen kann, als alle Almosen und überlegender ist als den eigenen Körper den Flammen freizugeben – wird zutritt haben in das Paradies. Dort werden wir mit der wahren Liebe ewig beieinander leben. Eine Liebe, die niemanden beneidet, tötet, erniedrigt und hasst, sondern verzeiht und jeden Menschen als seines Gleichen sieht. Eine Lieb wie die des Heilandes… Eine Liebe, die uns zerflossen ist….

Wer Liebster, kann deine Taten und deine Reden vergessen? Welche Finsternis kann deine Taten und deine Worte vergessen lassen, Geliebter? Wer kann das Geschehene und das sich im Geschehen befindende vergessen lassen? Die Angst? Das Leben? Die Barbarei? Das Vergnügen und die Freude der Welt? Oder wird der Tod es vergessen lassen, Geliebter?

Nein, keine Finsternis wird je vergessen lassen, Geliebter.

Auch ich habe dir einen Liebesbrief geschrieben, mein Geliebter! Es war schwierig, all das zu schreiben. Ich bin es Jesus schuldig. Lass uns ihm sein Recht zurück verleihen, lasst uns das Recht aller zurück verleihen, Geliebter.

Du hast dich von allen, die du liebst, getrennt. Von deinen Kindern, von deinen Enkelkindern. Von all den Menschen, die heute hier Abschied nehmen von dir.

Du hast dich von meinem Schoss getrennt, aber du hast dich nicht von deinem Land getrennt! ♦

Briefing zum achten Jahrestag der Entführung Öcalans am 15. Februar 1999

Kabale und Liebe: Öcalan, die Kurden und Europa

Internationalen Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan

Auf Liebe, wie in Schillers Drama, können die Kurden in der Türkei wenig hoffen. Die dortige katastrophale Menschenrechtslage spricht für sich. Vom Westen ist auch keine Unterstützung zu erwarten. Allzu oft sind die Kurden schon zum Spielball internationaler Interessen geworden, geopfert auf der Schlachtbank des Profitdenkens. Der Begriff der Kabale, stets ein elementarer Bestandteil von Macht- und Standesdünkel, ist ihnen hingegen hinreichend bekannt. Der Fall des Kurdenführers Öcalan steht hierfür als Synonym.

Am 15. Februar 1999 verschleppten türkische Agenten Abdullah Öcalan in die Türkei. Vorausgegangen war eine wochenlange Odyssee zwischen Damaskus, Moskau, Athen, Rom und Amsterdam, welche in den völkerrechtswidrigen Piratenakt von Kenia endete, unter maßgeblicher Beteiligung von CIA, MİT und Mossad. Aber auch europäische Staaten trugen ihr Scherflein zu dieser Geheimdienstranküne bei. Niemand gewährte dem Kurdenführer politisches Asyl. Keiner dieser Staaten kam dem selbst erklärten Anspruch nach, auch im Mittleren Osten friedenspolitische Initiative zu ergreifen. Öcalans Aufruf, die Europäische Union möge zu einer politischen Lösung der kurdischen Frage beitragen, verhallte ungehört. Europa entpuppte sich als menschenrechtlicher Papiertiger, der nur zubeißt, wenn es dem eigenen Profit dient. Später, als Öcalan in einer juristischen Farce zum Tode verurteilt wurde, beschränkte man sich lediglich darauf, eine Vollstreckung des Todesurteils zu verhindern.

Seitdem wird Abdullah Öcalan unter menschenunwürdigen Isolationshaftbedingungen auf der türkischen Gefängnisinsel İmralı gefangen gehalten. Sein Gesundheitszustand ist stark angegriffen. Besuche seiner Rechtsanwälte und Angehörigen werden häufig willkürlich verweigert. Seine Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten sind äußerst beschränkt. Einerseits fordert das Antifolterkomitee des Europarates (CPT) die Aufhebung der Isolationshaft von Abdullah Öcalan, andererseits unternimmt der Europarat keine Schritte, um die Forderung einer seiner Institutionen Nachdruck zu verleihen. Obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eine Neuverhandlung der Causa Öcalan verfügte, da dieser kein faires Verfahren erfahren hatte, scheint der Ministerrat des Europarates nicht gewillt, für eine Umsetzung des Urteils zu sorgen. Passend zum achten Jahrestag der Verschleppung plant das Ministerkomitee des Europarats nun gar, die Wiederaufnahme des Verfahrens endgültig für überflüssig zu erklären.

Europarat schließt Öcalan-Akte

Das Ministerkomitee des Europarats hat beschlossen, dass keine Notwendigkeit für eine Neuverhandlung des Prozesses von Abdullah Öcalan besteht.

Der Beschluss ist offiziell noch nicht veröffentlicht, aber wie aus diplomatischen Quellen bekannt wurde, hat das Ministerkomitee das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auf Neuverhandlung abgelehnt, da ein erneutes Aufrollen des Prozesses keine Veränderung erbringen werde. Der Türkei stehe es frei, sich für ein weiteres Vorgehen zu entscheiden, aber der Europarat sei nicht mehr verpflichtet, den Prozess zu beobachten.

Quelle: ANF, 14.2., ISKU

Der 15. Februar 1999 markierte jedoch auch einen Wendepunkt im türkisch-kurdischen Konflikt. Ethnisch motivierte Auseinandersetzungen in den türkischen Metropolen ließen eine unkontrollierte Eskalation immer wahrscheinlicher werden. Öcalan hingegen setzte alles auf eine Karte. Trotz drohender Hinrichtung bot er seine Hand zum Frieden und rief die kurdischen Rebellen zur einseitigen Beendigung des blutigen Krieges auf. Gleichzeitig verband er dies mit der Forderung nach Anerkennung kultureller und sprachlicher Rechte für die Kurden und einer tief greifenden Demokratisierung der Türkei. Mit dem Rückzug der kurdischen Guerilleros auf Territorien außerhalb der Türkei entspannte sich die Situation. Für kurze Zeit keimte die Hoffnung auf eine friedliche Lösung des Konfliktes auf. Rasch machte sich jedoch Ernüchterung breit. Regierung und Militärs sahen nämlich in dem kurdischen Friedensangebot lediglich ein Zeichen von Schwäche, weshalb sie keinen Anlass sahen, von der militärischen Option abzusehen. Eine politische Lösung der kurdischen Frage rückte schnell wieder in weite Ferne.

Statt einen Neuanfang zu wagen ist die Türkei heute zerrissener denn je. Der Beitrittsenthusiasmus zur Europäischen Union ist erlahmt, auf den Weg gebrachte Reformvorhaben sind Makulatur, ein anachronistischer Nationalismus, dem erst kürzlich der armenischstämmige Journalist Hrant Dink zum Opfer fiel, feiert seinen erneuten Einstand. Militärische Einmarschpläne in den Nordirak werden geschmiedet, um die dortige kurdische Autonomieregierung zu stürzen, und am Vorabend der

Präsidentschaftswahl steuert das säkulare Lager unter der Führung der türkischen Militärs auf eine Konfrontation mit dem islamischen Lager zu, da der türkische Regierungschef Erdoğan mit Unterstützung seiner islamistischen AKP nach dem Präsidentschaftsamt strebt.

Dem politischen Europa scheint es zu gefallen, es schaut zu. Denn die aktuellen Entwicklungen kommen nicht nur den Gegnern eines Beitrittes der Türkei zur Europäischen Union zupass. Auch Europa hat seine strukturellen Hausaufgaben zu machen, weshalb immer mehr europäische Staaten, trotz schon getroffener Zusagen, dazu neigen, weitere, EU-Erweiterungsrunden auszusetzen oder zu verlangsamen. Die harte Haltung der Türkei in der Zypernfrage, die zu einer teilweisen Aussetzung von acht Verhandlungskapiteln führte, ist hierfür ein willkommener Anlass. Staatsterroristische Übergriffe des türkischen Militärgeheimdienstes auf die kurdische Zivilbevölkerung, extralegale Hinrichtungen und zunehmende Folterfälle in Polizeihaft fallen dabei schon gar nicht mehr ins Gewicht.

Im Umgang mit der kurdischen Frage wird aber auch Europas Ambivalenz zwischen geostrategischem Vorteilsdenken und dem Anspruch, ein modernes humanes Wertesystem zu vertreten, offenbar. Fürsprache können die Kurden nicht erwarten. Eine Lösung ist allenfalls im Rahmen von Minderheitenrechten angedacht, welche wiederum im Rahmen des Annäherungsprozesses der Türkei an die EU erzielt werden sollen. Das Mitwirken der Kurden wird dabei eher als störend empfunden. Inwieweit dieses Vorgehen als realistisch bezeichnet werden kann ist fraglich, da sich die kurdische Problematik nicht allein auf eine Minderheitenfrage reduzieren lässt. Vielmehr hat sie weit reichende soziale, kulturelle und politische Ursachen, die sich auf vielfältige Weise in dem Konflikt ausdrücken. Dieser lässt sich jedoch nur unter Beteiligung aller relevanten Konfliktparteien lösen; nicht aber unter Ausschluss der Kurden. Genau das ist jedoch, was zurzeit geschieht. Sämtliche kurdischen Bemühungen um Unterstützung für ihr Friedensanliegen bleiben unbeantwortet. Selbst als der bewaffnete Konflikt 2006 wieder eskalierte, beschränkte man sich nur auf Appelle zur Beendigung der Gewalt. Der erneute einseitige Waffenstillstand der kurdischen Seite wurde lediglich zur Kenntnis genommen. Deutschland und Frankreich beziehen so gar einseitig Position, indem sie kurdische Politiker kriminalisieren und somit die Türkei in ihrer kurdenfeindlichen Politik ermutigen.

Doch eine Politik des Abwartens schadet auf Dauer mehr als sie nutzt. Selbst Europa kann es im Rahmen seiner geostrategischen Interessen nicht hinnehmen, dass sich die Türkei anschickt, eine militärische Lösung der kurdischen Frage zu suchen, da die unabsehbaren regionalen Folgen einer Eskalation des Konfliktes – ein Übergreifen auf den Nord-Irak ist nicht ausgeschlossen – in sicherheitspolitischer Hinsicht auch auf Europa zurückfällt. Vom menschlichen Leid, das die Flüchtlingsproblematik weiter verschärft, ganz zu schweigen. Nicht nur die Türkei, sondern auch Europa muss umdenken. Eine internationale Initiative zur Lösung des Konfliktes ist überfällig, da deutlich geworden ist, dass für eine Lösung die „integrative Dynamik der Kopenhagener Kriterien" bei weitem nicht ausreicht. Ein nachhaltiges Krisenmanagement ist vonnöten. Die Kontrahenten des Konfliktes sind dazu anzuhalten, das Problem auf dem Weg des Dialoges zu lösen. Die kurdische Seite hat mehrfach eindrucksvoll deutlich gemacht, dass sie für solch einen Prozess bereit ist. Es ist nun an der Türkei, konstruktive Schritte zur Aussöhnung mit der eigenen kurdischen Bevölkerung zu unternehmen. Die Aufhebung der Isolationshaftbedingungen von Öcalan, wie dies auch das Antifolterkomitee des Europarates (CPT) fordert, wäre ein erster Schritt zur Entspannung. ♦



Zehntausende in Strasbourg
In Strasbourg fanden sich nach Angaben der Organisatoren 45 000 Menschen ein, um aus Anlass des Jahrestages vom 15. Februar 1999 gegen die Verschleppung Abdullah Öcalans in die Türkei und die Verhaftung kurdischer Politiker in Paris zu demonstrieren. Quelle: ANF, 10.2.2007, ISKU Foto: ISKU

Konsultation Abdullah Öcalans mit seinen Anwälten am 31. Januar 2007

Wir haben mit dem türkischen Volk keinen Widerspruch

aus: ANF NEWS AGENCY vom 2. Januar 2007

Bei seinen in letzter Zeit regelmäßiger stattfindenden anwaltlichen Konsultationen hat Abdullah Öcalan die aktuelle politische Situation der Türkei kommentiert: „Die DYP wird die Führung im Liberal-Demokratischen Lager einnehmen. Ağar hat seinerzeit 15 Jahre gegen uns gekämpft. Er war auch in die Attentatsversuche gegen mich involviert. Trotzdem ist es möglich, dass sie endlich die Realitäten erkennen." Zu den Aufsehen erregenden Erklärungen aus Kreisen des Geheimdienstes MİT erklärte Öcalan: „Der MİT warnt davor, dass sich der Nationalstaat, wenn er sich nicht wandlungsfähig zeigt und so weiter macht wie bisher, sein eigenes Grab schaufeln wird. Seit langem schon versuche ich davor zu warnen, dass diese `Neo-İttihatçılar'[1] die Türkei in eine Katastrophe treiben. Diese Kreise werden von einigen auch als `Ittihatçilar' bezeichnet. Ich habe zuvor schon gesagt, dass so wie Deutschland in den Jahren des ersten Weltkrieges mit den İttihatçılar ein Bündnis schloss, heute die Neo-İttihatçılar dieses Bündnis fortsetzen."

„Ich zitiere oft die Beispiele Irak und Jugoslawien. Die Türkei sollte die Lehren aus beiden ziehen. Die abenteuerliche Politik der Neo-İttihatçılar bringt keinen Nutzen, sondern schadet nur. Ich sage es erneut: Es gilt, die Vorgehensweise Kemal Atatürks zu modernisieren, den heutigen Bedingungen anzupassen. Den Begriff 'Kuvva-i Demokrasi'[2] habe ich nicht ohne Grund gewählt. So wie damals ist heute eine Einheit der demokratischen Kräfte von Nöten. Sollte das zu verwirklichen sein, dann kann die Begeisterung der Gründerzeit der Republik erneut aufleben und die Türkei im Nahen Osten zu einer beispielhaften Demokratie werden lassen. Wir haben kein Problem mit der Republik. Unser Problem ist: die Republik muss demokratisiert werden.

Die Neo-İttihatçılar nennen sich selbst Kemalisten. Aber Mustafa Kemal ist niemals mit Deutschland ein Bündnis eingegangen. Seine Linie war freiheitlich und auf Unabhängigkeit gerichtet. Weil die Bedingungen jener Zeit es notwendig machten, hat er vor allem mit England, aber auch mit Russland Bündnisse geschlossen. Aber er hat niemals mit Deutschland ein Bündnis geschlossen. Er sah die Gefahren des deutschen Faschismus. Der Weg, den die Türkei zurzeit eingeschlagen hat, ähnelt der Phase des Hitler-Faschismus in Deutschland, die mit der Katastrophe des zweiten Weltkriegs endete.

Der Weg, den die Türkei zurzeit eingeschlagen hat, ähnelt der Phase des Hitler-Faschismus in Deutschland

So wie das Bündnis Deutschlands mit der 'İttihat ve Terakki' das Ende für die Osmanen bedeutete, so wird auch das Bündnis Deutschlands mit den Neo-İttihatçılar die Türkei einem ähnliches Risiko aussetzen. Der deutsche Imperialismus hat auch im Irak den Nationalstaat unterstützt, sich hinter Saddam gestellt, ihn gegen Amerika ermutigt, ihn unterstützt, aber dann auf halbem Wege fallen gelassen."

Die Haltung Deutschlands ist verabscheuungswürdig

Öcalan erklärte, dass er die Haltung Deutschlands als sehr verabscheuungswürdig betrachte. „1980 versuchte Deutschland zum ersten Mal, Beziehungen zu uns aufzunehmen. Als sie sahen, dass sie mit uns keine Spielchen treiben konnten, uns nicht für ihre Interessen benutzen konnten, ließen sie uns fallen. Während des Krieges rüsteten sie die Türkei reichlich mit Waffen aus, um sie gegen uns einzusetzen. Sie schlossen die Verrätern und Abtrünnigen in die Arme. Seit 1985 begingen sie uns gegenüber jegliche Art von Feindseligkeit. Sie griffen uns auf jedwede Art an. Es gab auch Verhaftungen. Welches Verbrechen soll Muzaffer Ayata schon begangen haben, dass sie ihn jetzt festhalten? Auf der anderen Seite gewähren sie geflohenen Verrätern Schutz, die Morde begangen haben und in das Organisierte Verbrechen verstrickt sind; sie geben ihnen Geld, gewähren ihnen Chancen."

Öcalan gab weiterhin eine Einschätzung zur Positionierung der globalen Mächte im Mittlern Osten ab: „Heute stehen auf der einen Seite derer, die in Politik des Mittleren Ostens intervenieren, die USA und England. Beide sind eins. Auf der anderen Seite steht das von Europa unterstützte Deutschland. Deutschland unterstützt in der Türkei die Neo-İttihatçılar. Amerika und England hingegen nehmen Einfluss auf die AKP. Die Politik Amerikas und Eng-

lands im Nahen Osten und auch in der Türkei ist einflussreicher. Ich bin weder ein Befürworter Deutschlands noch Amerikas. Meine Linie und meine Haltung sind bekannt. Die DYP versucht nun, eine liberal-demokratische Linie einzuschlagen. Mit England und Amerika werden sie vielleicht Beziehung aufnehmen, da diese wohl eine realistischere Politik machen werden."

In Bezug auf das Bündnis zwischen Kurden und Türken kam Abdullah Öcalan in seiner Analyse zu folgendem Ergebnis: „Die Osmanen erstreckten sich über ein weites Gebiet, das viele Ethnien und Kulturen umfasste. Darin spielten nach den Türken die Kurden eine wichtige Rolle. In der Zeit von Idris von Bitlis[3] (İdris-i Bitlisi) besaßen die Kurden einen Status, der ihnen vier Regierungen und elf Fürstentümer zubilligte. Der Art nach waren es Dynastien. Das steht nicht im Einklang mit dem heutigen Verständnis einer Demokratie. Aber es gibt auch heute noch Leute wie Melik Fırat[4], die daran festhalten. Auch Talabani hat sich davon noch nicht ganz befreien können. Dass Talabani der Vorreiter für das Bündnis von Kurden und Schiiten ist, erwähnte ich bereits. Seine Beziehungen zum Iran sind sehr gut. Es besteht die Gefahr, dass das Kurdisch-Türkische Bündnis, das in der Zeit von Yavuz Selim[5] mit İdris-i Bitlisi begann, sein Ende findet. Es gibt Entwicklungen die aufzeigen, dass es Platz macht für ein Bündnis von Kurden und Schiiten. Wenn sich das Demokratische Bündnis von Türken und Kurden nicht entwickelt, sondern in der Türkei die Politik der Neo-İttihatçılar Oberhand gewinnt, wenn also die totale Vernichtung der Kurden verfolgt wird, dann bleibt den Kurden keine andere Wahl, als das Bündnis zwischen Kurden und Schiiten zu entwickeln. Auch die PKK wird darin ihren Platz einnehmen. Dann wird die PKK gemeinsam mit Talabani handeln. Es ist das, wovor ich warne."

Vier Positionen in der Türkei

Bezüglich der türkischen Gesellschaft sprach Öcalan von vier vorherrschenden Positionen und von drei Aufgaben, die zu bewältigen seien: „ Die erste Position oder These ist die, in der die Kräfte ihren Platz einnehmen, die den Status quo erhalten wollen. Repräsentant dieser Haltung ist die AKP. Sie verfolgen die Politik, sich über den Tag zu retten und die Macht zu behalten. Anstatt das Problem einer Lösung zuzuführen, verschieben sie es und lenken stets ab.

Die zweite Position ist die National-Staatliche Linie, in der die Neo-İttihatçılar und die Rote-Apfel-Fraktion ihren Platz einnehmen. Sie verteidigen eine Politik des sich nach innen Verschließens. Sie isolieren die Türkei von der Welt und vertreten ein starres Verständnis vom Nationalstaat. Sie nehmen jeglichen Kampf und Krieg, der darauf folgt, billigend in Kauf. CHP und MHP sind es, die diese Ansicht vertreten. Sie sind es, die vom Eurasiertum sprechen. Von einer Zusammenarbeit mit Syrien, Russland, ja sogar China wird gesprochen. Das ist jedoch nicht realistisch. Allein auf Nationalstaatlichkeit gestützt werden sie nicht mit den USA fertig werden. Der Irak ist das beste Beispiel dafür. Außerdem sind sie die zeitgenössischen Vertreter der Mentalität der İttihatçılar, die einst die Armenier massakrierten. Unter ihnen denken einige daran, die gleichen Methoden auch auf die Kurden anzuwenden.

Die dritte Position ist die der Liberal-Demokratie. Es scheint, als ob die DYP politisch ein wenig in diese Richtung zielt. Institutionen wie der Unternehmerverband TÜSIAD teilen diese Auffassung. Auch die ANAP kann man zu ihnen zählen. Aber sie haben nicht mehr ihre alte Stärke. Außerdem fußen die Wurzeln des ANAP-Vorsitzenden Erkan Mumcu im Nationalismus und es ist nach wie vor unklar, was seine Linie ist. Die Liberal-Demokratische Position ist, wenn auch nur eine Spur, so doch positiver zu bewerten als die Position des Status quos. Desgleichen ist die Position der Neo-İttihatçılar wesentlich negativer als die des Status quos.

Die vierte Position ist die, die wir als gesellschaftliche Demokratie bezeichnen, die wir teilen und deren Führung wir innehaben. Man kann das auch demokratischen Sozialismus nennen. Zuvor habe ich auch andere Begriffe benutzt. Wichtig ist nicht das Wort, sondern was es aussagt. Dieses Thema habe ich schon zuvor im Detail erklärt. Es ist die demokratische Organisierung der Völker, der Gruppen, der Gemeinschaften, der Schichten, der Vereine usw. Die Vertreterin der ersten Position, der These des Status quo, ist die AKP. Vertreterin der zweiten Position ist die CHP. Zwischen beiden kommt es von Zeit zu Zeit zu Bündnissen in praktischen Angelegenheiten. Diejenigen, die die vierte Position verteidigen, also Demokraten und Friedensfreunde, könnten mit den Liberal-Demokraten, den Vertretern der dritten Position, ein vorübergehendes Bündnis eingehen.



„Die Kurden fallen nicht auf das Spiel von irgendjemandem rein" Foto: ISKU

Zu den Aufgaben, vor denen die türkischen Gesellschaft steht, erkläre ich folgendes: Das Schema hatte ich zuvor schon angerissen. Zuerst muss der Staat und muss die Republik reformiert werden. Dies betreffend habe ich von einem

dreistufigen System gesprochen. Zuvorderst der politische Rat; dies umfasst die staatlichen Leitungsorgane bestehend aus Staatspräsidentschaft, dem Ministerpräsidenten und dem Parlament. Das zweite wäre der Sicherheitsrat. Das dritte wäre der Rat der Verfassung.

Die zweite Aufgabe besteht darin, entgegen dem Senat die direkten Vertreter des Volkes in einer Volkskammer zu versammeln. Diese Körperschaft vertritt die Gesellschaft der Türkei, in ihr sind alle gesellschaftlichen Gruppen der Türkei vertreten. Das hatte ich auch zuvor schon ausgeführt. Wir haben mit dem wirklichen türkischen Volk – manchmal sage ich auch Türkmenen – also mit dem werktätigen türkischen Volk überhaupt keinen Widerspruch. Der Teil, der die chauvinistisch-leugnerische Position verinnerlicht hat, macht nur höchstens einen Umfang von zehn Prozent der Bevölkerung der Türkei aus. Aber sie haben die Oberhand im Staate. Sie sind eine glückliche Minderheit, die von Staate profitiert und oftmals nicht einmal Türken sind, sondern nur so tun als ob. Mit den übrigen neunzig Prozent der türkischen Gesellschaft, die nichts mit ihnen zu tun haben, haben wir nicht das geringste Problem. Und wie ich schon einmal erwähnt habe sind es auf kurdischer Seite im Höchstfall 200 Familien, die mit ihnen gemeinsame Sache machen. Auch sie sind eine glükkliche Minderheit, die von den Möglichkeiten des Staates profitiert. Sie machen höchstens fünf Prozent der Kurden aus. Fünfundneunzig Prozent der Kurden haben mit neunzig Prozent der türkischen Gesellschaft kein Problem. Es gibt keine Probleme zwischen den Völkern. Neunzig Prozent der türkischen Gesellschaft, die nicht mit der chauvinistisch-leugnerischen Politik infiziert sind, sind die natürlichen Bündnispartner der Kurden.

Gegen das globale Kapital den Globalen Widerstand erheben

Die dritte Aufgabe wäre, gegen den Angriff des globalen Kapitals Widerstand zu leisten. Das globale Kapital zerstört für seine Interessen Gesellschaft, Individuum, Natur und Umwelt. Es befindet sich in einem Großangriff. Für den Profit erachtet es alles als legitim. Für nur eine einzige Stunde Vergnügen sind sie bereit, unersetzliche Wunder der Natur zu zerstören. Auf Gipfeltreffen wie dem in Davos kommen sie zusammen und bestimmen ihre Politik. Die dagegen entwickelten Sozialforen sind unzureichend. Gegen diesen Angriff des globalen Kapitals sind der globale Widerstand und ökonomisch gesehen die globale Solidarität notwendig. Die Dekadenz der Gesellschaft, die sich ausdrückt in Scheußlichkeiten wie Kinderpornografie und Vergewaltigung, sind das Ergebnis dieses globalen Angriffs. Gegen diesen Angriff ist die Gründung von Komitees zum Schutze der Gesellschaft notwendig.

> Das globale Kapital zerstört für seine Interessen Gesellschaft, Individuum, Natur und Umwelt.

Was diese drei Aufgaben angeht, mögen meine Gedanken etwas utopisch erscheinen, aber sie sind für die Türkei von Bedeutung. Wenn die Zeit kommt, wird es schon verstanden werden."

Weitere Morde können folgen

Zu den Ausführungen des Ministerpräsidenten den „Tiefen Staat" bereffend sagte Öcalan folgendes: „Seit den Osmanen ist der 'Tiefe Staat' Realität. Es ist notwendig, ihn zu minimieren und wenn möglich zu vernichten. Ob die Kraft der AKP dafür ausreichen wird, ob sie es überhaupt anstreben, weiß ich nicht. Dieser Mord an Hrant Dink und die Morde zuvor, der Bombenanschlag in Diyarbakır, dutzende von Banden wie die Atabeyler, das alles steht im Zusammenhang. Vor diesem letzten Mord gab es in der Türkei sehr viele andere. Morde dieser Art waren zu erwarten. In der Zeit des Wahlkampfes werden weitere zu erwarten sein."

Im Widerspruch zur Gerechtigkeit

Öcalan ging im Folgenden auch auf den Entwurf des Sekretariats des Ministerkomitees des Europarates für die Zusammenkunft vom 13./14. Februar ein. Er äußerte sich folgendermaßen: „In diesem Bericht wird das Urteil des Schweren Strafgerichtshofes Istanbul als Neuverhandlung bewertet. Außerdem wird ähnlich der Haltung der türkischen Regierung gesagt: 'Sollte es zur Neuverhandlung kommen, würde das am Ergebnis nichts ändern. Es würde das gleiche Urteil erneut gefällt werden.' Wie kann so etwas sein. Es gibt nichts, was sich nicht ändern ließe. Alles kann sich ändern. Diese Haltung steht im Widerspruch zur Haltung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. In seinem Urteil hat das Gericht seinerzeit festgestellt, dass mein Recht auf Verteidigung verletzt wurde. Aber vom Europarat hatte ich ohnehin nichts anderes erwartet. Es wurde ein durch und durch politisches Urteil gefällt. Dahinter steckt Deutschland, dessen Rolle ich kurz zuvor dargelegt habe. Das Gewicht Deutschlands in Europa ist bekannt. Dieses Gewicht setzt es zu unserem Nachteil ein. Auch die Zehn-Prozent-Hürde im türkischen Wahlsystem steht damit im Zusammenhang. Es sieht ganz so aus, als bestünde eine verabscheuungswürdige Absprache. Diese Quote ist ein offener Rechtsbruch und steht im Widerspruch zur Gerechtigkeit." ♦

Fußnoten:

1. In Anspielung auf die „İttihat ve Terraki", die völkisch-nationalistische „Partei für Einheit und Fortschritt" im Osmanischen Reich. Ihre Anführer Enver Pascha und Talat Pascha waren maßgeblich für den Völkermord an den Armeniern verantwortlich.
2. „Demokratische Kräfte" in Anlehnung an die „Kuvva-i Milli", die nationalen Kräfte, den Zusammenschluss verschiedenster Gruppen während des Befreiungskrieges in den 1920-er Jahren.
3. kurdischer Feudalherr im 16. Jh
4. Vorsitzender der nationalistischen kurdischen Partei HAK-PAR
5. Sultan des Osmanischen Reiches (Selim I.) von 1512-1520

Die Bedeutung einer mehrsprachigen Stadtverwaltung und lokaler Verwaltung

Sprache ist ein menschliches und historisches Phänomen

Abdullah Demirtaş, Bürgermeister von Sur/Diyarbakır

Lediglich 24 % der EinwohnerInnen des Stadtviertels Sur in Diyarbakır gaben bei einer Umfrage im Jahr 2006 an, in erster Linie Türkisch zu sprechen. Die am häufigsten in Sur gesprochene Sprache ist mit 72 % – wenig überraschend – die kurdische. Aber auch Arabisch (4 %) und Armenisch (3 %) sind der Umfrage zufolge in Sur verbreitete Sprachen.
In einer türkeiweit bislang einzigartigen Entscheidung zog der Stadtrat von Sur aus diesen Ergebnissen Konsequenzen und beschloss, die Dienstleistungen der Stadtverwaltung künftig mehrsprachig anzubieten. Anfang Januar stellte Bürgermeister Abdullah Demirtaş das hier dokumentierte Konzept auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor – und erhielt prompt Resonanz aus Ankara: Nur zwei Stunden nach der Pressekonferenz verfügte das Innenministerium ein Verfahren gegen den Bürgermeister.

1. Demokratie und der multikulturelle Ansatz

Es gibt eine große Übereinstimmung, dass das soziale Leben und die grundlegenden Konzepte einen schnellen Wandel durchlaufen. Die Moderne, die sich seit dem 18. Jahrhundert entwickelt hat, wird in allen Bereichen in Frage gestellt. Die hergebrachten Denkweisen vom klassischen Positivismus bis zur Aufklärung stehen zur Disposition. Das Konzept des Nationalstaats, symbolisiert durch die französische Revolution, verliert seine Gültigkeit gegenüber der menschlichen Realität und es gibt einen Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft. Solche fundamentalen Änderungen haben Rückwirkungen auf den institutionellen und politischen Bereich. Die Bedeutung der Demokratie als Konzept offenbart sich erneut.

Die heutigen Diskussionen über die Demokratie werden nicht geführt, um die Demokratie gegenüber anderen Gesellschaftskonzepten infrage zu stellen. Die Diskussionen werden geführt, um die Demokratie zu verbessern und anwendbarer zu machen. Am besten erfolgen diese Überlegungen auf der Grundlage einer tiefer gehenden Vision. Die demokratische Theorie hat ihre Wahrhaftigkeit und Glaubwürdigkeit durch alle geschichtlichen Perioden unter verschiedenen Umständen bewiesen. Es sollte jedoch erwähnt werden, dass sich im Augenblick die demokratische Idee eher als demokratischer Prozess entwickelt und nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann. Nur diese Betrachtungsweise macht es sinnvoll davon zu sprechen, dass sich „ein Land in Richtung Demokratie entwickelt und Fortschritte macht", während es keinen Sinn macht davon zu reden, dass „ein Land für die Demokratie bereit sei".

Demokratie verfolgt das grundlegende Konzept, dass die Bevölkerung Einfluss auf die Regierung nehmen kann und sich am Meinungsbildungsprozess über Dinge beteiligt, von denen sie selbst betroffen ist. Dieses Konzept erfordert, dass die Beteiligung der Bevölkerung auch auf lokaler Ebene gewährleistet ist. Es ist in diesem Punkt sehr wichtig, dass die Verwaltung auf lokaler Ebene demokratisch transparent erfolgt. Im Gegensatz zu Entscheidungen der Zentralregierung, auf die die Bevölkerung in der Regel jenseits von Wahlen wenig Einfluss hat, ist auf der lokalen Ebene eine Bürgerbeteiligung sehr viel einfacher möglich. Diese Tatsache kann die lokalen Verwaltungen zu „Schulen der Demokratie" machen. Ein wichtiger Charakterzug der Demokratie ist es, die Bevölkerung zur aktiven Teilnahme an den kommunalen Dienstleistungen zu ermuntern. Der wichtigste Faktor für das Verhältnis zwischen lokaler Verwaltung und Demokratie ist die gewachsene Kultur vor Ort.

Die Kultur als Ausdruck eines Wertekanons und verschiedener Vorlieben liefert der Bevölkerung ein Modell für das tägliche Leben. Die Harmonie zwischen den örtlichen demokratischen Strukturen und den kulturellen Gegebenheiten ist ein Muss. Zu Beginn der Gründung von Nationalstaaten hat die Annahme, dass alle Kulturen auf ähnlichen Voraussetzungen beruhen, zu der Illusion einer homogenen Gesellschaft geführt. Autoritäre und totalitäre Regime wurden durch diese Illusion inspiriert. Doch heutzutage gewinnen dezentrale Ansätze gegenüber dem Zentralstaat an Bedeutung und ebenso dominieren heterogene Vorstellungen gegenüber einer vereinfachten Homogenität. Stadtverwaltungen, die sich nach der örtlichen Kultur ausrichten, können demokratischere Strukturen ausbilden als die Zentralregierung. In diesem Punkt kann

der multikulturelle Ansatz, der auf dem Prinzip der „Koexistenz auf der Basis von Verschiedenheit” beruht, drei Hauptprinzipien hervorheben:

- Menschen können nicht unabhängig von ihrem kulturellen Hintergrund gesehen werden. Dies beruht darauf, dass Individuen in der Auseinandersetzung mit ihrer Umgebung vor dem Hintergrund bestimmter Bedeutungen, Werte und Symbole leben.

- Die Verschiedenheiten der Menschen sind nicht höher- oder minderwertig Anzusehen. Darauf gründen die Einzigartigkeit und die Bedeutung jeder Kultur.

- Jede Kultur ist in der Realität Teil eines pluralistischen Ganzen und kann zu einem Demokratieverständnis beitragen, das andere nicht ausschließt.

Im Gegensatz zu homogenen Vorstellungen hebt der multikulturelle Ansatz die Wichtigkeit von Verschiedenheit hervor und unterstützt die Notwendigkeit von Unterschieden. Dies führt zu einer Bereicherung und öffnet den Weg zu einem Ansatz, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht. Entwicklungen im Bereich der Zentralregierung sind nicht hinreichend. Zur selben Zeit müssen auch auf lokaler Ebene Entwicklungen voran gehen, die es einfacher machen, mit den kulturellen Besonderheiten umzugehen. Die Verteidigung lokal gewachsener Besonderheiten macht den Weg frei für einen bürgernahen Ansatz und ermöglicht die Umsetzung des Prinzips der „Koexistenz auf der Basis von Verschiedenheit”.

2. Kultur und Sprache

Die Menschen leben in ihren Kulturen, weil Denken und sich Mitteilen nur in Form von Sprache möglich ist. In diesem Zusammenhang ist die Sprache die fundamentale Symbolik. Das heißt, dass alle anderen symbolischen Systeme durch Sprache ausgedrückt werden können. Ein Gegenstand, der in der Sprache keine Entsprechung hat, kann überhaupt keine Bedeutung entfalten. Sprache ist ein menschliches und historisches Phänomen. Dieses Phänomen beruht auf Vorangegangenem und beinhaltet alle Facetten menschlicher Gedanken und Handlungen. Die Grenzen der Bedeutungswelt der Menschen sind die Grenzen ihrer Sprache. Sprache ist nicht nur ein einfaches Mitteilungsinstrument. Im Gegenteil umfasst sie alle Bedeutungen eines Gegenstands. Es ist nicht möglich, über die Menschheit zu reden, ohne das Phänomen der Sprache zu erwähnen.

Verwaltungen und Dienstleistungszentren sollten wissen, dass die Sprache die gesamte Vorstellungswelt der Menschen begründet. Die Sprache kann nicht auf ein einfaches Kommunikationswerkzeug zwischen Bürgern und Verwaltung reduziert werden. Die Sprache wird benutzt, um Gedanken, Gefühle, Erwartungen und Vorstellungen der Menschen in schriftlicher oder mündlicher Form auszudrücken. Sie ist ein System von vertrauten Geräuschen, Wörtern und Symbolen. Die Sprache lebt nach ihren eigenen Gesetzen und entwickelt sich entsprechend ihrer Umgebung. Sie ist eine der wichtigsten Bestandteile der Kultur. Dies ist der Grund, warum zurzeit die meisten demokratischen Gesellschaften gegenüber diesem Punkt sensibel geworden sind im Bezug auf Theorie und Praxis ihrer Verwaltungen.

3. Ergebnisse und Vorstellungen

Eine vereinfachte Vorstellung des Nationalstaats hat in seinen Gründungsphasen die Bedeutung kultureller Unterschiede ignoriert. Das Ziel des Nationalstaats war es, möglichst eine Einheit zu schaffen. Daher schien es notwendig, eine homogene Struktur bezüglich Sprache, Religion und Regionen herzustellen. Diese Notwendigkeit führte zu der Vorstellung einer kulturell dominanten „Hauptbevölkerung”, während andere Bevölkerungsgruppen als Nebenzweige betrachtet wurden. Es scheint, als könnte der Nationalstaat die Gleichheit verschiedener Gruppen nicht aushalten.

Die Türkei betreibt seit Jahren eine Politik, die jedem Bürger eine einzige Identität zuweist (jeder ist „Türke”). Diese Situation ist nicht verträglich mit einem multikulturellen Ansatz, sondern beruht auf Unterdrückung und Verleugnung. Wie auch immer, kulturelle Verschiedenheiten eröffnen den Ansatz für kulturellen Dialog und gesellschaftlichen Frieden für alle Seiten und verhindern eine auf Gewalt beruhende Auseinandersetzung. Seit dem Entstehungsdatum der türkischen Republik wurden auf der Basis des türkischen Geschichts- und Sprachverständnisses kulturelle Unterschiede zurück gewiesen. Dieses Verständnis bildet auch die Verfassung von 1982 ab. Innerhalb dieses Verständnisses hat jeder Türke zu sein. Es ignoriert kurdisch, die Sprache der Abkhaz, die arabische, die albanische, die kirgisische Sprache, die armenische, die georgische, die kripti Sprache, die Sprache der Laz, die Sprache der Pomak, die griechische und syrische Sprache, die Sprache der Tataren und die hebräische Sprache. Die Menschen, die die kulturellen Unterschiede gegenüber der zentralistischen Struktur der Türkei hervorheben, werden zu Staatsfeinden und Separatisten erklärt, die Gewalt in die Gesellschaft hineintragen.

Die Vereinbarungen im Zusammenhang der Annäherung der Türkei an die EU haben zu gewissen Veränderungen im Status quo der türkischen Republik geführt. Wie auch immer, sie sind nicht ausreichend, um ein multikulturelles Verständnis hervorzubringen. Z. B. wurden die „Verordnung über die Erziehung in verschiedenen Sprachen und Dialekten, die bei den Bürgern im Alltag Anwendung finden” und die „Verordnung über Radio- und Televisionsveröffentlichungen in verschiedenen Sprachen und Dialekten, die bei den Bürgern im Alltag Anwendung finden”, durch weitere Regularien eingeschränkt.

Im Moment sind die Reformen nicht ausreichend. Das Problem liegt hauptsächlich in der unveränderten mentalen Haltung. Wenn sich diese Mentalität in Richtung Demokratie verändert, werden sich die Probleme in einem vernünftigen Umfeld auflösen lassen. In diesem Umfeld sollten dann Richtlinien für die Gleichstellung der ethnischen und

sprachlichen Gemeinschaften erstellt und umgesetzt werden.

Die umgesetzten Reformen im Rahmen der Zentralregierung sind gut für die Demokratisierung, aber sie sollten ergänzt werden durch die Autonomie der lokalen Verwaltung, um den Prozess abzuschließen. Stadtverwaltungen, die demokratisch gewählt wurden, müssen einen wichtigen Rang einnehmen. Die Stadtverwaltungen treten in direkten Kontakt zu den Bürgern, wenn sie ihre Aufgaben wahrnehmen. Daher sollten sie alle dort lebenden Gruppen und Gemeinschaften berücksichtigen. Soziale und kulturelle Unterschiede sollte die Politik ernst nehmen als Basis von Toleranz und einer Verständigungskultur. Daher sollte ein Umfeld geschaffen werden, in dem sich alle Arten von sprachlichen, religiösen und regionalen Gegebenheiten ausdrücken können. Der Ansatz einer einzigen Nation und Sprache sollte überwunden werden zu Gunsten eines Prozesses, der auf allgemeine Teilhabe ausgerichtet ist.

Neuere moderne Demokratien unterstützen eine pluralistische und mehrsprachige Methode, um „Einheit auf der Basis von Unterschieden" zu schaffen. Mehrsprachigkeit wird in einigen Ländern durch die Verfassung gewährleistet und auch in den Stadtverwaltungen umgesetzt. Die Länder, die einen mehrsprachigen Ansatz akzeptieren, sind folgende: Belgien, Schweiz, Kanada, Schweden, Spanien, Indien, China, Indonesien, England, Wales, Schottland, Nord-Irland, Frankreich, Bulgarien, usw.

Stadtverwaltungen sollten mit ihren Bürgern kommunizieren, um ihre Nöte zu verstehen. Bei der Kommunikation der Stadtverwaltung mit den Einwohnern gibt es einige Probleme mit den vor Ort üblichen Sprachen.

Die Einführung einer mehrsprachigen Stadtverwaltung beruht auf diesen Problemen und dem Verständnis einer pluralistischen Demokratie. Die Vorschläge betreffend der Einführung einer mehrsprachigen Stadtverwaltung sind die folgenden:

1. Die geforderten Veränderungen in der Stadtverwaltung sollten eine rechtliche und verfassungsmäßige Grundlage haben. Dabei sollten die Bürger eingebunden werden in den Prozess, der sie aufgrund ihrer Muttersprache oder Identität direkt oder indirekt betrifft. Die türkische Staatsbürgerschaft sollte dabei das Dach bilden, unter dem die konstitutiven neuen Richtlinien verwirklicht werden.

2. Die Stadtverwaltung und die Bürger sollten einander verstehen und sich ausdrücken können, um die Probleme der Stadt und der Bevölkerung zu lösen. Darum sollten die Kommunen Studien in Auftrag geben, bevor die Mehrsprachigkeit umgesetzt wird. In den Räumen und auf Anzeigetafeln der Stadtverwaltung sollten die Statuten und Aufgaben in mehreren Sprachen beschrieben werden. (z.B. Türkisch, Kurdisch, Englisch, etc.).

3. Die Stadtverwaltungen sollten über Dolmetscher für die ortsüblichen Sprachen verfügen.

4. Die Stadtverwaltungen sollten in der Lage sein, Anfragen der Bevölkerung bezüglich des als legal befundenen „Informationsbeschaffungsgesetzes" in deren eigener Sprache entgegen zunehmen.

5. Ein anderer Vorschlag im Rahmen der mehrsprachigen Stadtverwaltung ist die Idee, dass die verschiedenen Sprachgruppen in der Bevölkerung eigene Zusammenschlüsse bilden. Diese Zusammenschlüsse nach verschiedenen Sprachgruppen sollten auf ihren Treffen in ihrer Muttersprache diskutieren und die Beschlüsse der Stadtverwaltung als Empfehlungen vorlegen.

6. Die Stadtverwaltungen sollten Ankündigungen, Anzeigen und Kampagnen der Bevölkerung mehrsprachig mitteilen.

7. Die Stadtverwaltungen sollten jährliche Berichte erstellen und mehrsprachig veröffentlichen.

8. Unser Zeitalter wird als „Informationszeitalter" bezeichnet und ein großer Teil der Kommunikation erfolgt über neue Technologien. Die Stadtverwaltungen sollten ihre Internet-Seiten in allen vor Ort üblichen Sprachen einrichten.

9. Bei der Herausgabe lokaler Bulletins und Veröffentlichungen sollten die ortsüblichen Sprachen in angemessener Weise berücksichtigt werden.

10. Im städtischen Gebiet sollten die Namen von Straßen und Parks dem mehrsprachigen Rahmen Rechnung tragen.

11. Eins der am meisten genutzten Kommunikationsmittel in der Stadtverwaltung ist das Telefon. Die Stadtverwaltungen sollten in der Lage sein, auch telefonisch mehrsprachig Auskunft zu geben. Daher sollten die Mitarbeiter der zentralen Vermittlungsstelle mehrere Sprachen wie Türkisch, Englisch, Kurdisch, Arabisch, Syrisch, usw. beherrschen.

12. Darüber hinaus sollten die Stadtverwaltungen dabei Hilfe leisten, bestehende Sprachen am Leben zu erhalten, indem sie etwa Wörterbücher und Übersetzungshilfen zugänglich machen. Außerdem sollten sie sich für die Übersetzungen literarischer Klassiker in die ortsüblichen Sprachen engagieren. Dasselbe gilt für die Ausgabe von Erziehungsbroschüren, Geschichten und Kinderbüchern.

13. Die bei der Stadtverwaltung angestellten MitarbeiterInnen sollten die lokalen Sprachen beherrschen.

14. Spezielle lokale Verwaltungsdokumente wie Bebauungspläne oder von Ingenieuren erstellte Projektpläne sollten neben der offiziellen auch in anderen Sprachen zur Verfügung stehen.

15. Offizielle Dokumente dürfen in verschiedenen Sprachen vorbereitet werden.

16. In den Stadtbüchereien sollte Literatur in verschiedenen Sprachen zur Verfügung stehen. ♦

Der Ilisu Staudamm im Kontext der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Wenn die rechte Hand nicht weiß, was die linke tut...

Judith Neyer, FERN

Die deutsche Bundesregierung plant, den umstrittenen Großstaudamm Ilisu im Südosten der Türkei mit einer über 100 Millionen Euro Hermesbürgschaft abzusichern. Eine entsprechende Grundsatzzusage wurde Ende letzten Jahres an die Türkei gemacht. Ähnliche vorläufige Kreditzusagen kamen auch aus Österreich (200 Mio.) und der Schweiz (100 Mio.). Es drohen massive negative soziale, politische, ökologische und kulturelle Konsequenzen. Die dem Projekt zugrunde liegenden Pläne sind nicht konform mit den Normen und Standards der Europäischen Union (EU) und untergraben die Betrittsverhandlungen mit der Türkei.

Hintergrund

Der Ilisu-Staudamm ist Teil des in den 70er Jahren von der türkischen Regierung gestarteten Südostanatolien-Programms (GAP). Als Staudamm Nr. 22 soll Ilisu eines der ambitioniertesten Infrastrukturprojekte weltweit abschliessen. Seit Jahrzehnten in Planung, scheiterte eine internationale Finanzierung des Projekts im Jahr 2002 in letzter Minute am öffentlichen Druck wegen Umwelt- und Menschenrechtsbedenken. Jetzt will ein neues Firmenkonsortium, bestehend aus der österreichischen Andritz AG, Alstom Suisse und der deutschen Züblin AG, den Damm bauen.

Zwischen 50 000–80 000 Menschen am Oberlauf des Tigris sind von dem Projekt direkt betroffen und werden Land und Lebensgrundlage verlieren. Der Umsiedlungsplan für Ilisu ist jedoch lückenhaft, widersprüchlich und entspricht in keiner Weise gängigen internationalen Standards. Es ist daher völlig unklar, wie eine angemessen Entschädigung der Betroffenen garantiert werden soll. Eine vollständige Umweltverträglichkeitsprüfung liegt ebenfalls nach wie vor nicht vor, obwohl mit irreversiblen ökologischen Folgen, einschließlich der Vernichtung von Lebensräumen bedrohter Tier- und Pflanzenarten, gerechnet wird.

Auch die kulturellen Auswirkungen haben international grosse Empörung hervorgerufen: Die über 10 000 Jahre alte mesopotamische Stadt Hasankeyf würde zusammen mit mehr als zweihundert historischen Stätten in den Fluten des Stausees versinken. Politisch sorgt das Projekt in zweierlei Hinsicht für Zündstoff: Ein fehlendes Abkommen mit den Nachbarländern Syrien und Irak über Mindestdurchflussmengen droht die politische Lage im wasserarmen Nahen Osten weiter zu zuspitzen. Und der Ilisu-Standort liegt mitten in einem militärischen Konfliktgebiet. Seit 2006 sind dort die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen PKK und türkischem Militär wieder aufgeflammt und Menschenrechtsverletzungen sind nach wie vor an der Tagesordnung.

Keine Einhaltung von EU Standards

Die überwältigende Mehrheit der Betroffenen lehnt den Bau des Dammes ab. Kein Wunder, bei den Erfahrungen mit anderen Staudämmen in der Region. Der Birecik-Staudamm, fertigestellt im Jahr 1997, führte zur Verarmung der umgesiedelten Bevölkerung. Versprechen nach angemessener Entschädigung der türkischen Regierung wurden nicht gehalten. Die Zeiten hätten sich geändert, erwidern hierauf Finanziers und Baukonsortium: Die Beteiligung von Unternehmen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz garantiere ja gerade die Einhaltung von EU-Standards.

Leider ist das Gegenteil der Fall. Die vorliegenden Projektpläne verstoßen nicht nur gegen relevante Weltbank- und OECD Standards, sowie mindestens gegen zwei UNO Konventionen. Es werden auch zahlreiche EU-Richtlinien – u. A. die Richtlinie über Umweltverträglichkeitsprüfung und strategische Umweltprüfung, alle Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie sowie die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, Vogelschutz-Richtlinie und Wasser-Rahmen-Richtlinie – verletzt. Auch gegen den Beitrittsvertrag zwischen der Türkei und der EU würde der Bau des Staudamms verstoßen.

Ilisu unterminiert den EU-Beitrittsprozess

Im Oktober 2005 hat die Europäische Union offizielle Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen. Im Rahmen dieses Prozesses ist die Türkei gefordert, ihre Gesetze, Verwaltungsvorschriften und -praxen den EU-Normen anzugleichen. Im Fall eines Beitritts muss sie den *'acquis communautaire'* (gemeinschaftlichen Besitzstand) – also den Gesamtbestand der für EU Mit-

gliedsländer verbindlichen Rechte und Pflichten – übernehmen. Die Europäische Kommission, als Hüterin der EU Verträge, hat die Aufgabe diesen Prozess zu überwachen und zu bewerten. In regelmäßigen Fortschrittsberichten nimmt sie Stellung zum Stand der Reformen.

Rechtsverbindlich wird der EU *acquis* für die Türkei zwar erst am Tag des Betritts. Gleichwohl formuliert die Kommission Etappenziele, um die Reformen bewerten zu können. Eines dieser Etappenziele, festgehalten im Beitrittsvertrag von 2003, ist die Umsetzung der Wasser-Rahmen-Richtlinie durch die Türkei bis zum Jahr 2003/2004.[1] Diese Richtlinie vereinheitlicht den rechtlichen Rahmen für die Wasserpolitik innerhalb der EU und bezweckt, die Wasserpolitik stärker auf eine nachhaltige und umweltverträgliche Wassernutzung auszurichten. Sie schreibt u. A. Konsultationen mit Anrainerstaaten bei grenzüberschreitenden Projektauswirkungen vor und ist daher ein zentrales Instrument, um möglichen Konflikten vorzubeugen, die aus dem Ilisu-Projekt zwischen der Türkei, Syrien und dem Irak enstehen könnten. Eine Umsetzung der Richtlinie steht jedoch bis heute aus. Bei den Planungen zum Ilisu-Staudamm ist sie nicht zur Anwendung gekommen.

Eine weitere Priorität der Kommission ist die Umsetzung der Naturschutzgesetzgebungen. Schon 2004 fordertete sie daher von der Türkei, dass „alle neuen Investitionen [in der Türkei] mit dem umweltpolitischen *acquis* im Einklang stehen sollten".[2] In ihrer aktuellsten Stellungnahme zum Beitrittsprozess der Türkei aus dem Jahr 2006 musste sie jedoch feststellen, dass hierzu keine Schritte unternommen wurden. Insgesamt sei der „[...] Stand der Übernahme des Besitzstands im Umweltbereicht noch niedrig" und der „schnell fortschreitende Verlust von Habitaten Anlass zur Besorgnis".[3] Das Europäische Parlament formulierte es noch expliziter und forderte die türkische Regierung auf, den Ilisu-Staudamm nicht zu verwirklichen, wenn EU-Standards nicht eingehalten würden.[4]



Demonstration in Berlin gegen das Ilisu-Staudamm-Projekt, 2. Februar 2007 Foto: A. Bender

Fazit

Die derzeitige Situation ist paradox: die EU fordert von der türkischen Regierung eine Angleichung an EU-Normen und -Gesetze, während Unternehmen und Exportkreditagenturen aus EU-Mitgliedsländern ein Projekt vorantreiben, das zwangsläufig zu Verstößen gegen EU-Standards führt und die Einhaltung des *acquis communautaire* unmöglich macht. Dass Deutschland, das zurzeit die EU Ratspräsidentschaft innehat, sich finanziell und materiell an einem Projekt beteiligt, dass den Beitrittskandidaten Türkei von der EU wegbewegt, ist skandalös. ♦

Die Autorin koordiniert für FERN eine europaweite Kampagne für soziale und ökologische Mindeststandards für Exportkreditagenturen.

Fußnotten:
1. Europäischer Rat (2003): Über die Grundsätze, Prioritäten und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft mit der Türkei.
2. Europäische Kommission: Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 2004.
3. Europäische Kommission: Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 2006.
4 Europäisches Parlament: Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 2006.

FERN und die Europäsche ECA Reform Kampagne

FERN (Forests and the European Union Resource Network) ist eine Umwelt – und Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Brüssel. Wir setzen uns bei den Entscheidungsträgern der Europäischen Union für die Interessen der Menschen ein, die unter den Folgen globaler Umweltzerstörung leiden.

Im Rahmen unserer Handels- und Investitionskampagne koordiniert FERN ein breites Bündnis von NGOs, die für eine Reform der Europäischen Exportkreditagenturen (ECAs) kämpfen. ECAs vergeben staatliche Bürgschaften und Investitionsgarantien für nationale Industrien, die in risikoreichen Märkten investieren wollen. Weltweit versichern ECAs auf diese Weise etwa 10 % des globalen Handels. Immer auf der Suche nach lukrativen Aufträgen für die heimische Exportwirtschaft schrecken sie dabei auch nicht vor der Finanzierung von sozial wie ökologisch zerstörerischen Vorhaben in Entwicklungs- und Schwellenländern zurück. Die Palette reicht von Großprojekten wie dem Drei-Schluchten-Staudamm in China, über Gold- und Kupferminen in Indonesien, Ölpipelines quer durch Afrika bis hin zu Atomkraftwerken in Osteuropa. Die Europäische ECA Reform Kampagne fordert die Einhaltung von verbindlichen Umwelt- und Sozialstandards bei ECA Finanzierungen im Ausland – ob innerhalb der EU, in Asien oder in der Türkei.

Weitere Informationen zu FERN und unseren Kampagnen auf: www.fern.org
Mehr zu Exportkreditagenturen auf: www.eca-watch.org

Es ist schwierig, ein Kind in Diyarbakır zu sein

Serra Bucak, Diyarbakır, Januar 2007

In diesem Beitrag über die Kinder in Diyarbakır und deren Probleme in der Gesellschaft möchte ich nicht auf allzu trockene, auf Theorie und Zahlen basierte Äußerungen eingehen, sondern versuchen, die Welt dieser „Erwachsenen"-Kinder innerhalb ihrer gewaltorientierten Umgebung zu erklären. Wichtig hierbei ist natürlich die Art und Weise, wie die Kinder mit der permanenten Gewalt umgehen.

Die Kinder in Diyarbakır haben viele Gesichter: Ein Paar von ihnen treffen wir ständig an kalten Strassenecken, während sie versuchen, jemandem ein Taschentuch zu verkaufen, damit sie Geld für die Schule haben. Einige von ihnen treffen wir auf dem Obst- und Gemüsemarkt; sie verdienen ihr tägliches Brot, in dem sie fremden Menschen ihren Einkauf nach Hause liefern. Einige kommen mehrmals in der Woche zu den Lernhilfe-Zentren Eğitim Destek Evi der verschiedenen Bürgerämter in Diyarbakır. Hier erhalten sie Unterstützung in verschiedenen Unterrichtsfächern, für ihre Hausaufgaben oder aber nehmen an verschiedenen Aktivitäten teil. Diese Aktivitäten sind Theater, Gesangsunterricht, Folklore, freie Spielzeiten auf dem Gelände der Eğitim Destek Evi und Ausflüge in die Stadt usw. Auch im Stadtviertel Bağlar gibt es Eğitim Destek Evi. Seit etwa drei Jahren führt das Bürgeramt in Bağlar dieses Zentrum für Kinder, die aus armen Verhältnissen kommen. Sehr viele Familien in Bağlar sind innerhalb der letzten 10 Jahre aufgrund der politischen Konfrontationen in kurdischen Gebieten der Türkei zwangsweise aus ihren Dörfern evakuiert. Diese Realität bringt selbstverständlich Konsequenzen mit sich, wovon am meisten die Kinder betroffen sind. Enge Wohnmöglichkeiten (manchmal bis zur 2-3 Familien in einer kleinen Wohnung), Arbeitslosigkeit der Eltern (meistens der Väter) und der kulturell gesellschaftlich schwierige Anpassungsprozess an die Großstadt. Wie die Kinder in Diyarbakır mit dieser geschilderten Situation umgehen, ist vielfältig, insbesondere aber sehr widersprüchlich. Einerseits sind es Kinder, die einen Anspruch darauf haben, ihre Kindheit so auszuleben, wie viele andere Kinder auch. Sie freuen sich beispielsweise, wenn sie auf dem Hof von Eğitim Destek Evi Fußball spielen können. Andererseits müssen diese Kinder aber mit anpacken, bis ans Herz des Lebens. Sie sind erwachsen, verstehen viel von der Politik, haben meistens ein sehr ernstes Gesicht.

Die Hauptaufgabe der Lehrer und Pädagogen der Lernhilfe-Zentren ist es vor allem, ein Zuhause für die Kinder zu schaffen. Die Kinder wissen, dass sie an diesem Ort wilkommen sind und die verantwortlichen Personen wissen, dass diese Kinder sozusagen von ihren „Gefängnissen" wegkommen. Der Vergleich, die Wohnungen, in denen die Kinder mit ihren Eltern leben, als „Gefängnis" zu bezeichnen, hat Gründe, die auf die geringen Möglichkeiten zu Hause oder ebenso auf fehlende soziale Einrichtungen zurückzuführen sind. Man muss auch bedenken, dass es in Diyarbakır kaum einen Park oder ähnliches gibt, wo die Kinder ihre Freizeit verbringen können. Dies ist ein riesiges Problem der nicht vorhandenen Infrastrukturen der Stadt. Die Kinder bleiben zu Hause, und als Mädchen musst du viel für den Haushalt tun, sagte ein Mädchen von Eğitim Destek Evi in Bağlar während eines interessanten Gespräches mit einem weiteren Mädchen und einem Jungen über das Thema Geschlechterrolle in der Familie. Oder aber sie gehen ziellos auf die Strasse, wobei sie in vieler Hinsicht gefährdet sind. In den letzten Jahren sind beispielsweise in Diyarbakır die Quote von Taschendiebstahl und der Konsum von Drogen in grossem Masse gestiegen. Vor allem Kinder sind in erster Linie mit dem Drogenkonsum konfrontiert. Wovon diese Kinder ebenso stark betroffen sind, ist die herrschende Gewalt. Gewalt am hellichsten Tag, Gewalt in der Schule, Gewalt in der Familie. Sehr oft kommt es vor, dass der Vater in der Familie Gewalt ausübt. Er hat kaum Möglichkeiten, seine Familie zu ernähren und leidet unter ständigen Depressionen, die die Gewalt gegen die eigenen Kinder zustande kommen lassen. In der Schule ist das Kind ebenso ein Gewaltobjekt, insbesondere wenn es um frustrierte ältere Mitschüler geht, die weder eine Perspektive für die Zukunft noch einen Ausweg zu finden scheinen. Eine sehr irritierende Realität hierbei ist, dass diese Gewalt allmählich eine als„normal" anzusehende Situation geworden ist, als ob sie zum alltäglichen Leben gehören würde. Daher sehen wir Fotos von diesen Kindern, während sie auf einer Demo mit Steinen werfen. Daher ist die Trennlinie zwischen Spielen und mit Steinen werfen, also der Anwendung von Gewalt kaum spürbar. Weil sie in der Mitte des Lebens platziert ist, ob gewollt oder ungewollt. Und genau dieser Aspekt führt die Gesellschaft zu einer tiefen Krise, die unbedingt überwunden werden muss.

Trotz vielerlei Mängel in der Stadt, wir Verantwortlichen Personen freuen uns, auf jede Begegnung mit einem neuen Kind, welches seinem Drang sich zu entwickeln nachgeht. Wir glauben an unsere Arbeit, wenn Esat, ein geborener Erzähler, uns Geschichten auf Kurdisch erzählt, wenn Azad, ein geborener Ehrgeiz, einer der besten Schüler der Türkei werden will. Wir trauern mit, wenn Gülcan, deren Vater kaum seine Vaterrolle erfüllen kann, uns von ihrem Leid erzählt. Wir sind mit der Realität konfrontiert, dass M. Ali (Bruder eines der erschossenen sieben Kinder in Diyarbakır, März-April 2006) zu uns ins Eğitim Destek Evi kommt.

Meiner Meinung nach sollten wir uns in Diyarbakır mit dem Wort „Behüten" noch intensiver beschäftigen. Denn nur ein bewusstes Behüten und Unterstützen dieser Kinder bedeutet eine demokratisch aufzubauende und vor allem eine gewaltfreie Zukunft. ♦

Analyse der Situation im Baskenland nach der Aktion am Flughafen in Madrid

Dialog und Respektierung der Entscheidung im Baskenland

Jonan Lekue, Rechtsanwalt und internationaler Delegierter von Batasuna

Die Beilegung des Konflikts, hier und heute, ist möglich.

Mit diesen Worten schloss die ETA ihr Kommuniqué vom März 2006, in dem die baskische links revolutionäre Untergrundorganisation ihren permanenten Waffenstillstand angekündigt hatte. Die ETA erklärte ihre Bereitschaft, einen demokratischen Prozess bis zur letzten Konsequenz einzuleiten; einen demokratischen Prozess, in dem das Wort und die Entscheidung der baskischen Bevölkerung anerkannt und respektiert würden.

Batasuna ist immer noch davon überzeugt, dass die Bedingungen für eine Lösung des Konflikts bestehen bleiben. Der Anschlag in Madrid war ein Beweis für die tiefe Krise der Friedensverhandlungen, da es keine deutlichen Schritte von Seiten der spanischen Regierung in Richtung einer Lösung der politischen Ursachen des Konflikts gab.

Im Zusammenhang mit der Aktion in Madrid wurden von Batasuna drei deutliche Äußerungen gemacht :

1. Wir sind überzeugt, dass der Prozess mehr denn je notwendig ist.
2. Wir sind bereit, die Grundlagen für den demokratischen Prozess wieder aufzuarbeiten und uns mit allen politischen Akteuren in verschiedenen Gesprächen zu involvieren.
3. Unsere Solidarität und unser Mitgefühl gelten den zwei gestorbenen ecuadorianischen Einwanderern und deren Familien.

Darüberhinaus ist die politische baskische Linkspartei Batasuna nach dem Anschlag am Flughafen in Madrid am 30. Dezember 2006 mit einer zweifachen Aufforderung in die Öffentlichkeit getreten: Einerseits ein Aufruf an die spanische Regierung, die Basis für einen realen Friedensprozess endlich aufzubauen – ohne repressive Maßnahmen und mit deutlichen politischen Schritten. Andererseits, eine Aufforderung an ETA, den Waffenstillstand und die damit verbundenen Verpflichtungen von März 2006 weiter zu verfolgen (erstmalig in der Geschichte Batasunas).

In einer öffentlichen Erklärung antwortete ETA auf diese Forderung Mitte Januar mit der Erneuerung des Waffenstillstands von März 2006. Die spanische Regierung brach die Kontakte und Verhandlungen ab und versucht, ihre vorher schon wenig erfolgreiche repressive Methode und Strategie voranzutreiben.

In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob die spanischen Regierung zu einem Dialog bereit ist. Wir sind der Meinung, dass es keine Alternative zu einem demokratischen Prozess gibt, da die Mehrheit der baskischen Bevölkerung diesem Weg zustimmt: Einem demokratischen Prozess, der letztendlich den Ursachen des Konfliktes gerecht wird und dem Selbstbestimmungsrecht des ganzen Baskenlandes eine positive Antwort zugesteht.

Batasuna denkt, dass trotz aller existierender politischen Schwierigkeiten der Dialog die einzige Form für eine Lösung ist.

Um die aktuelle Situation zu verstehen, ist eine rückblickende Zusammenfassung notwendig:

Vorgeschichte des Prozesses.

Bereits seit mehreren Jahren haben Vertreter unserer Partei Batasuna mit Politikern der PSE, dem baskischen Ableger der Sozialisten, Geheimgespräche über eine Lösung des Konflikts geführt. Für die PSE ging es dabei in erster Linie um ein Ende der ETA und eine Schwächung der linken Unabhängigkeitsbewegung. Für die baskische Linke hingegen ging es darum, dass der Konflikt als politischer anerkannt wird, d. h. die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des ganzen Baskenlands. Ende 2004 schlug Batasuna, bereits seit 2002 verboten, auf einer Großkundgebung mit ca. 15 000 Teilnehmer im Stadium Anoeta in Donostia (span.: San Sebastian) eine Verhandlungsmethode vor. Die Lösung des baskischen Konfliktes müsse auf zwei Ebenen stattfinden:

Zum einen Verhandlungen zwischen den Regierungen Spaniens und Frankreichs mit ETA über die Konsequenzen des Konfliktes, insbesondere die Frage der Gefangenen und Flüchtlinge, allseitige Entmilitarisierung (d. h. Gewaltverzicht der ETA, Rückzug der Militär- und Polizeikräfte, Abschaffung der Sondergerichtshöfe etc.) und der Umgang mit den Opfern des Konflikts (Anschlags-, Folter- und Repressionsopfer).

Zum anderen die Entwicklung eines politischen Lösungsvorschlages durch die politischen und sozialen Akteure des Baskenlandes (Parteien, Gewerkschaften, soziale Bewegungen ...), der danach der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden muss. Darin sollten der Status des Baskenlandes und die territoriale Frage, d. h. das Verhältnis von Navarra, der baskischen Autonomiere-

gion, und der drei baskischen Provinzen im französischen Staat geregelt werden. Es wird vermutet, dass es Gespräche zwischen der ETA und der spanischen Regierung zur Fortsetzung dieser Verhandlungen gab. Als Folge dieser nicht öffentlichen Gespräche und angeblicher Abkommen sei es zu dem Waffenstillstand der ETA gekommen.

Entwicklung nach dem Waffenstillstand der ETA

Obwohl es keine öffentliche Erklärung über die Vereinbarungen zwischen ETA und der spanischen Regierung gab, haben unterschiedliche Zeitungen folgende Punkte dargestellt:

ETA verpflichtete sich darin, bewaffnete Aktionen aller Art einzustellen. Die spanische Regierungspartei erklärte sich bereit, den verbotenen Organisationen die freie politische Betätigung zu ermöglichen und Repressionsmaßnahmen einzustellen sowie die demokratisch gefällte Entscheidung der im Baskenland lebenden Menschen anzuerkennen.

Seit Anfang des Waffenstillstands hielt sich die spanische Regierung zu keinem Zeitpunkt an das Abkommen. Es gab zwar ein öffentliches Treffen zwischen Batasuna und der PSE und Zapatero erklärte Ende Juni 2006 in einer Pressekonferenz, das „Recht der baskischen Bevölkerung auf eine freie demokratische Entscheidung“ zu respektieren (eine Formulierung, mit der der Begriff „Selbstbestimmungsrecht“ umgangen wurde). Doch gleichzeitig nahm die Zapatero-Regierung dies wieder zurück, da die freie Entscheidung die spanische Verfassung nicht verletzen dürfe (welche die Mehrheit der baskischen Bevölkerung bereits 1978 abgelehnt hat und primärer Grund des Konflikts ist).

Das gegen Batasuna erlassene Parteiengesetz blieb in Kraft, und die Repressionsmaßnahmen wurden teilweise sogar verschärft. Die Audiencia Nacional, die man als politischen Sondergerichtshof bezeichnen kann, verurteilte den baskischen Gefangenen Iñaki de Juana Chaos, der nach spanischer Strafvollzugsordnung bereits 2004 nach 17 Jahren Haft wieder hätte freikommen müssen und mit fragwürdigen juristischen Tricks in Haft gehalten wurde, wegen zwei Zeitungsartikeln zu weiteren 12 Jahren Haft. Aus diesem Grund befindet sich de Juana Chaos seit August 2006 im Hungerstreik. Ähnliche Maßnahmen gegen andere politische Gefangene folgten. Gegen AktivistInnen der baskischen Linken wurden neue Verfahren eröffnet, z. B. gegen Arnaldo Otegi und andere Sprecher von Batasuna, die als wichtige Verhandlungspartner im Prozess gesehen werden. Sie wurden festgenommen und saßen bereits im Mai 2006 eine Woche lang im Gefängnis. Auch die auf Einschüchterung abzielenden Polizeikontrollen der Guardia Civil wurden intensiviert und zahlreiche Demonstrationen und Veranstaltungen der baskischen Linken verboten und/oder versucht zu verhindern.

Besonders gravierend für Batasuna jedoch war die Tatsache, dass die angekündigten Verhandlungen zwischen den Parteien nie wirklich aufgenommen wurden. Ein grundlegendes Problem war auch die weitere Illegalisierung der Partei. So waren keine gleichberechtigten Bedingungen gegeben.

Trotzdem initiierte Batasuna im Herbst 2006 ein Dreiecksgespräch mit der christdemokratischen PNV und der PSOE: Ein in Vorgesprächen bereits ausgehandelter Vorschlag wurde letztendlich in einer konkretisierten Form von den Parteiführungen von PSOE und PNV abgelehnt, ohne dass ein Gegenvorschlag formuliert worden wäre. Daraufhin hat Batasuna die kritische Situation und die Gefahr eines Stillstandes im Prozess erklärt.

ETA äußerte schon Mitte August, dass der Prozess von der spanischen Regierung blockiert und das Waffenstillstandsabkommen nicht erfüllt würde.

Gleichzeitig erklärte ETA ihre Bereitschaft, auf alle diese repressiven Maßnahmen zu antworten.

Zukunft und Risiken

Nach wie vor gibt es für Batasuna keine Alternative zum demokratischen Prozess.

Der politische Konflikt braucht eine politisch eindeutige Antwort (alle Rechte aller EinwohnerInnen im ganzen Baskenland müssen respektiert werden) und dafür setzt sich die linke Unabhängigkeitsbewegung ein.

Die Nicht-Anerkennung des Baskenlands als eigenes politisches Subjekt und der daraus folgende Konflikt trifft besonders unsere soziale Bewegung.

Fast 600 politische Gefangene, mehr als 2000 Flüchtlinge und Tausende gefolterte BürgerInnen zeigen ganz deutlich, dass in unserem Land so bald wie möglich eine politische demokratische Lösung notwendig ist; eine demokratische Lösung, in der alle politischen demokratischen Projekte vertreten sein können und das Recht zur Entscheidung der baskischen Bevölkerung anerkannt wird.

Im Widerspruch mit diesen demokratischen Forderungen (die eine breite Basis in der baskischen Gesellschaft haben) stehen oft partei- und wahlstrategische Interessen. Für den Erfolg des Prozesses ist es unserer Meinung nach unbedingt notwendig, dass die PSOE sich endlich mutig gegenüber der rechten Partei PP positioniert sowie die baskische christdemokratische PNV die Idee eine Schwächung Batasunas für ihre ökonomischen und parteipolitischen Interessen endgültig aufgibt.

Unserer Einschätzung nach besteht zur Zeit das Risiko für eine Wiederaufnahme der bereits erprobten Kriegsstrategie der Isolierung und Kriminalisierung unserer Bewegung durch die beiden politischen Parteien PSOE und PNV.

Nur die permanente Mobilisierung und das politische Engagement der Bevölkerung in Einheit mit internationaler Beobachtung und Solidarität können diese Risiken vermeiden.

Batasuna wird weiterhin, trotz aller Angriffe, für eine dauerhafte Lösung arbeiten und ihre politischen Schritte fortsetzen. ♦

PSOE: Sozialdemokratische Partei des amtierenden Ministerpräsidenten Zapatero
PP: Konservative Volkspartei
PNV: Baskische Nationalistische Partei

Ein durch eine wahre Liebesgeschichte inspirierter, außergewöhnlicher Film

David & Layla

Filmbesprechung von Susanne Roden

Der Regisseur Jay Jonroy wurde in Südkurdistan-Irak geboren; er lebt und arbeitet in Paris und New York. Er ist sowohl amerikanischer als auch britischer Staatsbürger und spricht fließend Englisch, Französisch und Kurdisch sowie teilweise Persisch, Arabisch und Portugiesisch. Jay Jonroy ist Mitglied der WGA (Writers Guild of America). Er studierte an verschiedenen Universitäten in Leicester, London, Paris Sorbonne und den UCLA und USC Filmschulen in Los Angeles. Zwei seiner Familienmitglieder wurden ermordet und später in Massengräbern im Irak gefunden. Jay fühlte sich verpflichtet, seine Filmprojekte für fast 10 Jahre unvollendet zu lassen, um seiner Familie zu helfen, vor Saddams Genozidkampagnen gegen die Kurden zu fliehen. Ein Teil dieses Horrors wird in dem Film David & Layla wiedergegeben. Viele seiner Geschwister und Verwandten leben heute als Flüchtlinge in Europa. Sein erster Film David & Layla ist ein Geschenk, eine „spaßige Erleichterung" für die unterdrückten Laylas der Welt. Es ist den Genozidopfern seiner Familie in Kurdistan gewidmet.

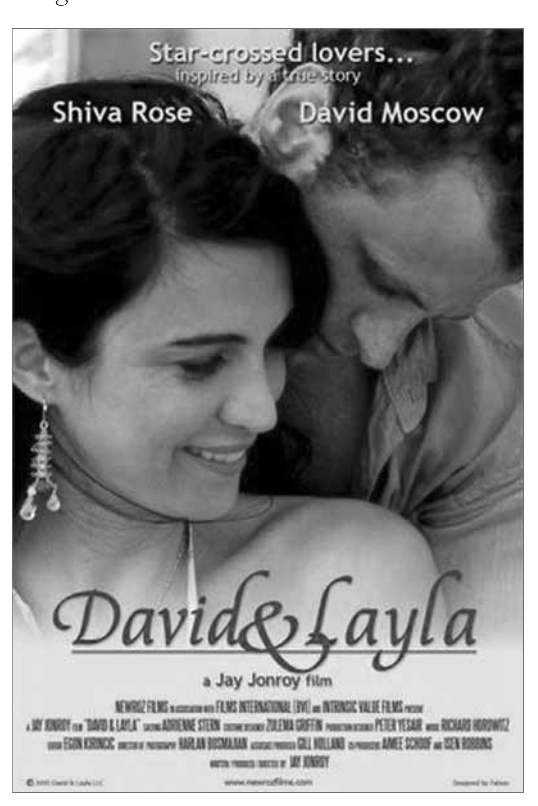
David & Layla ist ein durch eine wahre Liebesgeschichte inspirierter, außergewöhnlicher Film. Seit 1990 verheiratet, lebt das echte Paar David und Layla in Paris. Sie waren während der Produktion des Films gemeinsam mit der Crew in New York anwesend. Die echte Layla hat das Hochzeitskleid für die Layla im Film entworfen. Sie ist eine der tanzenden Frauen auf der Hochzeit im Film. Auch der echte David tritt unter seinem richtigen Namen, David Ruby, in Erscheinung, nämlich als neuer Vasektomiepatient, der sich zur Terminvereinbarung bei Dr. Jacobson meldet.

Es knistert gewaltig, als ein Jude und eine Muslimin sich in New York verlieben!

David ist ein jüdischer Showmaster, der für das amerikanische Fernsehen in New York die Interviewserie „Sex and Happiness" aufzeichnet. David ist mit seiner jüdischen Freundin sexuell frustriert, hat eine Phobie gegen Kondome und ist in psychologischer Beratung. David verliebt sich in die sinnliche und geheimnisvolle Layla, eine muslimische, aus Kurdistan/Irak immigrierte Kurdin. Um einer drohenden Abschiebung zu entgehen, ist Layla zur kurzfristigen Heirat gezwungen: zur Wahl stehen entweder der kurdische Dr. Ahmad oder der Jude David.

Layla ist eine Kriegsüberlebende. Millionen von Flüchtlingen, von ihren Heimatländern entwurzelt, werden sich mit ihrer misslichen Lage, dem Versuch, ihre eigene Kultur beizubehalten und sich trotzdem auf ein neues Leben im Westen einzurichten, identifizieren. Layla lehnt es ab, die Opferrolle zu spielen. Mit entzückender orientalischer Weiblichkeit tanzt sie heimlich in einem Nachtclub, anstelle am Unterricht in einer Krankenpflegeschule teil zu nehmen, wie dies ihre konservativen Angehörigen glauben.

David unternimmt eine verrückte Verfolgung, um Layla für sich zu gewinnen. Beide Familien sind völlig gegen diese unwahrscheinliche Romanze. Es findet ein Verschleiern und Enthüllen von Gemeinsamkeiten und auch Kontrasten ihrer beider antiken Kulturen statt. David & Layla bieten unerwartete Einblicke, die ein Licht auf die politische Lage der Welt werfen, in dem sie versuchen den Ballast der tief verwurzelten Vorurteile der Familien abzu-



Filmplakat David & Layla

schütteln. Nach Davids Trennung von seiner kickboxenden Freundin und der Einigung zur Heirat mit Layla, besteht diese auf der Tradition der sexuellen Enthaltsamkeit bis nach der Hochzeit. Auf der Hochzeit findet dann der schwule Bruder von David offenbar auch einen Partner in der kurdischen Gemeinschaft.

Dieser Film ist ein leichtherziger Tabubrecher, mit Themen, die in dieser Form nicht in konventionellen kurdischen Filmen zu finden sind. Es werden wiederholt Hinweise zu verschiedenen Gewohnheiten, Getränken, Essen (Kosher und Halal), regionaler Politik der Kurden und anderen Themen gemacht, die normalerweise von Regisseuren nicht so erwähnt werden. Und was man normalerweise nicht in einem typisch kurdischen Film erwarten würde: Es ist in jedem Fall der einzige kurdische Film, in dem man ständig lachen muss.

Es ist auch beachtenswert, wie der Regisseur versucht, das Tabu Sex innerhalb der traditionellen und kulturellen muslimischen Gemeinschaft aufzubrechen. Nicht so sehr durch direktes Enthüllen und visuelles Darstellen von sexuellen Handlungen, sondern durch ständige Bemerkungen und Andeutungen über Sex und durch das zeitweilige Entstehen lassen einer gewissen sexuellen Spannung. Es ist die erklärte Absicht des Regisseurs, sich mit diesem Film an ein größeres Weltpublikum zu richten, um kulturelle und religiöse Details herauszuarbeiten.

Der Film zeigt direkte Bezüge zur Religion, auch sehr konservativ-religiöse Bilder der Kurden, aber er versucht auch einige Aspekte der kurdischen Kultur darzustellen, die mit denen der Araber vergleichbar sind und bringt generelle Fragen zur Geschichte der Religionen zur Diskussion. Der Film besticht durch seinen leichtherzigen Versuch einer Annäherung an wichtige politische Themen auf eine unorthodoxe und polemisch streitlustige Weise.

Es ist schwer vorstellbar, dass dieser Film mit seinem so ungewöhnlich offenen Umgang mit dem Thema Sex im Mittleren Osten und auch in Kurdistan auf Verständnis oder Zustimmung stoßen wird. In Anbetracht der Bemerkungen zur regionalen Politik, zum Armeniengenozid, zum politisch brisanten Thema Kirkuk und den Beziehungen von Palästinensern und Juden ist eher davon auszugehen, dass er in vielen arabischen Ländern wie auch in der Türkei, Syrien und dem Iran mindestens zensiert, wenn nicht sogar gänzlich verboten werden wird.

Der Film zeigt, was für eine schöne und wohltuende Bereicherung es sein kann, wenn Menschen aus verschiedenen Kulturen miteinander umgehen und es trotz verschiedener Hintergründe und Barrieren schaffen, durch Liebe und Lachen zueinander zu finden. ♦

David & Layla
Regie: Jay Jonroy, (2006)
Genre: Komödie, Drama, Romanze

Eiseskälte ...

Qirix von Doğan Güzel

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
Fax: (32) 2 647 68 49
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
Fax: (32) 2 647 27 75
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
Fax: (49) 211 - 5989253
Email: ceni_frauen@gmx.de
http://www.ceni-kurdistan.de /

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
Fax: (49) 211 - 17 11 453
E–mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
Fax: (43) 1 - 5455821
E-mail: feykom@chello.at
http://members.chello.at/feykom/

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
Fax: (41) 22 32 81 983
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0(033) 1 42 81 22 71
Fax: 0(033) 1 40 16 47 23
E-mail: knkparis@wanadoo.fr

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
Fax: (39) 06 - 39380273
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com/

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 – 61 41 816
Fax: (31) 20 – 61 43 468
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 – 22 89 98
Fax: (45) 33 – 22 59 23
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 – 96 76 72 45
Fax: (61) 2 – 96 76 83 32

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 – 37 42 16
Fax: (357) 2 – 37 44 04
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ukraine:
Assoziaziya Kurdskich Obšestvanych Organisazii "Midiya"
01033 Kiew
vul. Jilyanskaya 62/64, of. 6
Tel: (38) 044 - 2201906
E-mail: midiya@ukr.net

Ungarn:
Magyarország Kurdisztani Információs és Kulturális Egyesület
Baross u. 86 I. em. 1
1028 Budapest
Tel: (36) 1 - 21 01 137
Tel./Fax: (36) 1 - 30 36 650
E-mail: kurdinfo@freemail.hu

AZADI e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600



- Unterstützung
- Hilfe
- Öffentlichkeitsarbeit
- Solidarität

Informationen:

AZADI e.V.
Graf-Adolf-Str.70a
40210 Düsseldorf
Tel: 0211 / 830 29 08
E-mail: azadi@t-online.de
http://www.nadir.org/azadi



Banga Aştî û Azadîyê

Newroz für Frieden und Freiheit

17. 03. 2007
BERLIN

Newroz Piroz be!
Frohes Newrozfest

Org.: YEK-KOM

ISSN 0935-5375